Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei im Post-
Einzelne Nummer 2 Pf., Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in der Post-Bestellungs-
Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeits oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insetats für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Arbeiter-
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 8. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

Sie kennen ihn jetzt!

Sie kennen mich ja noch gar nicht — tief den Socialdemo-
kraten Graf Bälou im Reichstag zu, und er wollte damit offenbar
nur derbere Ueberraschungen andeuten, die er, der moderne Mensch
— wie ihn seine liberalen Bewunderer gern nannten — noch der
Welt gewähren würde.

Nun, die Socialdemokratie bedurfte dieses Jurats nicht. Wir
haben uns niemals Illusionen über die Persönlichkeit des Grafen
Bälou hingegen. Wir hatten Jug für Jug seine diplomatischen
Feldthaten auf dem Gebiet der Weltpolitik kritisiert und gegen-
über den liberalen, freisinnigen und demokratischen Bälou-
Schwärmern und Bälou-Schmeichlern verharren wir in unserem
Urteil, daß der schönredende Graf alles machen werde, was sein
Amt gerade mit sich bringen würde, daß er mit der gleichen Be-
geisterung für industrielle Weltpolitik und agrarische Weltpolitik
eintreten würde.

Wir haben den Grafen Bälou stets gekannt, aber ein wenig
kennnen ihn nun auch seine Freunde von der bürgerlichen Linken.
Niemand hat sich eine Partei so groß dapieren lassen, wie unser
freisinniges Bürgertum. Seit Jahren hat es sich im Schweige seines
Angehts demüht, endlich den Anbruch der liberalen Aera herbei-
zuführen. Es hat seine Grundsätze preisgegeben, es hat Konzeption
auf Konzeption gemacht, es hat gewinkelt und gebettelt — um
schließlich als verdienter Lohn den Fußtritt zu gewinnen. Der Libe-
ralismus hat alle Militär- und Marine-Tollheiten mitgemacht, er
ist über's Wasser in die nebelhafte Weltpolitik gegendelt, er hat das
chinesische Abenteuer gepriesen, und er hat selbst alle konstitutionellen
Garantien fahren lassen — alles zu dem einen Zweck, sich die maß-
gebenden Herzen zu gewinnen und endlich noch einmal vor dem
Tod das Bild der Macht und des Einflusses zu genießen.

Und heute sind sie die jämmerlich Geprellten, die niemand be-
dauert, weil ihre Charakterlosigkeit und ihr politischer Kreterismus
kein andres Los verdient hat.

Einen andren Weg ist das Junkertum gegangen. Es hat
höhnend der Regierung ihre Lieblingsvorlagen vor die Füße ge-
worfen, es hat getrotzt und allen Autoritäten den Krieg erklärt, es
hat sich vor keiner Drohung gebeugt — und heute liegt die Re-
gierung ihm zu Füßen und bittet um Gnade: „Verzeiht uns, Ihr
Edelsten, daß Ihr uns so arg mißhandelt habt. Wir wollen niemals
wieder thun, was Euren Horn erweckt. Gewährt uns Indemnität
für die Prügel, die wir von Euch empfangen!“

Und Graf Bälou, der moderne Mensch, der gen Westen schaut,
ist der hülichen Agrarier Oberster. Sie kennen ihn wirklich gar
nicht, die freisinnigen Bälou-Manen. Ob sie ihn jetzt ganz und
gründlich kennen?

Wenn Festessen des Landwirtschaftsrats, der
nichts ist als ein vornehmer Ausschuh der Konservativen und des
Bundes der Landwirte, war Graf Bälou zugegen und hat bei dieser
Gelegenheit den schmanzenden Feudalherren das Wort gefolgt:
„Auch ich bin ein Agrarier!“ Wir haben einen Auszug der
Rede bereits gestern mitgeteilt — nachstehend der vollständige
Wortlaut:

Meine verehrten Herren! Ich sage Ihnen herzlich Dank
für Ihre gütigen und berebten Worte, für die freundliche Auf-
nahme und Anerkennung, die ich ja gar nicht in dem Maße für
mich in Anspruch nehmen kann. Eins aber ist richtig:
daß ich hoch erfreut bin, in Ihrer Mitte weilen zu
können, daß ich glücklich bin, mit Ihnen in nähere
Beziehung zu treten, und aufrichtig dankbar für die heutige
Gelegenheit dazu. Denn ich begrüße in Ihnen, meine
Herren, die geordnete Vertretung aller deutschen Landwirte im
ganzen Deutschen Reich, aus dem Norden, aus dem Süden, von
der russischen bis zur französischen Grenze. Ich weih mich aber
auch ein mit Ihnen in dem Bestreben, in dem ehrlichen,
ordentlichen und eifrigen Bestreben, mit allen Kräften die
Interessen der deutschen Landwirtschaft zu fördern, die sich
seit einer langen Reihe von Jahren in schwierigen, sehr
schwierigen Verhältnissen befindet. (Bravo!) Indem ich der
deutschen Landwirtschaft zu helfen trachte, erfülle ich, nach
meiner Auffassung, lediglich meine Pflicht. Ich habe als Reichs-
kanzler die Pflicht, für einen Beruf zu sorgen, dem ein so großer
Teil unserer Bevölkerung Leben und Unterhalt verdankt, der von so
vitaler Bedeutung ist für die Selbständigkeit und Un-
abhängigkeit des Vaterlands nach außen wie für die
Gesundheit und Wohlfahrt des Volks nach innen. (Beifall.)
Meine Herren! So lange ich auf meinem Posten stehe,
wird es für mich in der inneren wie äußeren Politik nur eine
Nichtsnur geben: das öffentliche Wohl. Dieses öffent-
liche Wohl, das Wohl des Ganzen, macht es mir zur Pflicht,
die großen produktiven Stände, Industrie, Land-
wirtschaft und Handel, gleichmäßig zu schützen.
Ich werde mich nie verleben lassen, die Wage zu
Gunsten des einen oder des andren sich heben
oder senken zu lassen. Die Fürsorge für die Landwirt-
schaft ist aber, wenn ich so sagen darf, nicht nur Pflicht meines
Amtes, sondern auch Bedürfnis meines Herzens. (Bravo.)
Sie dürfen versichert sein, daß ich stets mit meinem
Herzen für die Landwirtschaft eintreten werde.
(Beifall.) Dafür bürgt schon mein Name, dessen Träger schon
seit Jahrhunderten die deutsche Scholle gebaut haben.
Ich bin Ihnen dankbar, meine Herren, daß Sie meinen Be-
strebungen Ihren sachverständigen Rat leihen wollen und ich bin
überzeugt, daß unserm gemeinsamen Streben mit Gottes
Gnade der Erfolg schließlich nicht veragt bleiben wird. In
dieser festen Hoffnung erhebe ich mein Glas auf das Wohl der

deutschen Landwirtschaft und ihrer würdigen Vertretung. Der
deutsche Landwirtschaftsrat lebe hoch! Die deutsche Landwirtschaft
blühe und gedeihe!“

Die ewig hoffnungsvollen Thoren des bürgerlichen Freihändler-
tums werden vielleicht, wenn auch nur noch recht zaghaft, sich da-
mit trösten, daß auch bei dieser Gelegenheit der Kanzler weder die Höhe
des Zolltages angegeben, noch sich auf den Doppelzoll verpflichtet
hat. Mögen sie sich trösten! Nachdem Graf Bälou mit dieser
agrarischen Ueberschwinglichkeit gesprochen, würde ihn die Junkerwelt
davon segnen, wenn er es wagen würde, seinen Worten nicht die That
folgen zu lassen. Mit dem Trinkspruch hat sich Graf Bälou in die
Hörigkeit der Agrarier begeben, und es kann höchstens als eine
Irrführung über diesen Thatbestand betrachtet werden, wenn
Bälou-Offiziere, wie die „Königliche Zeitung“ die agrarische Unter-
werfung des Kanzlers hinter einem Theaterbommer wider die
extremen Forderungen des Bundes der Landwirte verschwinden zu
lassen bemüht sind.

Selbst Herr v. Woedike hat den Centralverband der Industriellen
einst nicht so brünstig angeheimelt wie Graf Bälou den Ausschuh
der Junker. Der Kanzler steht heute mit dem Junker-
tum in einem noch intimeren Abhängigkeits-
verhältnis als die Posaadowsky, Droseld und
Woedike mit den Sued-Teuten.

Die Mitglieder des Landwirtschaftsrats waren denn auch über
den Kr- und Halm-Trost des Kanzlers hoch beglückt. Hatte vorher
der Vorliegende Graf Schwerin-Edwih vom Kaiser gesagt, daß er
bei seiner hervorragenden, alles selbst erfassenden, selbst beurteilenden
und schließlich selbst entscheidenden Persönlichkeit in der ganzen
politischen Welt ein bedeutender, vielleicht politisch der be-
deutendste Machtfaktor geworden sei — so feierte Freiherr
v. Soden-Fraunhofen den großen Vorzug, daß zum ersten
mal, seitdem das Reich, seitdem der Landwirtschaftsrat besteht,
des Reiches Kanzler in seiner Mitte erschienen sei. Und der Frei-
herr rechnete es dem Grafen Bälou in der gemüthlichen Weise, die
den Junkern eigen ist, noch zum besonderen Verdienst an, daß er
just an seinem Hochzeittage den häuslichen Herd verlassen hat, um
dem agrarischen Familienfest beizuwohnen.

Nicht ganz auf den Ton des Grafen Bälou war eine Ansprache
des Landwirtschaftsministers Herrn v. Hammerstein gestimmt, der
doch Beforgnisse äußerte, ob der Eroberungskrieg der Agrarier so
glatt verlaufen würde:

Vielleicht kommen in kurzer Zeit kritische Tage auch
für die Landwirtschaft, und für die Ueberwindung solcher kritischen
Tage, glaube ich, ist es von größter Bedeutung, daß man weiß,
daß dann die Vertretung der Landwirtschaft in einer
so ruhigen, so objektiven und gewissenhaften
Hand der Reichs- und Staatsregierung sich be-
findet, wie das, Gott sei Dank, jetzt der Fall
ist. So habe ich die Ueberzeugung und Hoffnung, daß mit Ihrer
Hilfe und dem ehrlichen guten Willen der Reichs- und Staats-
regierung auch die kritische Zeit, die vor uns steht, glücklich
wird überwunden werden können.“

Es ist bezeichnend, daß ein Minister, der auch bereits unter
Hohenlohe amtiert hat, bemerkt, daß jetzt die agrarischen Interessen
bei der Regierung wohl aufgehoben seien.

Unter Caprivi und Hohenlohe war das also zugestandenemachen
nicht der Fall!

In der That ist die jetzige Handelspolitik der Regierung ein
schroffer Bruch mit allen Traditionen der Vergangenheit. Die
„rettende That“ von 1892 wird jetzt als ein schwerer Irrtum preis-
gegeben. Die Regierung ist immer nur „jetzt“ ruhig, objektiv,
gewissenhaft und ehrlich. Die Herren Amtsvorgänger aber haben
nichts als Unfug getrieben.

Mit der Bälou'schen Zollsammeipolitik hat die
preussisch-deutsche Politik den Höhepunkt des reaktionären Geistes
erreicht. Der schwache Versuch, an den Junkerletzen zu rütteln, den
des Grafen Bälou Vorgänger wagten, ist wieder völlig ausgefallen.
Das Junkertum ist wieder das höchste Gesetz im
Reiche. Dem Zuschau, Plotten- und Hummentanz folgt würdig
die Aera des Brotwuchers!

Jetzt ist es an den Massen, zu beweisen, daß Graf Bälou
ihren Willen kennen lerne.

Am Donnerstag verhandelte der Landwirtschaftsrat
über die
Neuregelung der deutschen Handelsvertragspolitik.

Graf Ranitz referierte. Er führte aus:
Ansehens des Umstandes, daß während alle andren Verbrauchs-
gegenstände im Preise gestiegen seien und noch steigen, die Getreide-
preise aber dieselben geblieben seien, sei es doch gewiß nur eine
Forderung der Gerechtigkeit, wenn die Landwirte bei dem bevor-
stehenden Abschluß der neuen Handelsverträge einen höheren Zollfuß
für ihre Erzeugnisse verlangen. Die Landwirte haben während der
Geltungsdauer der vor 9 Jahren abgeschlossenen Handelsverträge die
ihnen gewordene Benachteiligung mit einer geradezu bewun-
dernswerten Ruhe und Geduld ertragen. Allein jetzt,
wo man wiederum vor dem Abschluß neuer Handelsverträge steht, sei es
Pflicht der deutschen Landwirte, zu verlangen, daß es ihnen
möglich sei, durch höheren Zollfuß bessere Preise für ihre
Erzeugnisse zu erhalten. Höchst erfreulich sei es, daß in
den Kreisen der Industrie diese Erkenntnis sich Bahn zu brechen
beginne. Er erinnere an die jüngsten Beschlüsse des Centralverbands
deutscher Industrieller. Ja selbst im Reichstag sei die Mehrheit
bereits für einen höheren Getreidezoll gewonnen. Viel wichtiger
als dies sei es, dem Märchen von der Brotverteuerung
entgegenzutreten. Die weisfällige Landwirtschaftskammer habe das
unabhängbare Verdienst, festgestellt zu haben, daß selbst wenn der
Getreidezoll auf 8 Mark erhöht werde — ein Zollfuß, den man
trotz allen Entgegenkommens der Reichsregierung kaum erreichen

dürfte — so würde sich der Brotverbrauch um 4 1/2 bis 6 Mark
pro Kopf der Bevölkerung jährlich verteuern. Der Redner verwies
alsdann auf die Notwendigkeit der Einführung von Doppel-
tarifen und führte des längeren aus, daß der Abschluß von
langfristigen Handelsverträgen sich keineswegs unter allen Umständen
empfehle.

Herr v. Wangenheim begrüßte als Korreferent das Ein-
treten des Centralverbands deutscher Industrieller für höhere
Getreidezölle als einen Beweis für die Solidarität zwischen Land-
wirtschaft und Industrie. Herr v. Wangenheim forderte zur Be-
lämpfung des Handels auf. Wenn, woran ja nicht mehr zu zweifeln
ist, der Getreidezoll eine Erhöhung erfahre, dann dürften die Land-
wirte noch keineswegs die Hände in den Schoß legen,
sondern mühten alsdann bestrebt sein, durch möglichste Ausbeutung
des unbedingten Zwischenhandels auf eine normale Preisbildung
bedacht zu sein.

Landesökonomierat Windelmann-Besfallen kündigte an, daß
in acht Tagen die Vorstände sämtlicher deutschen Bauernvereine zu
einer Kundgebung für höhere Getreidezölle zusammentreten werden.

Als Vertreter von bairischen und rheinpreussischen Bauern-
traten Freiherr v. Soden und Mittergutsbesitzer
v. Wemberg für höhere Getreidezölle ein.

Der Landwirtschaftsrat nahm schließlich auf Antrag des Freiherrn
v. Wangenheim eine Sympathiebekundung für den Centralverband
deutscher Industrieller sowie die folgende Resolution einstimmig an:

„Bei der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft kann die-
selbe einen wesentlich verstärkten Zollschutz für sämtliche
Zweige ihrer Produktion nicht entbehren, wenn sie wieder
dauernd existenzfähig werden und den ihr im Staatsleben obliegenden
hohen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gewachsen sein soll.
Insbesondere muß ein erhöhter Getreidezoll auch für die
kleinen Landwirte geboten erachtet werden. Der deutsche
Landwirtschaftsrat giebt daher von neuem der sicheren Erwartung
Ausdruck, daß durch Annahme des Systems des Doppelzolls
die derzeitigen landwirtschaftlichen Bölle im Minimalmaß, welcher
nicht überschritten werden darf, in dem Maße erfolgen wird,
wie es der dauernden Sicherung der landwirtschaftlichen
Produktion, unter gebührender Berücksichtigung des Gesamtinteresses
des Staates, unabweisbar erforderlich erscheint. Mit Berücksichti-
gung auf die bald zu erwartende Vorlage der neuen Zolltarif-
Gesetze sieht die Volksversammlung des deutschen Landwirtschafts-
rats über einzelne Zollsätze ab und beauftragt den händigen Aus-
schuh, sobald der Entwurf eines neuen Zolltarif-Gesetzes dem
Reichstage zugegangen ist, zu einer Beratung und Beschlußfassung
über denselben zusammenzutreten.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Der Reichstag

setzte am Donnerstag in einer Dauersitzung die Beratung des
Reichs-Justiz-Gesetzes fort.

Zu Anfang der Sitzung erlebte das Haus das zweifel-
hafte Vergnügen, Herrn Liebermann v. Sonnenberg
über Konty im schönsten Pücker-Stil sprechen zu hören.

Stadthagen erwiderte ihm, indem er mit Recht die
Komiker Vorfälle auf den sozialen Tiefstand der
dortigen Bevölkerung zurückführte. Die Art und Weise, wie
Stadthagen und nach ihm Heine dem Antisemitismus
mit principieller Schärfe entgegentraten, sich vorteil-
haft ab von des freisinnigen Vech-Koburg Methode, durch
Auseinander hochgestellter Personen der Massenhege entgegen
zu treten.

Darauf nahm der Centrumsjurist und Reichsgerichtsrat
Spahn energisch die bekannte Reichsgerichts-Entscheidung in
Sachen des Streikpostenstreikens gegen die Angriffe
der „Hamburger Nachrichten“ und andrer Scharfmacherblätter
in Schutz und vertrat nachdrücklich gegenüber dem Staats-
sekretär Lieberding das Recht des Reichstags, Gerichts-
urteile einer Kritik zu unterziehen.

Heine wandte sich gegen die neuliche Erklärung des
preussischen Justizministers im Abgeordnetenhaus
und verlangte Gleichheit der Konfession und
Parteien vor dem Gesetz. Der Arm der Rechten
bewies, daß die Junker nicht die einfachsten Grundsätze des
Rechtsstaats anerkennen. Ferner unterzog Heine eine Anzahl
in Majestätsbeleidigungs-Klagen ergangener
Urteile einer scharfen Kritik, beleuchtete unter anderem
auch die verschiedenen Prozesse gegen Maximilian Harden,
und zeigte, wie es um die so viel gepriesene Unabhän-
gigkeit der Gerichte in gewissen Fällen bestellt ist.

Abg. Ricker hielt es für nötig, auf die groben An-
zapfungen Liebermanns von Sonnenberg zu antworten und
entsetzt durch seine Erwiderung solches Loben der Rechten,
daß sich Präsident Graf Vallekreim zu einem energischen
Einschreiten veranlaßt sah. Sodann widerlegte Genosse
Dr. Herzfeld die gegen seine Auffassung erhobenen
Einwendungen des Gürtrogen Reineidsprozesses Hoff. Den
schweren Druck, durch den Gesetzgebung, Gerichte und
namentlich Polizei die Landarbeiter in Ostelbien
niederhalten, schilderte in trefflichen Ausführungen Genosse
Haase.

Darauf mußte das ermüdete Haus noch zwei Blutmord-
reden der Herren Liebermann und Windelwald ertragen.

Mit der Bewilligung des Gehalts des Staatssekretärs
des Reichs-Justizamts schloß um 1/8 Uhr die Sitzung.
Freitag: Erste Lesung der Schaumweinsteuer-
Vorlage und des Weingesetzes. —

Die Kanalvorlage

ist am Donnerstag einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen worden. Die Arbeit wurde am Vortage Verhandlungstage weder für noch gegen den Entwurf gefügt; die meisten Redner begnügten sich damit, unter Verzichtleistung auf die Betonung der großen Gesichtspunkte lediglich lokale Wünsche vorzubringen. Gegen die Vorlage ergriffen das Wort die Abgeordneten v. Saldera, Gimburg, Freiherr v. Bodenhausen, Lebusa, Febr. v. Willisen, und Am Jahnhoff. Namens der Polen gab der Abg. Grabski die Erklärung ab, daß seine Freunde noch keine Stellung genommen hätten, daß sie aber von dem Kanalbau eine weitere Zunahme der Arbeiter für den Osten befürchten. Namens des Centrums forderte der Abg. Graf Strachowik als Vorbedingung für die Zustimmung seiner Freunde eine Anzahl weiterer Kompensationen für Oberschlesien und die Kanalisierung der Lippe. Die Abgg. Dr. Deumer und Schmieding (natl.) sowie die Minister v. Thielen und Bressfeld verteidigten nochmals den Entwurf, aber auch sie brachten keine neuen Argumente vor, sondern wiederholten in der Hauptsache nur die bereits bekannten Gründe für den Kanal.

Am Freitag wird die zweite Lesung des Justiz-Etats fortgesetzt. Voraussichtlich kommt es dabei zu einer Debatte über die Judenfrage.

Das Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter.

Der preussische Landwirtschafts-Minister hat im Landesökonomie-Kollegium die jedes Agrarierherz erfreuende Mitteilung gemacht, daß ein Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter bereits ausgearbeitet ist und dem Staatsministerium zur Beschlussfassung vorliegt.

Es erscheint also außer Zweifel, daß ein Ausnahmegesetz, wie es bereits in einigen kleineren Bundesstaaten durchgeführt worden ist, noch in dieser Session dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegt werden wird. Damit ist die Gefahr der Verwirklichung eines solchen Gesetzes eine brennende geworden.

Kornwucher und Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter — die Regierung im Reich und in Preußen arbeitet, als wollte sie den letzten Mann in unsere Reihen treiben! —

Um den Brotwucher.

Die „Post“ befürwortet beschleunigte Fertigstellung des Zolltarifs derart, daß vor beendeter Ausarbeitung des ganzen Tarifs im Reichsfinanzamt schon die einzelnen bereits fertigen Abschnitte derselben den übrigen beteiligten Reichs- und Staatsämtern vorgelegt werden sollen. Ferner wünscht das Organ des Herrn v. Stumm und v. Jedlig, daß vom Reichstage die landwirtschaftlichen Zölle möglichst bald auch in zweiter Lesung im Plenum beraten, und nur die mehr technischen Teile des Zolltarifs an eine Kommission verwiesen werden sollen.

Die großindustriellen Gehilfen des Brotwuchers haben es fabelhaft eilig.

Socialistische Protestversammlungen wider den Brotwucher haben stattgefunden in Hagen und Iserlohn, wo Dr. Erdmann-Röhl sprach, ferner in Frankfurt a. M., wo nach einem Referat des Abg. Schmidt eine Resolution angenommen wurde, die u. a. jeden Volkstäter für einen Volksverräter erklärt, der den geplanten Brotwucher begünstigt.

In Lübeck hat am Mittwoch die Bürgerschafts-Versammlung an den Senat das Ersuchen gerichtet, im Bundesrat gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu stimmen. Auch die Lübecker Handelskammer richtete ein dringendes Gesuch an den Senat, den Vertreter Lübecks im Bundesrat zu beauftragen, nach Kräften gegen die Kornzölle zu wirken.

Aus Baden wird uns vom 6. Februar geschrieben:

Die vom Pforzheimer Stadtrat ausgegangene Anregung, die Vertretungen der sämtlichen badischen Städte sollten sich in einer kollektiv-Vorstellung an den Reichstag gegen die drohende Erhöhung der Getreidezölle aussprechen, hat bisher in den meisten, und zwar gerade in den größeren Städten zu einem negativen Ergebnis geführt. Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Baden-Baden, Lahr u. a. haben die Beteiligung abgelehnt, zum Teil unter der sonderbaren Begründung, die in Frage stehende Angelegenheit liege außerhalb des Gebiets der Gemeindeverwaltung; — als ob er nicht geradezu die Pflicht einer kommunalen Vertretung wäre, gegen jene die materiellen Interessen des weitläufigsten Teils der Gemeinde-Angehörigen und damit diejenigen der Gemeinde selbst aufs empfindlichste berührende politische Maßregel in der nachdrücklichsten Weise Stellung zu nehmen. Bezeichnend ist dabei, daß die große Mehrzahl der ablehnenden Stadtrats-Kollegien nationalliberale Majoritäten aufweisen, daß aber auch die Freisinn-Demokraten von Mannheim wie die Ultramontanen von Freiburg für den Pforzheimer Vorschlag nicht zu haben waren.

Der nationalliberale Stadtrat von Lahr ging in seiner Angst vor der agrarischen Demagogie sogar so weit, daß er sich ausdrücklich für eine Erhöhung der Getreidezölle aussprach, da die in der Industrie gezahlten Löhne eine geringe Preissteigerung zu Gunsten der Landwirtschaft ertragen könnten. Dabei ist Lahr eine Industriestadt, in der sich heute schon die sinkende Konjunktur durch starke Arbeitslosigkeit bemerkbar macht, während in guten Zeiten die in der Gemeindeverwaltung maßgebende politische rücksichtslose Fabrikantenklasse es von jeher verstanden hat, durch brutale Unterdrückung jeder selbständigen Bewegung der Arbeiterschaft diese um ihren Anteil an den erhöhten Produktionsgewinnen zu prellen.

Die socialdemokratische Partei Badens wird durch verstärkte Agitation gegen den Brotwucher die unvollständige Haltung der Städtevertretungen wettzumachen wissen.

Deutsches Reich.

Das Arsenal der Fälschungen.

Das offizielle Organ der Gelben, die „Konservative Korrespondenz“, weiß auf unsre Feststellung geradezu ungeheurer Fälschungen nichts anderes zu erwidern als durch Anführung von fünf weiteren Citaten zu „beweisen“, daß die Socialdemokratie darum gegen die Getreidezölle kämpfe, um den Bauernstand oder überhaupt den Mittelstand zu ruinieren. Offenbar wird der Kleinbauer oder der Handwerker, der Brot kaufen muß, dadurch zu Grunde gerichtet, wenn wir ihm die Brotwucherer vom Leibe zu halten suchen! Und augenscheinlich sieht die „Konf. Korresp.“ in den Strawattiermachern hochverdienende Leute, die durch ihre Wucherspenden die Kollektanden erhalten!

Von den neuen fünf Citaten sind drei ohne genauere Quellenangabe mitgeteilt, so daß es uns unmöglich ist, sie zu kontrollieren. Die zwei übrig bleibenden sollen dem „Vorwärts“ entstammen, und da können wir wieder feststellen, daß es abermals

Fälschungen sind; die „Konservative Korrespondenz“ scheint am Fälschungswahnsinn zu leiden. Eine angebliche Stelle aus der Nr. 166 des „Vorwärts“ 1893 ist überhaupt nicht auffindbar und ebenso ist die folgende Äußerung, die der „Vorwärts“ am 6. Dezember 1891 enthalten haben soll, einfach erfunden:

„Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentums-Verhältnissen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Ernte gehört nicht den Bauern, sondern den Menschen; privates Eigentum von Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.“

Auch diese Äußerung ist in dem „Vorwärts“ vom 6. Dezember 1891 hineingelogen. In der ganzen Nummer findet sich überhaupt kein dieser Frage berührender Artikel oder eine derartige Notiz. Dagegen ist in der Nummer vom 5. Dezember 1891 ein Leitartikel über „die Scholle des Bauern“ enthalten, in der allerdings auch die citierte oder eine ähnliche Stelle nicht enthalten ist, der jedoch Ausführungen enthält, die gerade heute eine Wiedergabe verdienen.

Damals war bekanntlich der Hochschulgoll von fünf Mark in Kraft und der Artikel beschloß sich mit der Thatsache, daß gerade in dieser Zeit die Bauern massenhaft die heimliche Scholle verlassen müßten. Es hieß in dem Artikel:

„Der Kleinbetrieb... muß dem kapitalistischen Großbetrieb Platz machen, der ein Raubbau ist und dessen Faustwirtschaft mit der Zeit den Boden ruinieren würde, wenn nicht zu hoffen stünde, daß er zuvor noch von einem rationelleren, dem socialistischen Großbetrieb abgelöst werden wird. Der Kapitalismus in der Landwirtschaft untergräbt und decimiert selbst das Element, das man für die kräftigste Stütze des heutigen Zustands ansieht, den rücksichtslosen Kleinbauer. Wie in allen Dingen, so wütet auch hier die kapitalistische Selbstsucht blind drauf los... In ihrer Profitlust haben die Agrarier, die Junker, Großgrund- und Rittergutsbesitzer nicht nachgelassen, bis... eine launische Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Produkte herbeigeführt wurde. Frohlockend strichen sie den Gewinn ein, während die Massen des Volks mit der Verzerrung zu kämpfen hatten, und sie suchten dazu noch dem kleinen Bauer den ungeheuren Bären aufzubinden, die landwirtschaftlichen Zölle seien ein Werk, nur zu seinen Gunsten geschaffen. Die kleinen Bauern mögen das eine Zeitlang geglaubt haben. Nun aber, da die Getreidezölle auf der Höhe ihrer Wirkung stehen, tritt ein Rückschlag ein. Namentlich aus den östlichen Provinzen der preussischen Monarchie kommt die Nachricht, daß es für die kleineren und mittleren Bauerngutsbesitzer immer schwieriger wird, sich auf ihrem Grund und Boden zu halten... Die kleinen Besitzer, namentlich in Ost- und Westpreußen, geben in Masse ihre Scholle auf, weil sie auf derselben nicht mehr auskommen können.“

Es wurden dann die Gründe dieser Erscheinung auseinandergesetzt und namentlich darauf hingewiesen, daß die Vorkriegsbauern unter den Getreidezöllen mitleiden, daß die hohen Lebensmittelpreise für sie mit eine Ursache ihres Untergangs seien.

Das also steht thatsächlich in dem Artikel. Wenn die Socialdemokratie auf den Ruin des Kleinbauernstandes hinarbeiten wollte, müßte sie wie die Junker, diese wahren Förderer des Bauerntums, für Getreidezölle eintreten.

Im übrigen ist ja die Stellung der Socialdemokratie klar. Sie ist mit der volkswirtschaftlichen Wissenschaft der Meinung, daß die Kleinbetriebe in Handel und Handwerk nicht lebensfähig seien. Wir wären Heuschler und Schwindler, wenn wir die Interessenten dieser Betriebsform durch Kurpfuschereien über ihre thatsächliche Lage zu täuschen suchten. Wir wären lächerliche Utopisten, wenn wir wänten, durch kleine gesetzliche Chikanen den Siegeszug des Großbetriebs hemmen zu wollen. Ueber die Frage des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft herrscht bei uns noch nicht völlige Uebereinstimmung. Unter keinen Umständen aber leiden wir irgend wie unsere Hand, durch gesetzliche Einflüsse auf den Ruin der Kleinbetriebe hinzuwirken. Wie wir reaktionäre Maßnahmen als zwecklos ablehnen, so sind wir andererseits weit davon entfernt, den Untergang beschleunigen zu wollen; ja wir sind bemüht, nach Möglichkeit die persönliche Lage der Opfer der kapitalistischen Entwicklung zu lindern. Am 20. September 1900 bemerkte der „Vorwärts“ in einem Artikel über Kolonialpolitik:

„Die Kolonialpolitik rangiert in einer Linie mit der Expropriation des Landvolks durch den Grundadel in Europa am Ausgang des Mittelalters. Sie war, wie diese, ein kostvolles Mittel zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Kam es Aufgabe eines Socialisten sein, eine derartige Expropriation zu verlangen? ... Aber, wird man entgegen, sagen wir nicht selbst, daß man den socialen Entwicklungsprozeß nicht hemmen dürfe? Expropriert nicht das Kapital vor unsern Augen tagtäglich kleine Handwerker und Händler, und wenden wir uns nicht gegen jeden Versuch, dieser Expropriation Einhalt zu thun? Erklären wir nicht vielmehr, sie sei eine Vorbedingung des Socialismus? Sehr richtig, aber wir würden entschieden gegen jeden Versuch auftreten, die Staatsgewalt zu Gunsten des Kapitals gegen das Handwerk mobil zu machen.“

Sollte die „Konf. Korresp.“ einmal in einem Anfall von Anstand das Bedürfnis empfinden, ihre Kreise ohne Fälschung über die Anschauungen der Socialdemokratie zu unterrichten, so empfehlen wir ihr dieses Citat. Aber freilich, ein Organ, das die durch die Getreidezölle expropriierten Kleinbauern überreden soll, daß um ihretwillen die Junker Kornwucher treiben, kann nur fälschen, und immer weiter fälschen. Die Wahrheit wäre für sie tödlich.

Das Censur-Cyfer. Es wird gemeldet, daß in der Zeitung der Theater-Censurabteilung beim Berliner Polizeipräsidium vom 1. April d. J. eine Aenderung infolge eintreten werde, als die bisherigen Censoren Regierungsrat Dumrath und Regierungsassessor Höpke ihre Versetzung nachgefragt haben. Der Censur geht und die Censur bleibt.

Begnadigungen. Eine Korrespondenz meldet: „Eine Amnestie anlässlich des Krönungsjubiläums und des Geburtstags des Kaisers ist aus unbekanntem Grund ausgeblieben, obgleich sie beifällig war. Nichtsdestoweniger hat der Monarch im kleinen amnestiert. Im Lauf der letzten Wochen sind zahlreiche Inhaftierte begnadigt worden, unter ihnen nicht weniger als drei Mörder, die zum Tode verurteilt waren, aber seiner Zeit zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden. Ein neuer Fall dieser Art liegt jetzt wieder vor. Vom Schwurgericht zu Stolp wurde am 16. November 1874 der Schneidergeselle Johannes Kosky aus Rawauin im Kreise Braunsberg wegen Mordes zum Tode verurteilt, von Kaiser Wilhelm I. aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Jetzt, nach Verbüßung von 20 1/2 Jahren ist er wegen seiner großen Reue und in Anbetracht seiner vorzüglichen Führung völlig begnadigt und sofort aus der Strafanstalt entlassen worden.“

Dauernde Beschäftigung wurde den Arbeitern der Schiffswerften in Aussicht gestellt, als es sich darum handelte, für die Flottenvermehrung Stimmung zu machen. Wie wenig Ursache die Arbeiter hatten, auf eine gesicherte Existenz zu rechnen, sieht man jetzt. Die Torpedoboot-Firma Schichau in Ebing hat, angeblich weil sie jetzt weniger lebhaft beschäftigt ist, einige hundert Arbeiter auf 3 Pfaster geworfen. Da die entlassenen Arbeiter jetzt keine Aussicht haben, andre Beschäftigung zu finden, sind sie mit ihren Familien dem Elend preisgegeben. — Die kaiserliche Werft in Danzig hat, um nicht Entlassungen vornehmen zu müssen, die Arbeitszeit um eine Stunde täglich vergrößert.

Zur Reichstagswahlwahl in Kachen. Der Kachener „Vollst.“ wendet sich in einem längeren Artikel dagegen, daß der „Vorwärts“ die Kachener christlichen Gewerkschaften als Centrumsvereine bezeichnete. Er schreibt: „Seit dem Rainzer Beschluß der christlich-socialen Arbeiterverbände vom Jahre 1890, welcher diese Verbände für interkonfessionell und politisch-unparteiisch erklärte, ist

zweifellos kein einziger dieser Verbände irgendwo als „Centrumsverein“ aufgetreten, am wenigsten bei einer Wahl.“

Der „Vollst.“ giebt also zu, daß die Verbände bis zum Jahre 1899 als Centrumsvereine aufgetreten sind. Daß sie auch diesmal nicht von der alten Gewohnheit lassen können, dafür muß uns der Kachener „Vollst.“ selber als Zeuge dienen. Das Blatt schrieb am 29. Januar: „Die Herr Kappels namens einer Anzahl von Vertretern verschiedener christlich-socialer Arbeitervereine (nicht etwa bloß des christlich-socialen Textilarbeiterverbands) in der am vorigen Mittwoch abgehaltenen Sitzung des erweiterten Wählerauschusses bekannt gab, beziehen sich die Punkte, über welche jene Vertreter vom Kandidaten der Centrumpartei nähere Auskunft zu erhalten wünschen, auf seine Stellung zu verschiedenen großen Aufgaben der Socialreform und der socialen Befreiung, weiter zu der Erhöhung der Getreidezölle, zu Reusforderungen für Heer und Marine usw. Die christlich-socialen Arbeitervertreter wünschen vor der Wahl von dem Kandidaten der Centrumpartei hinsichtlich dieser Punkte eine befriedigende Erklärung zu erlangen.“

Und am folgenden Tage schrieb der „Vollst.“ wieder: „Verschiedene Vertreter von Arbeiterkorporationen (dieses Wort drückt der „Vollst.“ sehr seinen Zweifel daran, daß sie und ihre Korporationen bestimmt gewillt seien, vor der Wahl von dem Kandidaten der Centrumpartei, Herrn Sittart, die Abgebung einer befriedigenden Erklärung zu verschiedenen Punkten (Arbeiterfragen, Getreidezoll, Heer und Marine usw.) zu verlangen.“

Es gehört die Stirn eines Blattes vom Schlege des Kachener „Vollst.“ dazu, einige Tage nach diesen seinen eignen Ausführungen dem „Vorwärts“ „falsche Meldungen“ nachzusagen. Uebrigens hat nicht der Vorsitzende des christlich-socialen Textilarbeiterverbands, sondern der Vorsitzende des christlichen Weberverbands in Kachen den von uns am Sonnabend erwähnten Brief an den Landtags-Abgeordneten Sittart nach Berlin geschrieben.

Ausgewiesen wurde in Elberfeld ein italienischer Erdarbeiter, weil er angeblich „anarchistischen Tendenzen“ gebildet habe. Wahrscheinlich wird der Mann Keuerungen gethan haben, die darauf schließen lassen, daß er sich nicht mehr zu Lohnbrüder- oder Streikbrecherdiensten bereit finden lassen würde. Ausländische Arbeiter, die derart „anarchistisch“ angekränkt sind, speidert man demütlich jenseits über die Grenze, um dafür andre einzutauschen, denen die Begehrlichkeit noch ein unbekannter Begriff ist.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Interpellation wegen der Wahlmegelei. Aus Budapest wird vom 7. Februar gemeldet:

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erörterte vor dem Eintritt in die Tagesordnung Franz Kossuth den gestrigen Vorfall bei der Ergänzungswahl in Maros-Basarhely und fordert die strengste Bestrafung der Schuldigen. Nachdem noch einige Redner der Opposition in gleichem Sinne gesprochen, erklärt der Finanzminister v. Lulacs, an Stelle des Ministers des Innern v. Szell, der sich augenblicklich in Wien befindet, daß die Regierung den betreffenden Vorfall nicht tiefer beklage, und versichert gleichzeitig, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden solle. Staatssekretär des Innern Gulner erludt das Haus, sein Urteil über diesen traurigen Vorfall hinauszuschieben. Nach den eingelaufenen Berichten habe die Menge die Gendarmen angegriffen und zwei derselben verwundet. Dann hätten die Gendarmen allerdings von der Waffe Gebrauch gemacht.

Dänemark.

Leuerungszulage für die Staatsangehörigen. Der Finanzminister hat dem Folkething am Montag einen Gesetzentwurf vorgelegt über eine außerordentliche Leuerungszulage der Staatsangehörigen für das Finanzjahr 1900-1901. Jede im Staatsdienst angestellte Person, deren Einkommen 2500 Kr. nicht übersteigt, soll eine Zulage von 80 Kr. erhalten. Die Zahl der Angestellten, die hier in Betracht kommen, ist auf 22 000 veranschlagt.

Außerdem hat sich die Regierung genötigt gesehen, dem Folkething ein Gesetz über die Erhöhung der Löhne der Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Angestellten, sowie der Unteroffiziere im Heer und Flotte, vorzulegen, die dem Staat eine dauernde Mehrausgabe von 1 800 000 Kronen pro Jahr auferlegt. Dazu kommt die Leuerungszulage für das kommende Finanzjahr, die eine einmalige Ausgabe von über 1/2 Millionen verursacht.

Diese Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben die Staatsangehörigen einestheils ihren guten gewerkschaftlichen Organisations zu verdanken, an deren Ausbau sie in den letzten Jahren mit großem Eifer gearbeitet haben, andererseits dem erfolgreichen Wirken der Socialdemokratie, die zuerst mit Ernst und Nachdruck für bessere Entlohnung der Arbeiter des Staats eingetreten ist.

Niederlande.

Königin Wilhelmina von Holland hat sich am 7. Februar mit dem Prinzen Heinrich von Mecklenburg vermählt.

Italien.

Sturz des Kabinetts Saracco. Das Kabinett Saracco hat infolge der gestrigen Kammerdebatten demissioniert. Diefelben wurden ermöglicht durch das Zusammengehen der radikalen Socialisten mit den Gemäßigten. Letztere stimmten gegen die Regierung, weil dieselbe die Wiedereröffnung der Arbeitsbüchse in Genua beschlossen, die ersteren dagegen, weil die Regierung dieselbe überhaupt eröffnete hatte. Außer dem Kammerpräsidenten Billa, welcher mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden soll, werden nach Sonnino und Giolitti als Nachfolger Saraccos genannt.

Rom, 7. Febr. Ministerpräsident Saracco tritt in der Kammer-sitzung vom 7. Februar mit, daß das Ministerium seine Entlassung eingereicht hat. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte werde das Ministerium bis zur Entscheidung des Königs im Amte bleiben. Auf Antrag des Ministerpräsidenten verlagte sich hierauf das Haus auf unbestimmte Zeit.

Im Senat gab Ministerpräsident Saracco dieselbe Erklärung ab.

Rußland.

Studentenverfolgungen. Nachdem die Petersburger Studentenschaft mittels Circulars die Studentenschaft Rußlands aufgefordert hatte, sich zu organisieren, um auf diese Weise die Einführung liberaler Reformen im Unterrichtswege zu erzielen, fanden neuerdings zahlreiche Verhaftungen von Studenten statt.

Der Boeren-Krieg.

Gewaltige Truppenverstärkungen

will England nach Südafrika senden.

Antlich wird bekannt gemacht, die Regierung habe sich entschlossen, dem Lord Rithener außer den bereits in der Kapkolonie gelandeten Mannschaften noch weitere Verstärkungen von 30 000 Mann zu senden. Man rechnet, daß 10 000 Mann Neomanry für diesen Zweck verfügbar sein werden, daß ferner die berittene Polizeitruppe für Südafrika unter Einrechnung der in den Kolonien angeworbenen Mannschaften aus 8000 Mann bestehen und die neuen von den Kolonien gestellten Contingente 5000 Mann betragen werden. Der Rest der erforderlichen Mannschaften soll aus der Kavallerie und berittenen Infanterie des Mutterlandes aufgebracht werden. Der erste Transport geht am Sonnabend ab.

Wenn auch die 10 000 Mann Neomanry und die 8000 Mann, die größtenteils aus in den Kolonien angeworbenen Mannschaften

Kestehen sollen, vorläufig erst vollständig auf dem Papier stehen, beweist doch die Ansicht eines derartigen Nachschubs, daß England auch heute noch nicht ernsthaft an Friedensvermittelungen denkt. Ob aber die 30000 Mann Verstärkungen genügen werden, um den Widerstand der Boeren zu brechen, ist nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft, namentlich da die neuen Mannschaften erst nach und nach eintrifften werden, so daß eine große einheitliche Aktion nicht zu erwarten steht. Bis zur allgemeinen Verwendung des Nachschubs wird das Boerenblei und mehr noch Krankheit aller Art unter den jetzigen Truppen noch gehörig aufgeräumt haben. Die

neueste Tagesverlust-Liste

umfaßt 20 Tote, 28 an Krankheiten Verstorbenen, 10 Verwundete und 3 Vermisste, insgesamt 61 Mann.
Der angeblüchle

Boerenfall in Lourenço Marques

hat eine amtliche englische Bestätigung noch immer nicht gefunden. Die englische Presse ist der Ansicht, daß ein derartiger Schritt der Boeren England nur erwünscht sein könnte, da alsdann englische Truppen an der Delagoabai gelandet und die Boeren von dieser Seite aus angegriffen werden können. „Daily Mail“ weiß sogar schon zu berichten, daß Portugal den ihm gehörenden Teil der Delagoabai an England abgetreten habe. Sollte deshalb vielleicht die Nachricht von dem Einfall der Boeren in portugiesisches Gebiet nur zu dem Zweck erfunden worden sein, um der Abtretung der Delagoabai durch Portugal den Charakter des Neutralitätsbruchs Portugals zu nehmen? Uebrigens hieß es ja bereits vor einer Reihe von Monaten, daß eine englische Armee von der Delagoabai aus den Boeren in die Hände fallen sollte. Damals standen England noch mehr Truppen zur Verfügung als jetzt, auch war damals der westliche Teil Transvaals noch nicht von den Engländern occupiert. Damals hätte also ein englischer Angriff von Lourenço Marques aus eine ganz andre Bedeutung gehabt als jetzt.

De Wet

soll am Drajesfluß den Kommandanten Liebermann erwarten, um dann mit diesem gemeinsam in die Kapkolonie einzudringen. De Wet würde nach dieser Vereinigung über 6000 Mann verfügen.

Sonstige Mitteilungen.

Aus Kapstadt sind in London folgende Telegramme eingelaufen: Die Einwohner der Stadt Dordrecht haben gestern von Schwarzberg her Kanonendonner vernommen. — Der Premierminister der Kapkolonie teilte mit, daß General Prabant zum Oberkommandeur der Truppen ernannt werden wird, die zur Verteidigung der Kapkolonie ausgehoben wurden.

Ueber die

Barbarei der englischen Kriegsführung

erzählt der Boerenkommandant De Wet, ein naher Verwandter des Generals, in der in Frankfurt a. M. stattgefundenen Versammlung folgende Einzelheiten:

Als Augenzeuge kann ich bekräftigen, daß die Engländer die Befestigungen unserer Kommandanten noch gräßlicher verübelten haben, als die andern Boeren. Ein englischer Offizier entriß einer Boerenfrau das Bild ihres einzigen bei Ladysmith gefallenen vierzehnjährigen Sohns und warf in die Flamme, die das Haus der Mutter zerstörte. Vor Ladysmith wurde ein Boeren, der sich schon ergeben hatte, von einem englischen Offizier die Hand abgehakt. Der Bruder des Boeren sah den Engländer nieder. Daraufhin ward er wegen „Hochverrats“ hingerichtet. Ein Brief des Pfarrers Broothuyzen aus Pretoria liegt hier vor mir: der dritte Teil aller Boerenfrauen, so schreibt er, ist entehrt! (Bestige Futruze, auch von weiblichen Stimmen.) Auf die bloße Beschuldigung von Kaffern hin haben die Engländer manchen unschuldigen Boeren standrechtlich erschossen. Auf den Farmen des Generals De Wet hat man die Schuttdämme zerstört, und die Frau des Generals wollte man durch Hunger zwingen, eine Ehrenklärung für das Verhalten der englischen Soldaten zu geben. Das lehnte sie aber standhaft ab. Wollen die Völler Europas diese Greuel länger dulden? Die Haager Friedenskonferenz verstehen wir Boeren nicht ganz. War denn das Ganze nur ein Scherz, ein Zeitvertreib? Darf England jede einzelne Bestimmung dieser Konferenz übertreten? Sieht es da nicht eine Gelegenheit, uns zu Hilfe zu kommen? Die Rot der Boeren ist trotz der augenblicklichen besseren Nachrichten auf dem Höhepunkt. Sie haben aber beschlossen, auszuhalten und trotz ihrer Not zu kämpfen, so lange noch ein Mann im Felde steht.

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen des Wahlkreises Grünberg-Freystadt haben sich einen Kreis-Verein geschaffen. Die Geschäfte der Partei wurden dem Verein übertragen.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Vredendek,** Redacteur der „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Zig.“ in Dortmund, wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet. Er soll sich einer Polizeibeiwägung schuldig gemacht haben.

Derselbe Genosse stand einige Tage vorher vor demselben Gericht wegen Beleidigung des Schiedsgerichts Oberhausen der rheinisch-westfälischen Hütten- und Bergwerks-Vereinsgenossenschaft. Dieses Schiedsgericht wird im Volksmunde mit einem bestimmten Namen belegt, unter dem es allgemein bekannt ist. Um seinen Namen bekannt zu machen, um welches Gericht es sich handelte, hatte auch Vredendek in dem inkriminierten Artikel diesen Namen angewandt. Dies sollte beleidigend sein und wurde Vredendek deswegen zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt; im übrigen erkannte das Gericht an, daß der Artikel sachlich gehalten sei.

Gewerkchaftliches.

Verlin und Umgegend.

Für die Spitzenweber in Calais gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein: Von den Bananenschälern Verlin und Umgegend 100.—, Feuchte Erde bei Schulz 220.—, Dachdecker Verlin 100.—, Brauerei-Hilfsarbeiter Verlin 30.—, Verband der Hobler und Hilfsarbeiter Verlin 10.—, 7.—, 3.50. u. Selig 2.—, Arbeiter von Typographen, Tischlermeister 58.25, Handbrot-Hilfsarbeiter, Verwaltung Verlin 50.—, Verband der Tischler, Verwaltung Verlin 500.—, Centralverband der Maurer, Verlin 500.—, Hüttenarbeiter Verlin 500.—, Schindlente Brauerei 4.—, Buchbinderei Kammere 17.15, Lohgerber, Lederarbeiter, Härder von Busse 100.—, Kommission der Tabakarb. 10.—, Schirmhutfabrik Windt 10.—, Buchdruckerei-Gilddard. 10.—, Tischlerei Fischer, Weidenweg 10.—, Stadard. von Waldbach 10.—, Personal von Wlstein, Acc.-Abt. 8.40, Arbeiter von Kuhner 7.20, Tischlerei von Banger 20.—, Kaufklub „Ohne Zwang“ 10.—, Summa M. 1684.70. Vereinst. antwortet 839.70. Zusammen M. 2424.40.

Weitere Beiträge werden im Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engel-Allee 15, Zimmer 8, vormittags 9-11, nachm. 6-8 Uhr, entgegen genommen. Einwendungen sind an H. Köhler zu richten.
Der Ausschuh.

Achtung, Sattler! Bei der Firma A. Schwarz u. Co., Treibriemenfabrik, Berlin, Müllerstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Wegen Mahregelung eines Kollegen legten in der vorigen Woche sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Die Firma nahm die Mahregelung zurück und die Arbeit wurde am andern Morgen wieder aufgenommen.

Dem Inhaber der Firma, Herrn E. Zeila, scheint die Sache aber sehr nahe gegangen zu sein, denn, wie Zuschriften aus Schlesen und Dresden beweisen, sucht er in dortigen Zeitungen 30-35 Seiten für seine Fabrik. Da die Arbeit augenblicklich sehr flau geht, ist nur anzunehmen, daß er Arbeiter nur zu dem Zweck sucht, die

alten, gut organisierten Kollegen zur gegebenen Zeit auf's Pfaster zu werfen.

Wir ersuchen darum die Kollegen allerorts, Arbeit bei dieser Firma nicht anzunehmen und den Zugang möglichst fernzuhalten.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Die Ortsverwaltung Berlin II.

Achtung, Bau-Anschläger! Die Sperte über die Firmen Franke, Admiralstr. 18d, und Düsterbeck, Weberstr. 6, ist nach wie vor aufrecht zu erhalten, bis die Aufhebung an dieser Stelle erfolgt. Die Einundzwanziger-Kommission.

Deutsches Reich.

Farbe bekennen!

Der ultramontane bayerische Eisenbahner-Verband ist neuerdings in eine höchst verzweifelte Situation gekommen. Schon kurz nach seiner Gründung mußte sich der Verband eine Censur seiner Statuten durch die Generaldirektion der Staatsbahnen gefallen lassen. Diese Revidierung nach rückwärts beliebten damals die ultramontanen Mäcker als ein Zeichen besonderer Intimität zwischen Verbandsleitung und Generaldirektion hinzustellen. Nun hat aber die letztere heute den schwarzen Organisatoren eine Behandlung angedeihen lassen, die nicht mehr zu bemänteln ist. Der Eisenbahner-Verband hat nämlich eine Darlehnskasse gegründet, die nur an Kapitalmangel krank. Da die zehn fremdige Monatsbeiträge nicht ausreichen, hat man Circulars an verschiedene Adressen verschickt, in denen um Gewährung von größeren Darlehen zum Zweck der Dotierung der neugegründeten Spar- und Darlehnskasse gebeten war. Zur Begründung dieser Bitte wurde ausgeführt, daß von der treuen Pflanzung des Eisenbahner-Personals Leben und Eigentum vieler Menschen abhängt und daß viele entsehlige Unglücksfälle ihre Ursache im der materiellen Bedrängnis des Personals haben, da ein Mann, der mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen habe, seinen Dienst bei dem besten Willen nicht so gewissenhaft versehen könne.

Ein Exemplar dieses Circulars fiel vor einigen Tagen der offiziellen „Augsburger Abendzeitung“ in die Hände, die ein Nordgerichte deswegen erhob. Die Regierung könne sich doch nicht vorwerfen lassen, daß sie ihre Angestellten nicht vor der dringendsten Not schütze und die Generaldirektion habe die Pflicht, dagegen vorzugehen. Und richtig gab die letztere nunmehr auch eine Entschuldigend heraus des Inhalts, das Ober-Bahnamt München habe dem Vorstehenden des Eisenbahner-Verbands den gemessenen Auftrag zugehen lassen, den Aufruf bei sämtlichen Personen, welchen derselbe zugegangen ist, unverzüglich mit einem entschuldigenden Schreiben wieder zurückzuziehen.

Jetzt sitzen unsere christlichen Brüder in einer arzen Klemme. Weiden die Herren darauf bestehen, was sie in jeder Nummer ihres Organs, in jeder ihrer Versammlungen u. behaupten, daß nämlich ein großer Teil der bayerischen Eisenbahner infolge der elenden Bezahlung sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, so müssen sie auch die Konsequenzen ziehen. Vor allen Dingen dürfen sie sich nicht das Recht streitig machen lassen, diese Zustände auch festzustellen und weitere Kreise um Hilfe für ihre Bestrebungen auf dem Wege der Selbsthilfe anzugehen. Wenn die Herren aber so konsequent sind, dann verbietet die Regierung einfach ihren Angestellten die Zugehörigkeit zum Eisenbahner-Verband und — Redacteur, Sekretär und Verwalter werden kassiert.

Erhält man aber — was als sicher anzunehmen ist — den Befehl der Regierung und kriecht zu Kreuze, nun dann kann sich die christliche Organisation eben begnügen lassen. Der Verband ist dann keine Arbeiterorganisation mehr, sondern ein Vereinchen, das nur thun darf, was die hohe Regierung gestattet erlaubt.

Nur so weiter, Herr v. Ebermayer, dann wird auch der blödeste Eisenbahner bald wissen, wo er hingehört.

Die Hilfsarbeiter der Firma Gebr. Görg in Chemnitz sind in den Ausstand getreten, weil die so schon niedrigen Löhne um 10-12 Proz. gekürzt werden sollten.

Der 19. Gau des deutschen Holzarbeiter-Verbands, der die Provinzen Rheinland und Westfalen umfaßt, hielt am 3. Februar Konferenz in Aresfeld ab. Anwesend waren 43 Delegierte aus 35 Orten, sowie der Gauvorstand. Der Gauvorstand hat seinen Sitz in Elberfeld. Aus dem Tätigkeitsbericht haben wir hervorzuheben: In den beiden Provinzen sind etwa 17½ Tausend Holzarbeiter beschäftigt; davon sind organisiert etwa 1/2 Tausend, also nur 20 Proz. Die Zahl der in der Branche beschäftigten weiblichen Personen ist von 163 auf 41 zurückgegangen, davon sind drei organisiert. Die meisten der Streiks, welche in dem Gau stattfanden, endigten mit einem Vergleich. Um die Agitation besser betreiben zu können, hatten die einzelnen Filialen es für nötig befunden, daß für den Gau ein besoldeter Beamter angestellt würde. Nachdem durch Abstimmung sich die meisten Filialen dafür erklärt hatten, bewilligte der Hauptvorstand der Holzarbeiter einen Zuschuß von 1200 Mark jährlich. Den Rest müssen die einzelnen Filialen aufbringen. Es wurde der Antrag angenommen, daß jede Filiale pro Mitglied und Quartal 10 Pf. zu den Kosten beizutragen hat. Als Beamter wurde der Vorsitzende des Gauvorstands Hartung-Elberfeld bestimmt.

Eine längere Diskussion rief die Stellung des Verbands den christlichen Gewerkschaften gegenüber hervor. Allgemein war unter den Delegierten die Meinung vorherrschend, daß man den christlichen Gewerkschaften gegenüber sehr vorsichtig sein müsse. Besonders bei Lohnkämpfen seien sie sehr unzuverlässig. Es läme dies daher, daß die christlichen Arbeiter von den hinter den Coulissen arbeitenden Geistlichen beherrscht würden. So lange der Einfluß der Geistlichkeit in den christlichen Gewerkschaften noch so stark sei, könne an ein Zusammengehen mit denselben nicht gedacht werden.

Der Centralverband christlicher Textilarbeiter ist nun auf einer Konferenz am 2. und 3. Februar in Aresfeld endgültig gegründet worden. Der Verband wird in drei Bezirksverbände gegliedert, dem je ein besoldeter Beamter vorsteht. Ihren Sitz haben die Beamten in Aresfeld, M.-Gladbach und Aachen. Das Organ wird in Aresfeld hergestellt. Ein Wochenbeitrag von 15 Pf. ist festgesetzt, doch ist es den Bezirksverbänden freigestellt, 20 Pf. zu erheben, und muß dann für die überbleibenden 5 Pf. ein Krankengeldzuschuß, Sterbegeld oder sonst etwas gewährt werden. Trotz des Widerspruchs einiger Delegierten ist dem Statut ein Passus eingefügt worden, wonach Ehrenmitglied werden kann, wer einen bestimmten Beitrag bezahlt. Ganz bestimmt werden jetzt wohl eine Anzahl Unternehmer und Geistliche beitreten, um die Arbeiter im Jauze zu halten.

Von der Kachener Richtung aus wurde versucht, eine Bestimmung in das Statut hineinzubringen, wonach der christliche Grundcharakter für alle Zeiten festgelegt werden sollte. Dieser Antrag wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Hieran sieht man, daß die neutrale Gladbacher Richtung noch nicht sehr stark ist.

Es gelang der Kachener Richtung denn auch durchzusetzen, daß eine Statutenänderung, welche den christlichen Grundcharakter des Centralverbands antasten würde, nur mit drei Viertel aller Stimmen der Bezirksvorstände beschloffen werden kann.

Der „Kachener Volksfreund“, das Organ der Kachener Richtung, ruft denn auch jubelnd aus, eine dreiviertel Majorität werden die Gladbacher nie erzielen.

Während nun die christlichen Arbeiter dabei sind, sich eine feste Organisation zu schaffen, läuft am Niederrhein die ganze Kaplonsprelle gegen die christlichen Gewerkschaften Sturm. Um die Filialen zu retten, haben die Vorstände des christlichen Tabakarbeiter-Verbands und des christlichen Textilarbeiter-Verbands in Geldern eine öffentliche Erklärung abgeben müssen. In dieser Erklärung heißt es, daß die christlichen Gewerkschaften den Klassenkampf verabscheuen, daß Differenzen mit den Arbeitgebern nur auf friedlichem Wege geregelt werden sollen. Von Kampf-Organisationen könne keine Rede sein und der Weisheit wäre die Arbeiterchaft Dank und Anerkennung schuldig, weil dieselbe sich um die Arbeiterfrage so verdient gemacht habe.

Zur Brauerbewegung in Weissenburg bei Nürnberg. Eine große Volksversammlung befaßte sich mit dem Brauerstreit und beschloß, nachdem die drei größten Brauereien sich weigerten, mit einer aus Weissenburger Bürgern bestehenden Kommission zu verhandeln, das Bier dieser Brauereien zu boylottieren. Zugut ist ferngehalten.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Socialpolitik und Brotwucher“ sprach Genossin Steinbach-Hamburg in einer von der Vertrauensperson der socialdemokratischen Frauen Rizdors in einberufenen Volksversammlung, die am 6. Februar im Rizdorsker Apollotheater stattfand. Die Referentin führte unter anderem aus: Wir Deutschen sind ja allen andern Nationen in allem Großen, Lichtigen, Edlen und Gewaltigen voraus. Wenigstens will man uns das glauben machen. Welch ein Wunder ist nicht unsere Socialpolitik — nach den Zahlenzusammenstellungen auf der Pariser Weltausstellung. Wer den Kampf der deutschen Arbeiterklasse um jedes bishen wirklicher socialer Reform kennt, wer hinter die Coulissen schaut, der sieht allerdings ein andres Bild. Das von den Herrschenden viel im Munde geführte Wohlwollen für die arbeitende Klasse entpuppt sich als eitel Heuchelei. Die Anfänge der Socialreform, die da sind, und auch das Koalitionsrecht sind nicht auf ein Wohlwollen zurückzuführen. Es war eine starke Notwendigkeit, die sie und brachte; die Einsicht, bei völlig unbeschränkter Ausbeutungsfreiheit könnte das ganze staatliche Leben leiden. — Es wirkt wunderbar, wenn man zusammenstellt das erbeuchelte Wohlwollen für die Armen und die Gerechtigkeit, das Verlangen der Agrarier nach einer Erhöhung der Kornzölle zu erfüllen und dadurch das notwendige Rohungsmittel eben jener Armen zu verteuern. Was der Hölle bedeutet, das lernten die Frauen Hamburgs am 15. Oktober 1888 beurteilen, als die Hausfrau in das reichdeutsche Jolnez hineingezogen wurde. Es kostete am Morgen das Pfund Salz 8 Pf., am Nachmittag 10 Pf., am Morgen das Pfund Zucker 14-15 Pf., am Nachmittag 30-32 Pf., am Morgen das Petroleum 7 und 8 Pf., am Nachmittag 15-17 Pf., und der Kaffeepreis stieg in dem halben Tage um 30-40 Pf. pro Pfund. Von einer Erhöhung der Löhne hat man damals nichts gehört. Und so wird es bei der Erhöhung des Kornzölle geben. Vor Jahren sagte gelegentlich des Antrags Ratih der Reichskanzler Caprivi, daß der Kornzoll als Brotsteuer gerade die armen Leute drücke. Nun, was damals sogar ein Reichskanzler sagte, das ist doch wohl heute auch noch wahr. Oder sollte der glatte lebenswürdige Herr v. Bülow einen seiner Vorgänger wegen strafen wollen? Uebrigens, wozu ein Wahnsinn, Millionen des deutschen Volks die Taschen zu leeren zu Gunsten einer Klasse, die nur nach Tausenden zählt. Daß nur die Besitzer von mehr als 12 Hektar, also nur 24 Proz. der aderbauenden Bevölkerungsgesicht, einen Vorteil von den Kornzölle hat, ist schon genugam nachgewiesen. In der Brotverteuerung kommen noch die Bestrebungen auf Verkümmern des Koalitionsrechts, und das alles in einer „Acta der Socialreform“. — Rechnerin wies dann in treffenden Ausführungen nach, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen nach allen Richtungen hin am besten wahre durch starke Organisationen. Jeder müsse irgendwie helfen, den Geist genossenschaftlichen Zusammenhalts noch mehr wie bisher in die Massen hineinzutragen, und dabei dürften vor allem die Frauen, die Erziehinnen der Jugend, nicht vergessen werden. (Stürmischer Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt. Genossin Quitt als Vertrauensperson erstattete ihren Geschäftsbericht. Danach verbleibt ihr ein Vorbestand von 550 M. Die Versammlung entsandte die Vertrauensperson Frau Quitt wurde dann wiedergewählt, während die Genossinnen Eibert und Schulz zu Revisorinnen bestellt wurden. — Die Vorsitzende wollte die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schließen. Als sie die Worte: „Ich schließe die“ ausgesprochen hatte, bat auch die Genossin Quitt zu einer Bekanntgabe ums Wort, das sie auch erhalten sollte. Der überwachende Polizeileutnant sprang jetzt auf, rief mit starker Stimme: Die Vorsitzende hat die Versammlung geschlossen! und verbot der Genossin Quitt jedes Wort. Alles Protestieren der Vorsitzenden, der Referentin und der Genossin Quitt nützte nichts. Die Vorsitzende schloß nunmehr die Versammlung wirklich. In das von ihr ausgedrachte Hoch auf die Socialdemokratie stimmten die Anwesenden stürmisch mit ein.

In Lichtenberg-Friedrichsberg fand am 6. Februar eine Frauen-Versammlung statt, in welcher Genossin Litfin an Stelle der durch Krankheit verhinderten Referentin Frau Emma Thier über: „Was haben die Frauen und Mütter von der Gemeinde zu fordern?“ referierte. Nach reicher Diskussion, an welcher sich auch mehrere Frauen beteiligten, gelangt folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, die Männer in ihrem Bestreben, am Dienstag, den 12. Februar 1901, in das Parlament von Lichtenberg Vertreter zu entsenden, welche die Interessen der Allgemeinheit zu wahren gewillt und im stande sind, thätkräftig zu unterstützen.

Altkübes und passives Wahlrecht der Frauen zu den französischen Arbeiterräten. In die französischen Arbeiterräte, die beratende Körperschaften sind, können auch Frauen gewählt werden. Die Bedingungen der Wählbarkeit sind für beide Geschlechter absolut gleich: Alter von mindestens 25 Jahren, Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, Wohnsitz im Wahlbezirk, Berufstätigkeit von mindestens 10 Jahren in dem betreffenden Gewerbe. Wähler sind die Berufsorganisationen der Arbeitgeber und die Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten. Da in Frankreich kein Gesetz die Zugehörigkeit der Frauen zu Organisationen irgendwelcher Art beschränkt und mithin Arbeitgeberinnen wie Arbeitnehmerinnen den Berufsvereinen bzw. Gewerkschaften angehören können, besitzen also auch die organisierten erwerbstätigen Frauen das Recht, an den Wahlen zu den Arbeiterräten teilzunehmen.

Sociales.

„Arbeiterfamilien mit möglichst vielen Töchtern“ sucht die Weberin von Gerrit von Delden u. Co. in Gronau (Westfalen) durch Inserate in oberfränkischen Zeitungen. Ein Professor Zehner, der ein unsehbares Mittel erfinde, wie die Arbeiter ihren Familienzuwachs nach den Wünschen der Spinnerbarone erhöhen können, würde sich um die Lösung der socialen Frage der Spinnerbarone ein großes Verdienst erwerben können.

Reinlichkeit in den Bäckereien. Die Rheinberger Bäckermeister entschliefen sich fürchtbar über unser dortiges Bruderblatt, weil es dem Verlangen der Herren, das dem Reichstags vorliegende Gesetz über die Einrichtung von Bäckereien solle auf schon bestehende Betriebe nicht ausgedehnt werden, entgegensteht. Nach der Erklärung der Ritter vom Vadrto müßten die Bäckereien in Bezug auf Reinlichkeit musterhaftig sein. Nun ist es aber sehr fatal für die Herren, daß gerade jetzt, nachdem sie ihren Feldzug gegen das geplante Gesetz kaum eröffnet haben, das Ergebnis der amtlichen Revision der Bäckereien bekannt gemacht wird. Danach wurden 61 Betriebe überhaupt beanstandet, in 81 Fällen ließ die Reinlichkeit der Bäckereien und Mehlstätten sehr zu wünschen übrig, in 19 Fällen entsprachen die sonstigen Geschäfte nicht den Anforderungen der Reinlichkeit. 65 mal wurden anstehende Krankheiten, besonders Krätze, konstatiert. Und angesichts solcher Zahlen wagen die Leute noch die gekränkte Unschuld zu spielen, wenn man die Tadellosigkeit ihrer Bäckereien anweifelt! Sie haben entweder eine sehr harte Stirn oder höchst werthwürdige Begriffe von Reinlichkeit.

Zur Wohnungsfrage. In Würzburg wurde im Dezember durch den Magistrat eine Wohnungsanfrage vorgekommen, die sich auf die Wohnungen von 1-3 Zimmern erstreckte. Es wurden nur die Wohnungen von Personen mit selbständiger Haushaltung, also nicht die von Kitzmietern aufgenommen. Das jetzt zusammengestellte Resultat ist folgendes: Vorgefunden wurden Wohnungen von 1 Zimmer 1506, von 2 Zimmern 4771, von 3 Zimmern 3008, zusammen 9285 Klein-

wohnungen. Davon standen leer: 20 mit 1, 67 mit 2, 62 mit 3 Zimmern = 149 Wohnungen. In dem Bericht wird bemerkt, daß von einer Wohnung in der Wohnung nicht gesprochen werden könne, wohl aber von einem Wohnungsleand, verursacht durch Ueberfüllung, schlechte Anlage, Mangel an Sonne und Luft usw. Die Einlegung einer städtischen Wohnungsinspektion wurde angeregt, aber bis zum Eintreffen der vom Ministerium in Aussicht gestellten oberpolizeilichen Vorschriften über die Wohnungskontrolle zurückgestellt. In diese Wohnungsinspektion sollen auch Mieter eingeschlossen werden. Zur Besserung der Wohnungsverhältnisse will die Stadt dadurch beitragen, daß sie demnächst damit beginnt, für ihre Arbeiter, Bediensteten und Schulleute Wohnungen zu erbauen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag findet für ganz Berlin eine Flugblattverteilung statt, zu der wir um recht rege Beihilfe aller Parteigenossen bitten. Je mehr sich bei der Verteilung zur Verfügung stellen, um so leichter wird die Arbeit für den einzelnen und um so gewissenhafter kann die Verteilung besorgt werden. Parteigenossen! Es handelt sich bei dieser Propaganda um Kampf gegen den Brotwucher, es gilt den Raubzug des Junkertums gegen die Arbeiterklasse abzuwehren. Bei diesem wichtigen Interesse, die die Arbeiterklasse hier zu schützen hat, darf kein Mann die notwendige Hilfe versagen, jeder muß auf dem Posten sein!

In der nächsten Nummer werden wir die Adressen bekannt geben, wo sich die Parteigenossen zur Mitarbeit einfinden können. Wir bitten die Vertrauensleute bis dahin um die Adressen zu übermitteln.

VI. Wahlkreis. Für die Schönhauser-Vorstadt findet am Sonntag, den 10. Februar, abends 5 1/2 Uhr bei Mierke, Schönhauser Allee 101/102 eine Versammlung statt. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: Unsere politische Lage. Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Zusammenkommen.

An demselben Tage, abends 6 1/2 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Reclination der Genossen Steinbach; Der Probekandidat. Nach dem: Gemütliches Zusammenkommen. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vertrauensmann.

Zur Beachtung! Der Raubklub „Edelweiß“ in Friedenau veranstaltete seinen Wassenball im Lokale des Herrn Röhring. Genanntes Lokal ist für die Arbeiterklasse gesperrt. Wir ersuchen die Genossen davon Kenntnis zu nehmen.

Die Lokalkommission für Steglitz-Friedenau.

Rixdorf. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab wieder die Beiträge für den Wahlverein in den bekannten Jahreshellen entgegengenommen werden, desgleichen werden dort Mitglieder aufgenommen.

In den öffentlichen Versammlungen wird gleichfalls Gelegenheit geboten werden, Beitrittserklärungen für den Wahlverein entgegenzunehmen. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet am 9. Februar bei Franz Grünauerstr. 5, statt. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow.

Ober-Schöneweide. Sonnabend, den 9. Februar, findet bei John eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Genosse Gerstenberg-Beihense hält einen Vortrag über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“.

Gerichts-Beitrag.

Wegen unzulässiger Einwirkung auf Arbeitswillige hatte sich gestern der Stuccateur Däschlitz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Bei dem Stuccateuren war bis zum 1. Oktober Tagelohn Sitte, dieser sollte am 1. Oktober durch Accordlohn ersetzt werden. Die Stuccateure wollten sich dieser Änderung, bei der sie sich schlechter ständen, nicht fügen und verhängten über diejenigen Werkstätten, in denen dennoch der Accordlohn eingeführt werden sollte, die Sperre. Darunter befand sich die Stud- und Cementgießerei von Walz. Die Lohnkommission, die die Arbeitstufen untersuchte, hatte nun zu erfahren bekommen, daß ein Stuccateur Rusch, der schon im Voraus für eine Woche Unterhaltungsgehalt erhalten hatte, weil er angeblich nach Steintin abziehen wollte, auf einem Bau in der Geißstraße für Walz im Accord arbeitete. Däschlitz ging deshalb eines Tags nach dem Bau und als er dort den Rusch und noch andere Kollegen arbeiten sah, soll er vor dem Rusch ausgesperrt und den Arbeitenden zugerufen haben: „Ob sie sich nicht schämen, für einen Arbeitgeber zu arbeiten, aber dessen Werkstätte die Sperre verhängt sei.“ Auch auf einem andern Bau soll er ähnliche Worte gebraucht haben. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, daß seine Verurteilung in der Geißstraße nur dem Rusch und dessen Verhalten in Sachen des Unterhaltungsgehaltes gegolten habe. — Staatsanwalt Ullrich hielt den Angeklagten auf Grund der Verweigerung für schuldig und beantragte sechs Wochen Gefängnis, da die Arbeitswilligen vor solchen Verletzungen nachdrücklich geschützt werden müßten. Rechtsanwalt Heine hielt die Thatbestandsmerkmale des § 153 hier gar nicht für vorliegend, da es sich nicht um Verabredungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen handelte, die Arbeiter sich vielmehr „schlechteren“ Arbeitsbedingungen fügen sollten, und da sie dies nicht wollten, entlassen worden waren. — Der Gerichtshof hielt alle Bedingungen des § 153 für gegeben und verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis, wobei er berücksichtigte, daß der Angeklagte völlig unbescholten ist, die Ehrverletzung auch keine sehr grobe war.

Unter der Anklage der Doppelheh stand gestern der Schlosser Franz Winnebö vor der II. Strafkammer des Landgerichts I. Der schon in vorgerückten Lebensjahren stehende Angeklagte hat in der Ehe kein Glück gehabt. Mit seiner ersten Frau lebte er beständig auf dem Kriegsfuß und gab ihr schließlich seine Abneigung in so schlagender Weise kund, daß die Frau, die dieses Leben voll Kummer und Qual nicht mehr aushalten konnte, auf und davon ging. Sie wandte sich nach Magdeburg. Darüber sind Jahre vergangen, ohne daß der Angeklagte von seiner Frau wieder etwas gehört hat. Er schrieb wiederholt an die letztere, daß er die Scheidung betreiben wolle, erhielt aber auf seine Briefe keinerlei Antwort; auch die Androhung, daß er bei weiterem Ausbleiben jeglichen Lebenszeichens sich wieder zu verheiraten gedünke, blieb ohne jeden Erfolg. Der Angeklagte nahm nun an, daß seine Frau nicht mehr leben oder gänzlich verschollen sei und ging nun, ohne sich weiter darum zu kümmern, leichten Herzens eine zweite Ehe ein. Der Zufall brachte die Sache an den Tag und der Angeklagte sah seine Hoffnungen auf ein besseres Eheglück plötzlich wieder vereitelt. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage billigte der Gerichtshof dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Ein schwerer Baumfall, der ein Menschenleben zum Opfer gefordert hat, beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Auf dem Reubau Eisenbahngelände 17 waren am 20. September die Brüder August und Wilhelm Gotand, die bei dem Maurermeister Dähling in Arbeit standen, damit beschäftigt, in der vierten Etage die Patentdecken der Balkons auszufüllen. Dabei stürzte der Balkon infolge der zu großen Last, die er zu tragen hatte, plötzlich zusammen, die beiden Arbeiter fielen in die Tiefe und wurden unter den Trümmern von Mauerwerk, eisernen Trägern und Gerüstholz begraben. August G. war sofort tot, Wilhelm G. hatte einen Schädelbruch erlitten, mußte ins Krankenhaus geschafft werden, ist aber mit dem Leben davon gekommen. Für den Unfall wurden der Zimmermeister August Müller und dessen Polier Wilhelm Meyer verantwortlich gemacht. Der Gerichtshof sprach aber beide frei, da sie nach

gewiesenermaßen das Betreten des Balkons ausdrücklich untersagt hatten, weil die eisernen Träger desselben noch nicht fest genug lagen.

Was ist militärische Bildung? Diese Frage lag einer Verhandlung zu Grunde, die gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Die Schlossermeisterfrau Siele und Tischlermeisterfrau Knips aus Spandau waren wegen Beleidigung eines preussischen Offiziers angeklagt. Die beiden Angeklagten führten mit ihren Gemännern an einem Sonntag auf einer Gondel spazieren. Als sie an der Militär-Schwimmhalle vorüber fuhren, hörten sie, daß in derselben ein Mann dieselben ungelinden Töne ausstieß, wie dies ein Entzündeter thut. Gleichzeitig hörten sie aber auch, daß ein Offizier, der auf der Brücke stand, den andern Soldaten zurief: „Nu laß ihn mau raus, sonst faust er uns noch die ganze Gabel aus! Die Schnauze hat er schon voll, schließlich kriegt er auch noch die Kalbdaune voll!“ Die beiden Angeklagten machten ihrer Entrüstung in den Worten Luft: „Das will ein gebildeter Mann sein? Der weist mit „Schnauze“ um sich!“ Der Offizier hörte diese Äußerung und schickte mehrere Mann, die nur mit Wabehosen bekleidet waren, die Gondel nach, in welcher die Angeklagten saßen, und ließ dieselben feststellen. Das Regiment stellte wegen Beleidigung des Lieutenants Strafantrag, die beiden Frauen wurden angeklagt, vom Schöffengericht in Spandau aber freigesprochen, weil angenommen wurde, daß die Angeklagten nur dieselben Worte wiederholt hätten, welche der Offizier selbst gebraucht habe. Es war nebenbei festgestellt worden, daß der betreffende Soldat dem Entzündeten nahe gewesen war. Als er aus dem Wasser herausgenommen wurde, schien er fast leblos zu sein; es mußten Wiederbelebungsvorkehrungen angestellt, der Mann mußte gerieben, in Wiederbelebung eingehüllt und so allmählich wieder auf die Beine gebracht werden. Wegen des freisprechenden Urteils legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. In der heutigen Verhandlung gab der Offizier zu, das Wort „Schnauze“ gebraucht zu haben; doch bestritt er, das Wort „Kalbdaune“ ausgesprochen zu haben. Ein Unteroffizier, der als Zeuge vernommen wurde, gab an, der betreffende Soldat sei stets für einen Simulanten gehalten worden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Davidsohn richtete an den Zeugen die Frage: „Wissen Sie nicht, daß der betreffende Soldat sehr schwach ist?“ — Zeuge: Ja! — Vert.: Wissen Sie auch, daß der Soldat beim pomontieren sehr oft zusammengebrochen ist? — Zeuge: Ja! — Vert.: Ist Ihnen bekannt, daß der Soldat wegen seiner Schwäche jetzt zum Bureaudienst verwandt wird? — Zeuge: Ja! — Im übrigen blieb aber der Zeuge dabei, daß der Soldat trotzdem ein Simulant sei. Ob er die Schwäche bezw. Dienstuntauglichkeit desselben zur Zeit des inkriminierten Vorfalls bereits gekannt habe, verneinte er. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß es nicht als ein Zeichen mangelnder Bildung aufzufassen sei, wenn ein Offizier das Wort „Schnauze“ gebrauchte. Im Militärdienst sei nicht jedes Wort auf die Waagschale gelegt worden. Jedenfalls sei es aber für einen Offizier beleidigend, wenn deshalb seine Bildung in Zweifel gezogen werde. Das Urteil lautete daher auf je fünf Mark Geldstrafe.

Versammlungen.

Die **Straßenbahner Rixdorfs** hielten in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar bei Hoffmann, Vergr. 151/152, eine Versammlung ab, in welcher Stadtverordneter Hoffmann einen Vortrag hielt über „Auf was wir stolz sind“.

Zum Punkt „Verunsicherungen“ sprach Rathmann. Redner führte folgendes aus: Als im Mai vergangenen Jahres die Angestellten der Straßenbahn durch die Lohnbewegung sich einen Vertrag schafften, der ihnen einige Vorteile brachte, sann die Direktion darauf, zu gegebener Zeit einen Schlag gegen ihre Angestellten zu führen, und kurz vor Weihnachten kam die Direktion mit einem neuen Vertrag heraus, welcher das Ertrugene vom vorigen Jahr sofort über den Haufen geworfen hätte.

Dieser Vertrag wurde zwar nach mehreren Tagen zurückgezogen, die Kollegen sollen nun aber nicht glauben, daß die Direktion den Vertrag aus trügerischer Absicht wieder zurückgenommen habe; hätte die thätigste Organisation der Angestellten, der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, nicht kräftig gewirkt, dann könnten die Kollegen sicher sein, daß dieses Prachtstück von Vertrag voll und ganz zur Anwendung gekommen wäre. Redner fragte nun noch, wo zur Zeit nur eigentlich der Arbeiter-Verein steht, der doch die Interessen der Angestellten vertreten will. Der Verein existiert zu dieser Zeit augenblicklich nicht. Rathmann nahm dann diesen Verein gehörig unter die Lupe und warnte die Kollegen vor dem Glauben, daß wer dem Verein beiträgt, sich seine Stellung dadurch gesichert habe. Die letzte Zeit habe bewiesen, daß gerade die vielen entlassenen Kollegen diejenigen sind, welche dem Arbeiter-Verein angehören.

Wie werden auch die Mitglieder dieses Vereins zusammengebracht? Ein Teil besteht aus „Entgesinnten“ ein zweiter Teil läuft mit dem Haufen mit und ein dritter Teil muß dem Verein beitreten; das sind die Kollegen, welche neu anfangen, welche auf verschiedenen Bahnhöfen gar nicht angestellt werden, wenn sie dem betreffenden Verein nicht angehören. Rathmann bemängelte auch den neuesten Vertrag, welcher durchaus militärisch abgefaßt ist; es wird da nur von „Dienstbefehlen“ gesprochen.

Zum Schluß forderte Redner die Kollegen auf, nur fest an der Organisation zu halten und rege dafür zu agitieren, daß immer mehr Mitglieder dem Centralverband zugeführt werden. In der Diskussion sprach Kresca im Sinne des Referenten. Nach einer kräftigen Aufforderung zur regen Agitation schloß der Vorsitzende Röhr nach einer Reihe von Mitteilungen mit einem brausenden Hoch auf den Centralverband die Versammlung.

Zu der Verurteilung des Herrn Pawlowitsch erfuhr unser Berichterstatter und um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Nachdem Herr P. einen Satz aus meinem Bericht anführt, fährt er fort: „Demgegenüber habe ich gesagt...“ Herr P. hätte richtiger schreiben sollen: „Demgegenüber habe ich sagen wollen...“ denn wenn Herr P. in der Versammlung das gesagt hätte, was er in seiner Verurteilung schreibt, nämlich daß das Mädchen zur Zeit, wo Herr P. für sie ein Zimmer mietete, in Arbeit stand, und erst nach Lösung des Verhältnisses sich dem unstilligen Lebenswandel ergab, dann hätte ich diesen wesentlichen Inhalt in einem einzigen Satz wiederzugeben, nämlich nicht überhört, und die betreffende Stelle meines Berichts hätte dann natürlich eine ganz andre Fassung erhalten, als es jetzt der Fall ist. So weit es überhaupt möglich ist, den wesentlichen Inhalt einer etwa zehn Minuten währenden mündlichen Darlegung in einem einzigen Satz wiederzugeben, glaube ich noch heute, daß ich von der Rede des Herrn P. einen mit obiger Einschränkung zutreffenden Bericht gegeben habe. Wenn derselbe den Thatfachen nicht entspricht, so ist davon nur die nicht ganz klare mündliche Ausführung des Herrn P. Schuld.

China.

Die letzte Friedenssitzung

ist, wie bereits gemeldet, wieder einmal ergebnislos verlaufen. Der einzige „Erfolg“ der Gesandten war, daß sie sich infolge der Weigerung Chinas, die hervorragenden der zwölf „Städteführer“ hinzurichten, schließlich doch verstanden, auf die Vollziehung der Todesstrafe an dem Prinzen Luan und dem Herzog Lau zu verzichten.

Bei der Sitzung machten die Gesandten ferner die unangenehme Entdeckung, daß die Chinesen sich vorher auf unrechtmäßige Weise ein Exemplar der Anlage schrift gegen die zu bestrafenden chinesischen Würdenträger verschafft hatten und bereits über die abweichenden Meinungen der verschiedenen Regierungen bezüglich der Schwere der zu verhängenden Strafen informiert worden

waren. Deshalb hatten sie sich ihre Antworten schon zurechtgelegt und antworteten hartnäckig ausweichend auf die Forderung der Todesstrafen.

Wahrscheinlich beruhte diese Information nicht auf dem Treubruch eines untergeordneten Schreibers, sondern auf der billigen Indiskretion eines oder mehrerer der Gesandten selbst, die sich ein Vergnügen daraus machten, den Vertretern der die scharfe Tonart beibehaltenden Khabakische Betlegheiten zu bereiten. Die oft gewürdigte

„Einigkeit der Mächte“

wäre übrigens, wie der „New York Herald“ zu berichten weiß, bei dieser letzten Sitzung beinahe wieder einmal völlig aus dem Leim gegangen. Das Blatt schreibt, die betreffende Konferenz zwischen den Vertretern der Mächte und den chinesischen Friedensvermittlern sei sehr stürmisch verlaufen. Der deutsche Gesandte habe erklärt, die chinesischen Vorschläge nicht annehmen zu können. Ein Bruch des europäischen Konzerts schien unvermeidlich; schließlich kam aber doch ein Kompromiß zu Stande. — Auch sonst scheinen die Verhandlungen den Hoffnungen nicht sonderlich behagt zu haben.

Siching fragte beispielsweise an, ob die fremden Truppen Peking verlassen würden, wenn China zeige, daß es die Absicht habe, die Bedingungen der Kollektionsnote zu erfüllen. Die Gesandten lehnten es aber ab, über diesen Gegenstand in eine Debatte einzutreten. Die Bevollmächtigten wünschten auch näheres zu erfahren über die Plätze, an welchen fremde Wachen stationiert werden sollen, um die Verbindung mit dem Meere aufrechtzuerhalten. Sie fragten weiter, ob die Fortführung der Ports notwendig sei.

Das Aufwerfen all dieser unangenehmen Fragen beweist, daß Chinas Unterhändler mit der bisherigen Taktik der Verschleppung der Verhandlungen ganz einverstanden zu sein scheinen.

Auch die

Frage der Kriegsschädigung

hat die Gesandten wieder beschäftigt.

Den „Times“ wird aus Peking unter dem 5. d. Mts. telegraphiert: Die Gesandten beraten gegenwärtig über die Frage der Kriegsschädigung. Der am meisten Zustimmung findende Vorschlag geht dahin, daß ein Pauschalbetrag festgesetzt und jeder einzelnen Regierung der Teilbetrag zugewiesen werden solle. Man veranschlagt, daß China ohne besonders schwere Belastung 4 Millionen Pfund Sterling extra für einen Anleiheendienst zahlen könnte, was einer Kriegsschädigung in Höhe von 80 Millionen Pfund Sterling entspräche.

Bei der Erörterung dieser Frage herrscht bekanntlich dieselbe Einmütigkeit, wie in der Frage der Bestrafung der Räublerführer.

Die Kulturfestungen des Krieges

Die Hungersnot in den chinesischen Provinzen Schansee und Schansi, von der wir schon einmal kurze Mitteilung machten, hat nach dem Londoner „Daily Mail“ ganz erschreckliche Ausdehnung angenommen. Zwei Drittel der Bevölkerung dieser Provinzen sollen ohne Subsistenzmittel sein. In den Märenten der letzten drei Jahre kommen die Krankheiten und die sonstigen wirtschaftlichen Folgen des Krieges, dazu die strenge Kälte des jetzigen Winters, Ohren, Pferde und Hunde, die in normalen Zeiten den Bauern in ihrer Arbeit helfen müssen, sind von der hungernden Bevölkerung längst verzehrt; in ihrer Verzweiflung töten Eltern ihre Kinder, um deren Hungerqualen nicht mehr sehen zu müssen. Prinz Tsching versicherte dem amerikanischen Gesandten Mr. Conger, daß die Bevölkerung in ihrer Verzweiflung bereits in den Kannibalismus zurückverfallen sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kaiserin reformiert wieder.

Shanghai, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) In einem vor kurzem hier eingetroffenen kaiserlichen Edikt befehlt die Kaiserin die Einführung von Reformen in den verschiedenen Verwaltungszweigen. Weiter beauftragt sie hohe Beamte, die Unterschiede zwischen den einheimischen und den fremden Verwaltungssystemen zu prüfen und passende Vorschläge über etwaige Änderungen des chinesischen Systems sowie auch darüber zu unterbreiten, wie die Integration Chinas aufrecht erhalten werden könne. In dem Edikt wird schließlich eine Regulierung der Finanzen, eine Erhöhung der Staatseinnahmen und Verbesserung des Systems der Landesverteidigung angeordnet.

Köln, 7. Februar. (B. G.) Die „Köln. Ztg.“ warnt an leitender Stelle, den Uebertreibungen des Bundes der Landwirte die Forderung der Richterhöhung der Rölle entgegenzustellen. Man verleihe dabei, daß ein solches Gegengewicht nach außen schädlich wirkt. Je einmütiger die geforderte Rölleerhöhung beschlossen werde, um so rascher würden die auswärtigen Regierungen mit dieser Thatsache rechnen. Andererseits sei zu befürchten, daß das Ausland bei den Handelsvertrags-Verhandlungen eine Herabsetzung der Rölle zu erwirken suche.

Köln, 7. Februar. (B. G.) Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Peterburg: Sämtliche 200 Riewer Studenten, die wegen der letzten Unruhen zu mehrjähriger Dienstleistung verurteilt waren, haben sich nunmehr geweigert, den Fahnenred zu leisten. Woher hat die Centralbehörde keine weitere Verfügung getroffen. Wahrscheinlich werden dieselben in aller Stille nach den entferntesten Gegenden Sibiriens verbannt werden.

Wien, 7. Februar. (B. Z. V.) Die vorjährige Volkszählung ergab für Wien eine Einwohnerzahl von 1 635 647 Köpfen, d. i. gegenüber der Zählung vom Jahre 1890 eine Vermehrung um 298 750 Einwohner.

Bukarest, 7. Februar. (B. Z. V.) Ministerpräsident Carp wurde heute abend um 8 Uhr vom Könige empfangen. Morgen früh findet Ministerrat statt, man glaubt, daß das Kabinett danach seine Entlassung geben wird.

Paris, 7. Februar. (B. Z. V.) Die Deputiertenkammer nahm nach Ablehnung verschiedener Änderungsanträge die 7 ersten Artikel des Vereinsgesetzes an. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 7. Februar. (B. Z. V.) Der „Temps“ meldet aus Monceau-les-Mines, daß die Lage des Ausbaus eine bedenkliche Wendung genommen habe. Man befürchtet, daß im ganzen Departement Saone et Loire ein allgemeiner Ausbruch ausbrechen werde.

Wizza, 7. Februar. (B. Z. V.) Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn von Monte Carlo entgleiste während der Thalfahrt und zerfiel an einer Klauer. Drei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Merzville am Rhd., 7. Februar. (B. Z. V.) Gestern brachen bei den freitenden Tagelohnern Unruhen aus. Ein Zug von 500 Ausführenden zerlegte die Fenster des Stadthauses und mehrerer Fabriken, in denen gearbeitet wurde. Die gegen die Ruhestörer einschreitenden Gendarmen wurden mit Steinen beworfen. Der Präfect des Norddepartements hat Dragoner und Gendarmen nach Merzville entsandt.

Haag, 7. Februar. (B. Z. V.) Die Königin hat anlässlich ihrer Vermählung eine Amnestie erlassen, durch welche 364 Verurteilten die Strafe ganz oder zum Teil erlassen wird.

New York, 7. Februar. (B. Z. V.) Auf der Erie-Eisenbahn entgleiste der nach Westen bestimmte Chicago-Limited-Express, einer der schnellstenzüge der Welt, heute früh um 8 Uhr zwischen Amata und Greenville. Fünfzehn Personen sollen getötet und viele verletzt sein.

Kapstadt, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wie berichtet wird, drängen die britischen Truppen den Feind in der Kapkolonie zurück und ein ausgedehnter Frontvorrück der Kavallerie auf beiden Fronten säubert das ganze Gelände. Unabhängig von dieser Bewegung sind auch die in dem üblichen Distrikt befindlichen Truppen in einheitlichem Vorrücken begriffen.

Reichstag.

43. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Rieberding.

Die zweite Beratung des Justiz-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Riebermann v. Sonnenberg (Antif.):

Zunächst ein Wort zu dem Mecklenburger Urteil im Meinelde-Prozess gegen Goltz. Ich meine doch, wenn Thatfachen so schwerwiegender Art hier behauptet werden, hätte der Herr Staatssekretär alle Veranlassung, diese Angaben näher zu prüfen. — Im Koniger Fall handelt es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung und nicht bloß um das Berechtigungsgefühl, das Ehre für den Vordem verlangt. Die „Germania“ hat gesagt: „In Konig ist der Glaube an Recht und Gerechtigkeit begraben“, und weiter: „Der Glaube an den hebräischen Ritualmord ist im Volk noch gestiegen. Gebildete Kreise sind der Ansicht, es sollte dort nichts herauskommen, ich bin nicht so pessimistisch. Wir sind noch nicht so weit gekommen wie in Oesterreich, wo im Reichsrat ausdrücklich festgestellt ist, daß der jüdische Blutmord in Tizlar-Eylar nicht entdeckt werden durfte. Die weit wir aber schon sind, das zeigt der Angriff gegen den preussischen Justizminister im Abgeordnetenhaus, weil er nicht genug jüdische Notare anstellt. Vielleicht ist schon jemand bereit, ihn zu ersetzen. Kalblütigkeit muß im Koniger Fall bewahrt bleiben, schon im Interesse der armen Koniger Bevölkerung, die durch jüdische Lock- und Reisespiegel und durch maßlose jüdische Frechheit zu Unmuthen verleitet worden ist, die nur den Juden gedient haben. Die Meiderfunde in neuester Zeit sind nichts anderes gewesen, als ein neuer Versuch der frechen Nordbande, die Bevölkerung durch diesen unerwarteten Fund zu neuen Aufständen zu erregen. Woher die Kleidungsstücke kommen, weiß man nicht, Postpakete aus Polen sind ja nicht revidiert worden. Das Komitee, das sich zur Aufklärung des Mordes gebildet hat besteht durchaus nicht nur aus Antisemiten. Es besteht aus angesehenen Leuten, die durch ihre ganze Lebensführung über den Verdacht erhaben sind, hebräische Thätigkeit entfalten zu wollen. — Die Frage wird in Fluß bleiben und Verabingung wird nicht eintreten, bis der Mörder entdeckt ist. Eine Reihe von Prozessen stehen noch aus, im Volk wird durch Volksversammlungen und Massenpetitionen das Interesse an dieser Sache stets wach gehalten werden.

Vom Erhabenen zum — ich will höflich sein — Vergnüglichen ist nur ein Schritt. Damit komme ich auf die Ausführungen des Herrn Ridert. (Heiterkeit.) Herr Ridert ist ein Teil von jener Straft, die stets was anders will, als was sie schafft. (Heiterkeit.) Er erntet immer Heiterkeitserfolge, wenn er es auch noch so ernst meint. Der Berliner Polizeikommissar Wehn hat zu einem Koniger Polizisten, der sonst dort als Kriminalbeamter thätig war, als dieser bemerkte, daß die Spuren auf Juden als Täter hinwiesen, gesagt: Unter solchen Umständen können wir nicht zusammenarbeiten. (Hört, hört! bei den Antisemiten.) Herr Ridert verweist uns auf das Abgeordnetenhaus, dort möchten wir die Aufhebung der Juden-Emancipation verlangen. Gewiß haben wir dort Freunde, aber der nötige Mut zu einem solchen weitgehenden Schritt wird ihnen wohl noch fehlen. Selbstverständlich wird die erste Gelegenheit von uns benutzt werden, diese Aufhebung der Judenemancipation zu beantragen. — Nicht der antisemitische Generalsstab hat in Konig sein Hauptquartier aufgeschlagen — da ist Herr Ridert belegen worden — wohl aber hat sich dort ein jüdisches Verwirrungs- und Verlesungs-komitee etabliert, das besonders jetzt nach dem Meiderfund wieder in Thätigkeit getreten ist. Diefem Komitee ist es zu verdanken, daß an Berliner Zeitungen die Nachricht telegraphiert worden ist, der Lehrer Weichel sei der Mörder. Das ist einfach erlogen, und die Nachricht ist wohl nur daraus zu erklären, daß auch bei diesem hochangesehenen Herrn eine Hausdurchsuchung stattfand, leblich deshalb, weil er in einer Straße wohnte, wo in allen Häusern Hausdurchsuchungen stattfanden. — Das Berliner Tageblatt“ erklärte, Herrn Riderts Rede bezeichnend gewirkt. (Hört! hört! rechts.) Ich erkläre hiermit, daß ich auf alle Verwirrungsreden des Herrn Ridert in dieser Sache stets antworten werde. Ich werde mich stets gleich hinter ihm zum Worte melden, und daß mir das Wort abgeschnitten wird, ist ja bei der Besetzung des Hauses ausgeschlossen. Wir werden nicht eher ruhen, als bis alle Spuren in Konig, auch diejenigen, die auf Juden hinweisen, verfolgt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Vechh-Roburg (fr. Sp.):

nimmt die Justizbehörden der bayerischen Pfalz gegen die menschen Angriffe des Abg. Wassermann in Schutz und tritt dann für die bedingte Verurteilung an Stelle der bedingten Begnadigung ein. Redner wiederholt seine Klagen über die preussische Kenn-Ordnung des Reichsbollzweckens. Die Zahl der nicht pfändbaren Gegenstände sei durch das Bürgerliche Gesetz so vermehrt, daß von einer Härte gegen den Schuldner gar nicht mehr gesprochen werden könne. Jetzt sei der Gläubiger benachteiligt, weil die Konkurrenz unter den Gerichtsvollziehern beseitigt und ihr Eifer dadurch gelähmt worden sei. Die Koniger Sache spielt ganz im Bereich der Hegerrei und der solchen Denunziation. (Sehr richtig! links.) Schade, daß wir kein wirksames Mittel gegen die Denunziation haben. Der Vordem hat den längst verurteilten Standpunkt eingenommen, daß es einen jüdischen Ritualmord giebt. Das ist traurig im zwanzigsten Jahrhundert. Wenn auch zuzugeben ist, daß bei Beginn der Untersuchung von den Behörden manches verkannt worden ist, so ist doch darin kein Grund für diese antisemitische Heger, wie wir sie hier gehört haben. Schlimmer als die Verfassung ist die Verwirrung, die von dem antisemitischen Untersuchungs-Ausschuss in Konig dort verbreitet worden ist und die amtliche Untersuchung gefehlt ist. Unsere jüdische Bevölkerung steht ganz auf dem Standpunkt mit wenigen Ausnahmen und hat das nicht nur im Frieden, sondern auch im Kriege bewährt. (Sehr richtig! links.) Es ist bedauerlich, daß Graf Wiedler fortwährend ungestört seine Hegerreden halten darf. (Sehr richtig! links.) Herr Riebermanns Apostel und Prophet in Oesterreich ist der Bürgermeister Unger. Ich beneide Herrn Riebermann um diesen Anhänger nicht. Herr Riebermann von Sonnenberg hat von maßloser jüdischer Frechheit und von frecher Nordbande im Zusammenhang gesprochen. Er hat also die Juden des Mordes bezichtigt. Solche Ausdrücke gehören nicht in den deutschen Reichstag hinein. (Sehr richtig! links.) Sie sind bezeichnend für den Mann, der sie bringt. (Sehr richtig! links.) Daß so viele Juden Anwälte werden, liegt darin, daß ihnen die Beamten-carriere verschlossen ist. Beschäftigungen lassen sich prozentual genommen christliche Anwälte ebenso häufig zu Schulden kommen, wie jüdische. — Auch aus höchstem Munde ist jüngst der Antisemitismus ... (Zuruf des Antisemiten Gräfe: Männerfolg vor Königs-thronen. Heiterkeit.) Ich habe meinen Stolz immer gewahrt, das gilt nicht von manchen Herren, die hier sitzen. Ich habe nicht wie Sie meinen Stolz gepöfert, um Würden und Ehren einzuhelfen. (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Vellekrem:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen keinem Abgeordneten vorwerfen, daß er seine Stellung benutzt hat, um Würden und Ehren zu erhalten.

Abg. Vechh (fortfahrend): Als Herr Vallin dem Kaiser vorgestellt wurde, sagte dieser, er stehe noch nicht an der richtigen Stelle. Als Herr Vallin darauf erwiderte: „Sie wissen wohl nicht...“, fiel ihm der Kaiser ins Wort: „Daß sie Jude sind, das ist mir ganz gleichgültig“.

Diese Anerkennung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger ist eine scharfe Verurteilung des Gebahrens der Antisemiten. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die alte Weimarer ebenso die früher Lauenburgische und die Stadt Schwerinsche Gefinde-Ordnung wie diejenige von Neuh a. L. lassen es im § 75 zu, daß ein Dienstmädchen, dem gegenüber Vergewaltigung versucht ist und das deshalb den Dienst sofort verlassen hat, ohne die Polizei um Genehmigung zu ersuchen, auf Antrag der Herrschaft in den Dienst zurückgeführt werden muß und dort, selbst wenn es berechtigten Grund zur Aufgabe des Dienstverhältnisses hatte, bis zum Ablauf des Vierteljahrs zurückbehalten und obendrein noch mit Haft bestraft werden kann. Die neue Weimarer Gefinde-Ordnung giebt freilich der Auf-fassung Raum, daß nimmere das Mädchen in solchen Fälle aus dem Dienst gehen kann ohne die Polizei-Ubrigkeit anrufen zu haben. Es schreibt allerdings die neue Gefinde-Ordnung noch vor, es müsse das Mädchen ihren Kündigungsgrund der Dienstherrschaft mitteilen. Sollte diese Bestimmung so auszulegen sein, daß in Fällen der erwähnten Art eine Angabe des Kündigungsgrunds nicht erforderlich ist, so wäre ich dem Vertreter des Bundesrats, Herrn Paulsen, dankbar, wenn er darauf hinwirken wollte, daß diese seine Ansicht auch in der Praxis Geltung erlangt.

Das den Sternberg-Prozess anlangt, so habe ich von dem Herrn Staatssekretär nicht verlangt, auf einen schwebenden Prozess einzuwirken, sondern ich habe ihn gefragt, ob eine Art des Prozessierens, wobei man einem einzelnen, nicht weniger als hundertlosen Polizeibeamten eine derartige Allmacht einräumt, mit der Strafprozessordnung vereinbar ist. — Herr Bindebold behauptet, ich hätte den Kinderfreund Sternberg verteidigt. Ich fordere ihn auf, mir irgend eine Stelle meiner Rede zu zeigen, aus welcher eine solche Folgerung gezogen werden könnte, er wird dazu nicht im Stande sein. Ich habe mich nur gegen die Vereinigungsvernehmung gewandt, die dem Angeklagten gegenüber bewiesen worden ist. Auch Herr Bindebold hat diese Vereinigungsvernehmung gezeigt, indem er von dem jüdischen Millionär Sternberg sprach. Thatsächlich ist nachgewiesen, daß Sternbergs Eltern Katholiken waren. Ich habe mich mit aller Entschiedenheit dagegen gewandt, daß ein untergeordneter Beamter, dem derartige Sachen nachgewiesen sind, wie dem Herrn Stierstädter, der gesagt hat: Der Jude muß unter allen Umständen ins Zuchthaus, — daß dieser Mann zu ganz unkontrollierbaren Zeugenvernehmungen benutzt ist. Ein solcher Mann ist zur objektiven Ermittlung der Wahrheit sehr wenig geeignet. Es ist ja sehr möglich, daß es sich hier um einen Angeklagten handelt, dessen Vergehen man entschieden verurteilen muß. Es ist aber durchaus nicht so, daß dieser Fall etwas Vereinzelt ist; ich habe schon bei der lex Heinze darauf hingewiesen, daß solche Fälle der Verführung von Kindern recht häufig vorkommen. Eine vernünftige Sozialreform und Aufklärung der Kinder und Eltern wird diesen sozialen Uebelstand allein abheben können. — Sehr angebracht wäre es auch, wenn gegen Zeitungen, die solche Annoncen aufnehmen, wie sie im Sternberg-Prozess zur Sprache gekommen sind, vorgegangen würde.

Herrn Müller-Steinigen gebe ich darin recht, daß eine notwendige Konsequenz des Sternberg-Prozesses sein muß, daß die Gerichte selbständiger gestellt werden und daß die Voruntersuchung einen andern Charakter erhält. Lediglich infolge der kolossalen Ungeschicklichkeit und der auffallenden Art und Weise nicht ganz geeigneter Bemerkungen ist es so gekommen, daß jetzt ganz unmöglich erkannt werden kann, ob der Fall Wondra richtig oder nicht richtig beurteilt worden ist.

Es ist dann der Koniger Fall gestreift worden. Natürlich muß der Mörder mit allen gesetzlichen Mitteln auffindig gemacht werden, und ich gebe zu, daß das bisherige negative Resultat kein Zeichen großer Indignität der Polizei ist. Die Polizei muß aber bei dieser ihrer Aufgabe, Verbrechen zu entdecken, verlangen, wenn sie zu politischen Zwecken im Interesse der herrschenden Klassen gegen die Bestrebungen der Arbeiter verwandt wird. Es muß an eine organische Aenderung der Polizei auch seitens des Reichsjustizamts gedacht werden.

Aber der geringe Erfolg in Konig ist nicht nur auf die Ungeschicklichkeit der Polizei zurückzuführen. Es wird dort sicher häufig vorgekommen sein, daß die Leute ihre Phantasien als Thatfachen vor-tragen. Zum Teil wird dies noch durch die enorm großen Prämien veranlaßt. Es ist kein Wunder, daß wenn solch armen Leuten — und die Koniger Bevölkerung ist eine social außerordentlich schlecht gestellte — eine so hohe Prämie winkt, die Leute naturgemäß dazu verführt werden, ihre Phantasien für wahr zu halten. Ich bin der Ueberzeugung, daß eine große Anzahl derjenigen, die wegen Meinelde dort verurteilt sind, nicht hätten wegen wissenschaftlichen Meinelde verurteilt werden können, wenn man auf diese Einwirkung der Phantasie Rücksicht genommen hätte. Dazu kommt, daß wir leider noch heute Leute genug haben, die mit dem blödsinnigen, albernen Märchen vom Ritualmord haustieren gehen. Schon Luther hat gesagt, man müßte eine lumpige Sau sein, wenn man so etwas glauben wollte. Es ist ganz begreiflich, daß durch die Verbreitung einer solchen Legende die Untersuchung außerordentlich erschwert werden muß. Natürlich muß bei einer social so schlecht gestellten Bevölkerung dieser Ueberlaube einen guten Nährboden finden, und so ist es nicht zuletzt die preussische Schulverwaltung, die ein gut Teil Schuld an dem negativen Ergebnis der Untersuchung hat. Weiter müssen wir aber auch an denjenigen Teil der Bevölkerung, der aus Gewissenlosigkeit oder auch aus blödsinniger Dummheit mit diesem Märchen noch immer haustieren geht, die Aufforderung richten, damit endlich Einhalt zu thun.

Welcher Grad von Vereinigungsvernehmung auf jener Seite herrscht, erleben wir aus einer Aeußerung, die Herr Riebermann von Sonnenberg vorhin that. Er sprach von maßloser jüdischer Frechheit. Diefes Verfahren, das Wort jüdisch überall da zu brauchen, wo eine schlechte Eigenschaft charakterisiert werden soll, ist derart, daß ich den richtigen parlamentarischen Ausdruck dafür nicht finden kann. Was würden Sie dazu sagen, wenn außerhalb dieses Hauses Ihnen gegenüber gesprochen würde von maßloser antisemitischer Frechheit und dergleichen. Frechheit bleibt Frechheit, und die größte Frechheit gerade aus Anlaß dieses Koniger Mordes ist die, daß es leider noch Leute giebt, die nach Maßgabe ihrer Bildung wissen oder wissen müßten, daß sie ein blödsinniges Märchen verbreiten, und die trotzdem die freche Gewissenlosigkeit haben, daß sie verhindern, daß der wahre Mörder entdeckt wird, indem sie mit diesem Märchen weiter haustieren gehen. Die einzige Antwort auf diese Art und Weise des Vorgehens ist die Verachtung. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Rieberding:

Herr Stadthagen hat es bemängelt, daß Zeitungen, die gewisse Annoncen aufnehmen, nicht strafrechtlich verfolgt werden. Ich kann nur annehmen, daß die Behörden von diesen Annoncen keine Kenntnis erhalten haben. Wäre dies der Fall gewesen, so wären sich selber ihrer gesetzlichen Pflicht gemäß ohne weiteres eingeschritten. Ich gebe Herrn Stadthagen anheim, durch Vorlage der betreffenden Zeitungsblätter ein Einschreiten der Behörden zu veranlassen. Sollten die Behörden das Einschreiten dann ablehnen, so bin ich bereit, meine Vermittlung eintreten zu lassen, daß dem Gesetz auch in diesem Fall sein Recht werde.

Abg. Spahn (C.):

Die Erörterung des mecklenburgischen und des Koniger Falls gehört sehr wohl vor den Reichstag. Wir erlassen Gesetze und dürfen uns das Kontrollrecht aber die Ausführung der Gesetze nicht nehmen lassen. Der Herr Staatssekretär hat die Pflicht, uns Auskunft zu geben, eventuell müßte er die einzelstaatlichen Minister, z. B. den preussischen Herrn Justizminister veranlassen, uns hier Rede zu stehen. Aber die Erörterung von Prozessen durch den Reichstag ist nur möglich,

wenn es sich um formale oder materielle Verstöße handelt. Solche liegen in Konig allerdings nicht vor. Es ist dort keinem Beamten irgend welche Pflichtverletzung vorzuwerfen; woran es liegt, daß sie keinen Erfolg gehabt haben, das können wir nicht beurteilen.

Nun noch ein paar Worte zu dem Urteil des Reichsgerichts über das Verbot des Streifenpostensiehens durch den Lübecker Senat. Herr Herzfeld hat dem Reichsgericht daraus einen Vorwurf gemacht, daß es den Lübecker Senat darauf hingewiesen hat, wie er seinen Zweck durch eine polizeiliche Verordnung doch erreichen könne. Ich weiß nicht, welches Moment der Verteidigung dem Reichsgericht zu dem Zusatz Veranlassung gegeben hatte. Jedenfalls hat es mit seiner Ausführung recht, und die Kritik des Herrn Herzfeld war deshalb unberechtigt. Im übrigen ist mir heute die Aeußerung der „Hamburger Nachrichten“ zu Gesicht gekommen, die über das Urteil des Reichsgerichts in einer ganz unehrerlichen Weise sich ausdrückt. Als damals die Entscheidung der Hamburger Strafkammer erfolgte, sagte ich zu meinen Zögern, wenn der Kollege doch nur aus Reichsgericht gehen möchte, das würde ihm schon helfen. Darin habe ich mich ja auch nicht getäuelt. Was hören wir aber nun in dem Hamburger Blatt über das Reichsgericht? „Es ist eine Eigentümlichkeit aller höchsten Gerichtshöfe, daß sie es ihrer Stellung als oberster Instanz schuldig zu sein glauben, zu beweisen, daß sie Klüger sind als alle übrigen Staatsbürger. Daraus ist ihnen kaum ein Vorwurf zu machen, das liegt in der menschlichen Natur, die auch der höchste Richter nicht abstreifen kann, bevor er den Sitzungssaal betritt. Dieses Bestreben, sich den andern Gerichten an juristischer Klugheit überlegen zu zeigen, führt indes leicht dazu, die Dinge auf die Spitze zu treiben, woraus dann leicht die Gefahr entsteht, daß summum jus summa injuria wird, die öffentliche Wohlfahrt Schaden leidet und der gesunde Menschenverstand nicht mehr zu seinem Recht kommt. Dazu tritt bei manchen höchsten Gerichten noch die Neigung, ihre Stellung als oberste Hüter von Recht und Gesetz dazu zu benutzen, um mit zu administrieren, d. h. durch ihre Urteile auf die politische, wirtschaftliche oder sociale Entwicklung, ebenso wie auf die Amtsführung der Verwaltungs-, Polizei- usw. Behörden soviel als möglich einzuwirken.“ Wenn das allein die republikanischen Auffassungen über den obersten Gerichtshof des Reichs sind, dann danke ich für diese Republik. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär Rieberding:

Herr Spahn hat es für nötig gehalten, die Rechte dieses hohen Hauses mir gegenüber zu wahren, doch wohl unter der Voraussetzung, daß ich etwas gesagt hätte, was geeignet wäre, diese Rechte zu beeinträchtigen. Es ist mir völlig unerklärlich, wie er zu dieser Aussage kommt. Ich habe nur gesagt, ich sei gegen eine Einmischung des Reichstags in schwebende Prozesse. Und zweitens habe ich gesagt, ich sei gegen eine Beurteilung eines zu Ende geführten Prozesses zu dem Zweck, um hier im Hause das jüdische Urteil der Richter einer abfälligen Kritik zu unterziehen. Dagegen habe ich es stets als nicht nur zulässig, sondern erwünscht hingestellt, daß, soweit aus dem Urteil Ergebnisse zu ziehen sind, die geeignet sind, für die Reform unserer Gesetzgebung verwendet zu werden, die Besprechung sehr wohl angebracht sei.

Abg. Spahn (C.):

Herr Staatssekretär Rieberding hat mich vollständig mißverstanden. Ich habe mich nicht gegen ihn, sondern nur gegen Aeußerungen aus der Mitte dieses Hauses gewandt.

Staatssekretär Rieberding:

Wenn ein Mißverständnis vorlag, nehme ich gern zurück, was ich gesagt habe.

Abg. Heine (Soz.):

Fürchten Sie nicht, daß ich Herrn Riebermann nach Konig folgen werde. Er hat sich nicht auf dem Boden der realen Thatfachen bewegt, sondern auf dem der Kombinationen, von denen manche einen pathologischen Charakter haben. (Lebhaftes Zustimmung links.) Luther hat die Judenhehe als Parreter bezeichnet. Dieser Charakterisierung habe ich nichts hinzuzufügen.

Ein Redner der Rechten hat dem preussischen Justizminister besondres gedankt für die preussische Gerichts-vollzieher-Ordnung. Das Thema gehört zur Kompetenz des Reichstags, denn nach der Verfassung führt das Reich die Aufsicht über das Gerichtswesen. Wie hat sich die Bureaucratie mit ihrem Dekretieren vom grünen Tisch so jämmerlich verhalten, wie mit dieser Gerichts-vollzieher-Ordnung. Der ganze Gang der Justiz ist hier in Berlin ins Stocken geraten. Das Recht, Zeugen direkt zu laden, ist durch das jegliche unständliche Verfahren fast illusorisch geworden. Bei einer Vollstreckung vergehen 3 bis 4 Wochen, bevor man Nachricht bekommt, wie die Vollstreckung ausgefallen ist. Wenn eine Partei sich des Schuldners annimmt, dann sind wir es. Aber der Schutz muß durch das Gesetz erfolgen. Arme Leute sind auch Gläubiger, und ich weiß aus meiner Praxis, wie schwer es dem armen Mann als Gläubiger wird, einem reichen Schuldner gegenüber zu seinem Recht zu kommen. Dazu gehört ein klüger und unabhängiger Gerichtsvollzieherstand. Die jegliche Regelung aber ist unpraktisch und ungeschickt.

Ein antisemitischer Abgeordneter ist auf die Erklärung eingegangen, die der preussische Justizminister im Abgeordnetenhaus über die Behandlung jüdischer Justizbeamter, besonders über die Anstellung jüdischer Notare abgegeben hat. Auch hier ist der Reichstag zu einem Urteil kompetent. Das Reichsgesetz vom 3. Juli 1889 hat alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses folgenden Beschränkungen aufgehoben und die Beileidung öffentlicher Aemter unabhängig von der Konfession erklärt. Der preussische Justizminister aber erklärt ganz naiv, daß er gar nicht daran denke, den jüdischen Justizbeamten die durch Reichsgesetz vorgeschriebene Parität zu gewähren. Er erklärt, die Praxis aller andern Verwaltungen sei, die jüdischen Herren überhaupt nicht zu übernehmen, und er thut sich noch etwas darauf zu gute, daß er sie in beschränktem Maße übernehme. Die Gleichberechtigung erkennt er an, aber er sagt, daraus folge doch noch nicht, daß er sie anzustellen brauche. Und er beruft sich darauf, daß das Publikum sein Vertrauen zu jüdischen Notaren und Richtern habe. Diese Behauptung ist nicht stichhaltig. Gerade das Publikum, das sich besonders viel auf sein Christentum zu gute thut, der Adel, wendet sich mit Vorliebe an jüdische Rechtsanwält. (Sehr richtig! links.) Es bildet sich ein, dort besser bedient zu werden. An sich interessieren uns die beteiligten Personen gar nicht. Für uns ist die Gleichberechtigung der Konfessionen ein Princip, woran wir absolut nicht rütteln lassen. Die Deduktion des Justizministers sind der reine Schab auf diese Gleichberechtigung, weil er den Juden wohl das Recht, bestimmte Stellen zu erlangen, zuläßt, thatsächlich aber verhindert, daß sie dieses Recht ausüben. Das ist ein Widerspruch in sich selbst, und eine Besetzung des Rechts auf Gleichberechtigung der Konfessionen in der Praxis. Wenn ein Reichsgesetz ein Wort ist, an dem nicht gedreht werden darf, dann ist eine derartige Praxis unabwehrhaftig und auf Täuschung berechnet! (Westfall links.) (Glode des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing:

Der Herr Redner geht doch zu weit. Eine solche Aeußerung ist mit der Würde des Hauses nicht verträglich!

Abg. Heine (fortfahrend):

Wir protestieren gegen eine derartige Praxis, weil sie nicht nur gesetzwidrig und unehrlich, sondern ungerecht ist. Für uns ist es gar nichts Neues, uns gegenüber wird die Rechtsminderung auf unsere Gefühlsregung gestützt. Heute sind die Juden dran, die Socialdemokraten sind schon lange dran; vor 20 Jahren waren

es die Katholiken, die zurückgeführt wurden. Alle Parteien haben ein Interesse an der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit der Verwaltung, nur eine Gruppe nicht, das Junkertum (Laden rechts), die Herren, die sogar, wenn sie von der Treppe geworfen werden, nach oben fliegen. (Weiterkeit. Weisfall links.) Alle diejenigen, denen wie uns Recht mehr als ein leeres Wort und ein leerer Schall ist, müssen gegen die Erklärung des Justizministers protestieren, ganz ohne Rücksicht darauf, ob die sächsischen Justizbeamten es verdienen oder nicht. Ich weiß recht gut, wenn die Juden in Preußen so getreten werden, so hat ihre Gleichgültigkeit gegen Gleichberechtigung und Ungerechtigkeit selbst die Schuld daran.

Recht muß Recht bleiben, auch wenn es sich um Kreise handelt, in denen unsympathische Elemente vorhanden sind. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Nachdem Herr Spahn über das Recht des Reichstags, richterliche Entscheidungen vor sein Forum zu ziehen, sich so unzweifelhaft ausgesprochen hat, brauche ich nichts darüber zu sagen. Dieses Recht hat die Rechte immer für sich in Anspruch genommen. Herr v. Stumm hat das böstliche Urteil hier zur Sprache gebracht, Herr Dertel das Urteil eines Berliner Gerichts, das über die sächsische Justiz den Stab gebrochen hat. Die Herren dürfen sich also nicht beklagen, wenn wir dasselbe thun. Die Art, wie Herr Kieberding ein Citat aus einer Reichsgerichts-Entscheidung verwendet hat, verdient die Kritik, die Herzfeld an ihr übt. Nieberding hat es für nötig gehalten, mit großer Empfindlichkeit die Unabhängigkeit unserer Gerichte zu betonen. Nach den Kautelen, die wir für diese Unabhängigkeit besitzen, muß man sagen: die Gerichte können vollkommen unabhängig sein. Ich gebe auch gern zu, daß die Mehrzahl der Urteile ganz unbeeinträchtigt erfolgen. Aber vollständig unabhängig sind unsere Gerichte nicht, sie sind es da nicht, wo die Natur der Sache einen Druck auf sie ausübt, vor allen bei Majestätsbeleidigungs-Prozessen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Am 22. März 1893 verurteilte die Berliner Strafkammer den Redacteur der „Tribüne“ zu 2 Monaten Gefängnis, weil er geschrieben hatte: Der socialdemokratische Antrag will also nur den Zustand beibehalten, daß der Monarch durch Angriffe auf Personen, gegnerische Parteien und ganze Reichstags-Beziehungen zu Gegenüberungen Anlaß giebt, die dann als Majestätsbeleidigung bestraft werden können. Dieser Zustand ist unerhörte. Darin wurde eine Majestätsbeleidigung erblickt. Es wurde gesagt, dadurch, daß dieser Zustand als unerhörte bezeichnet wird, würde auch der Zustand, daß der Monarch, nämlich Kaiser Wilhelm II., durch Angriffe auf gegnerische Parteien und Personen zu Gegenüberungen Anlaß giebt, als unerhörte bezeichnet, und das sei eine Majestätsbeleidigung. Diesem Urteil kann ich mit dem schärfsten Denken nicht folgen. In Magdeburg wurde wegen desselben Artikels auf 3 Monate Gefängnis erkannt. Die Brandenburgische Strafkammer aber gelangte in gleichen Falle zu einem Freispruch. Das Reichsgericht bestätigte alle drei Urteile. (Hört, hört!) Es mußte sie bestätigen, so wie sein Revisionsrecht besprochen ist. Die Brandenburgische Strafkammer hatte thätigkeitslos festgestellt, daß die Absicht, den Kaiser zu beleidigen, nicht erwiesen sei. Die beiden anderen Kammern hatten das Gegenteil thatsächlich festgestellt. Daß solche Divergenz der Entscheidung die Achtung vor der Justiz nicht erweitert, ist klar. Dasselbe Gericht in Erfurt hat im vorigen Jahr ein ähnliches Urteil gefällt. Redner erzählt den bekannten Fall, wo der Abdruck einer Kotze aus dem „Süddeutschen Postillon“ als Majestätsbeleidigung aufgefaßt wurde. Der arme Teufel von Redacteur hat den Schmerz mit einem Jahre Gefängnis büßen müssen! (Hört! hört!) Noch charakteristischer ist das Urteil im Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen Maximilian Harden vom 8. October v. J. Herr Harden ist kein Parteigenosse von uns, er steht mit weder persönlich noch politisch nahe, er hat unsere Partei oft auf das heftigste angegriffen, und doch muß ich dies Urteil zur Sprache bringen, weil es mein Gefühl empört, wie in ihm mit dem Recht der freien Meinungsäußerung und mit dem Recht auf Wahrheit umgegangen wird. Es handelt sich um den Artikel „Der Kampf mit dem Drachen“, der unmittelbar nach der Hummerde erschienen und der meines Erachtens von einem höchst monarchischen Standpunkt aus geschrieben war. Aber darin bin ich als Sachverständiger viel leicht nicht kompetent; es handelt sich für mich nur um die Art, wie das Gesetz hier angewandt worden ist. In dem Artikel ist die Rede davon, daß es nicht nötig gewesen sei, jungen Männern, die die Beschwerte der Secreife hinter sich hätten, noch vorher von höchster Stelle zu sagen, daß die deutsche Sitlichkeit und die deutschen Kriegsartikel im Kampfe mit China nicht zu gelten hätten. Diese, in milde und achtungsvolle Form gekleidete Straftat, wurde als Majestätsbeleidigung aufgefaßt. Eine Majestätsbeleidigung wurde auch in der Neuerung gesehen, der Kaiser lenne die wahren Lehren der Geschichte nicht. In dem Urteil wird dem Angeklagten vorgehalten, daß es ihm wohl bekannt sei, daß Kaiser Wilhelm II. das Gymnasium in Kassel absolviert habe, also die Lehren der Geschichte kennen müsse. (Stürmische Weiterkeit.) Ist es nicht lächerlich! Wenn alle Gymnasialabituirten die Lehren der Geschichte kennen, wie sag mühten wir dann in Deutschland sein. (Weiterkeit.) Das Urteil macht dann weiter dem Verfasser einen Vorwurf daraus, daß er sich einer wohlberechneten, vorsichtigen Ausdrucksweise bebien hätte, unter Bezugnahme auf ein Reichsgerichts-Urteil. Diese Bezugnahme ist besonders charakteristisch dafür, wie diese Sorte Justiz unanfechtbare Urteile zu Stande bringt. Was soll man aber zu einer Rechtsprechung sagen, die jeden Versuch eines Angeklagten, vorsichtig zu sein und auch der Gegenpartei ihr Recht zu lassen, als Beifassung betrachtet. Das ist nicht mehr Auslegung, sondern Unterlegung, und zwar bödsartiger Sorte. (Lebhafte Weisfall links.) Ich habe diesen Fall gewählt, um die Unabhängigkeit der Justiz zu beleuchten. Es läßt sich nämlich in diesem Fall ein direkter Druck von oben auf die erkennenden Richter nachweisen, wenn ich auch nicht behaupten will, daß die Richter diesen Druck persönlich zu spüren bekommen hätten. Vor Jahren wurde Harden wegen eines Artikels „Bringen-Erzählung“ von der ersten Strafkammer unter dem Landgerichts-Direktor Schmidt freigesprochen. Herr Schmidt gehörte zu den schneidigen Direktoren, die durch ihre schneidigen Vorgehen gegen die Socialdemokratie sehr beliebt waren. Im übrigen war er ein kluger und gebildeter Mann. Als Schmidt nun das freisprechende Urteil begründet hatte mit einigen Worten zu Gunsten des Rechts der freien Meinungsäußerung, wurde er kurze Zeit darauf von seinem Posten entfernt. (Hört! hört!) Die Geschickverteilung beim Landgericht erfolgt durch das Präsidium, das sich aus den Präsidenten, den Direktoren und dem ältesten Landgerichts-Richter zusammensetzt. Diesem Präsidium ist mitgeteilt worden, es bestche oben der Wunsch, Herrn Schmidt wo anders hinzubringen. Im Präsidium wurde Herr Schmidt gefragt, ob er mit einer Verlegung einverstanden sein würde. Er sagte nein, und nun lebte das Präsidium zunächst die Verlegung des Herrn Schmidt ab. Das war der erste sehr angenehme Teil. Nach dieser Sitzung aber fand ein kleines Souper statt, wo die Herren freundschaftlich miteinander saßen. Bei diesem freundschaftlichen Zusammensein legten die Kollegen nun Herrn Schmidt nahe, nachdem demselben eben die moralische Ermahnung geworden und er nicht hinausgeworfen worden wäre, doch freiwillig sich verlegen zu lassen. Herr Schmidt war nicht gerade der Stärkste und wohl auch nicht in der Stimmung, Widerstand zu leisten. Er ließ sich breitschlagen und beauftragte selbst seine Verlegung. Als er später merkte, welche Thorheit er begangen hatte, nahm er seinen Abschied. (Hört! hört!) Diese Geschichte ist authentisch. Und die Thatsache, daß hier ein Druck von oben vorgekommen ist, mußte nachwirken für alle späteren Fälle. (Auf links: Tens!) Später wurde behauptet, Herr Schmidt sei nicht gestolpert über seinen Freispruch Harden, sondern über sein Verhalten im Prozess gegen den Tageblattredacteur Garich beim Fall des Generals Kirchhoff. Aber auch dann liegt ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz vor, und zwar, wie behauptet wird, auf Anordnung des Kaisers. Die ganze Behauptung ist aber nicht wahr. Der Fall Harden war entscheidend. Das hat Harden vor Monaten in seiner Zeitschrift festgestellt, ohne Widerspruch zu finden. Der

damalige Landgerichtsrath Jellisch, der in der ersten Strafkammer saß, hat selbst zu Harden gesagt: „Ja, es ist nicht angenehm, in der Kammer zu sitzen, vor die Sie immer als Angeklagter kommen. Der alte Schmidt!... Na, man kommt ja in Teufels Küche!“ Von vertrauenswürdigem Seite wird erzählt: „Es ist eine Schweinerei!“ und zwar von einer Stelle, deren Neuerung wir hier nur nach dem „Reichs-Anzeiger“ citieren dürfen. (Große Weiterkeit.) Nun, diese Beeinflussung hat ja auch ihre Früchte gezeitigt. Der Herr Jellisch, der gern von der Strafkammer zurückkommen wollte, kam als Direktor der Strafkammer zurück und mußte bei der zweiten Anklage gegen Harden den Vorstoß führen, die genau so unbegründet war wie die vorhergehende. Und er verurteilte Harden. Wenn es sich bloß um politisches Verurteilen bei den Richtern handelte, das hier und da durchbricht, wäre es nicht so schlimm. Viel schlimmer ist die allgemeine Willensschwäche, die sich bei manchen Richtern bemerkbar macht. Man weiß, daß es nach oben einen unangenehmen Eindruck macht, und die Herren können sich nicht aufraffen und sagen: Nein, wir wollen nicht! Wenn sie wissen, daß eine solche Antipathie gegen Freisprechungen im bestimmten Fall herrscht, dann wollen sie sich dieser Antipathie nicht aussetzen. Es wird ihnen ja fürchtbar unangenehm und peinlich sein, sie werden sich hin- und herwinden, aber schließlich werden sie doch thun, was verlangt wird.

Selbst wenn brutale Anmuthungen zurückgewiesen werden, stehen sie doch unter dem Eindruck des Gedankens: Sprechen wir die Angeklagten von der Majestätsbeleidigung frei, so macht es eben unangenehm aufsehen, wenn die Staatsbehörde eine Schlappe erleidet. Die Strafkammer in Brandenburg hat sich ja nicht gebeugt, aber andre sind nachgiebiger. Diese allgemeine Willensschwäche ist ein Zug der Zeit. Und deshalb ist auch die zarteste Form eines Beeinflussungsverluches von oben so bedenklich. Es wäre Sache der Reichs-Justizverwaltung, den Landesgerichtsbehörden das Maßmaß zu stärken. Wie wirken denn solche Urteile? Nach der Verurteilung Hardens fragten die „Münchener Neuesten Nachrichten“: Wohin soll das Vertrauen auf die deutsche Rechtsprechung noch kommen? Die Stinkung in den Aehren des Volks ist noch ganz andere. Wenn wir eine Politik der Gerechtigkeit trieben, wenn es uns bloß darauf ankäme, diesen Staat und dieses Reich so schnell wie möglich zu untergraben, dann könnten wir mit dieser Rechtsprechung ja zufrieden sein. Man sagt im Volks, wenn eine Institution wie die Monarchie mit solchen Mauern umgeben und so verteidigt werden muß, dann ist sie morisch und faul bis ins Innerste. Wir wünschen nicht, daß unsere Rechtsprechung so diskreditiert wird, wir wissen, daß eine Nation zu Grunde geht, wenn in ihr nicht Recht und Gerechtigkeit herrscht. Deshalb üben wir in diesen Dingen Kritik und hoffen durch unser unablässiges Bemühen dafür zu sorgen, daß das freie Wort und die Gerechtigkeit in Deutschland wieder eine Stätte finden werden, auch außerhalb dieses Hauses. (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding:

Der Vorredner hat gegen eine Berliner Strafkammer den Vorwurf erhoben, daß sie in einem bestimmten Prozeß unter amtlichem Druck gegen eine innere Ueberzeugung Recht gesprochen habe. Das ist ein Vorwurf gegen die Ehre und die Persönlichkeit dieser Richter, wie ich ihn mir schwerer kaum denken kann.

Die Angriffe gegen die Mitglieder der ersten Strafkammer hätte der Herr Vorredner an anderer Stelle verbringen müssen, wo Platz gegen Raum steht, wo auch der angegriffene Teil seine Ehre verteidigen kann, was hier ausgeschlossen ist. Wenn die heutigen Verhandlungen draußen bekannt werden, wird man das auch erwidern und danach die Gerechtigkeit des Herrn Vorredners beurteilen, von der er hier gesagt hat, daß er so sehr nach ihr dürste. Ich würde noch mehr zur Verteidigung der Richter und des beteiligten Gerichtshofs sagen, wenn nicht der Herr Vorredner selbst schon für mildernde Umstände plädiert hätte. — Was dann die weiteren Ausführungen des Herrn Vorredners über den Zusammenhang von mir nicht bekannten Thatsachen, den Vorgängen bei einem Souper, und der ein Jahr später erfolgten Verurteilung Hardens durch Herrn Jellisch betrifft, so wundere ich mich über nichts mehr, als über die blühende Phantasie des Herrn Vorredners.

Abg. Nicker (fr. Vg.):

Die Drohung des Herrn Liebermann v. Sonnenberg, stets zu leicht zu sprechen, läßt mich kalt. Herr Liebermann sprach von einem Verwirrungs- und Bertinigungs-Komitee. Ich kenne es nicht und fordere ihn auf, mir die Namen dieses Komitees zu nennen! (Abg. Liebermann von Sonnenberg: Nennen Sie mir die Namen des außerparlamentarischen Generalkomitees. (Weiterkeit.)

Präsident Graf Vallestrom:

Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Die Herren haben von links, von rechts und von der Mitte genug Gelegenheit gehabt, sich in dieser Sache zu äußern, Unterbrechungen halten nur die Beratungen auf.

Abg. Nicker (fortsetzend):

Herr Liebermann behauptete, die Ururtheile in Romik seien von Juden erregt. Das müssen doch fonderbare Urtheile sein, die Ururtheile gegen sich selbst hervorbringen. (Sehr richtig! links.) Nur eine Stelle möchte ich Ihnen noch anführen aus einer Broschüre des sogenannten Aufklärungskomitees. Dort heißt es: Warum sind die Mörder noch nicht gefoltert? Weil die Behörden liberal dort suchen, wo sie nicht zu finden sind, weil sie die richtige Spur nicht sehen, eine Spur, die für jeden Unbegreiflichen klar ist. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr hält sich jedenfalls allein für unbefangenen... — nämlich die Spur, die auf einen Unterglauben bei der jüdischen Sekte hindeutet. (Hört! hört! links.)

Zum Schluß muß ich noch energisch protestieren gegen die Neuerung des preussischen Herrn Justizministers im Abgeordnetenhaus, er nehme zwar einzelne Juden an, aber andre Verurteilungen nähmen überhaupt keine Juden an. Damit bekräftigt er diese Herren der schweren Verfassungsverletzung. Der Herr Staatssekretär hätte die Pflicht, dafür zu sorgen, daß derartige Dinge in Preußen nicht vorlommen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

kommt nochmals auf den Fall Hoff zurück. Besser wäre es, wenn der Staatssekretär den Dingen nachginge und Missethäter abstellte. Der Staatssekretär sagte, ich hätte den Polizeiführer Schmitt zu Unrecht beleidigend angegriffen. Die „Medlenburgerische Volkszeitung“ war wegen derselben Behauptungen, die ich hier aufgestellt habe, angeklagt worden. In dem Urteil heißt es, daß die eibliche Bekundung des Herrn Schmitt keine Schlussfolgerung zu Ungunsten des Angeklagten zulasse und daß es nicht mit Sicherheit festzustellen war, was Schmitt gesagt habe. Das Urteil lautete wegen formaler Verletzung auf nur 50 M. Geldstrafe. Ich habe den Prozeß Hoff einen Leidenprozess genannt. Ich lege das Urteil hier auf den Tisch des Hauses nieder. Die Herren werden ersehen, daß alle die Thatsachen, die ich behauptet habe, in dem Urteil enthalten sind. Bezüglich der ersten Rede des Staatssekretärs über das Lübecker Streifenpostenverbot muß ich mein Urteil aufrechterhalten, daß es geeignet war, einen Druck auf die Richter auszuüben. Der Staatssekretär sollte sich hüten, solche Reden zu führen, die geeignet sind, einen Druck auf die Urteile der Richter auszuüben. (Weisfall links.)

Staatssekretär Nieberding:

Wenn meine damaligen Behauptungen schon geeignet gewesen seien sollen, Richter zu beeinflussen, so ist es das Beste, der Staatssekretär des Reichsjustizamts spricht überhaupt keine Ansicht aus. Der Vorredner hat nur das Medlenburgerische Urteil mit 200 M. Geldstrafe erwähnt. In Berlin ist aber ein Urteil wegen Verleumdung des Polizeikommissars Schmitt mit 4 Monaten Gefängnis erfolgt. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Werner (Antif.):

bringt weitere Einzelheiten aus dem Romiker Prozeß zur Sprache. Das negative Ergebnis der Untersuchung sei lediglich der Unfähigkeit

der Polizeibeamten zuzuschreiben, die mit dem Vorurteil dahin gekommen sind, es gäbe keinen Missethäter.

Abg. Haase (Soc.):

Stadthagen hat ein einheitliches Arbeiterrecht und ein einheitliches Recht für das Gefinde und die ländlichen Arbeiter gefordert. Der Herr Staatssekretär ist ihm darauf die Antwort schuldig geblieben. Gerade die ländlichen Arbeiter befinden sich aber heute in einer sehr traurigen rechtlichen Lage. Sie können ihren Kontrakt nur lösen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Was ist aber ein wichtiger Grund? Eine 29-jährige Arbeiterin hat den Inspektor noch einen Schorwexler zum Dienst an einer Maschine zu schicken. Als er sie abwich, sagte sie: Na, denn kommen Sie doch an die Maschine! Er antwortete: Sie sind wohl verrückt! Als sie antwortete: Nein, aber Sie vielleicht!, padte er sie und stieß sie zur Scheune hinaus. Sie ipie daraufhin vor ihm aus mit den Worten: Schämen Sie sich, sich an einer Frau zu vergreifen.“ Daraufhin erhielt sie von dem Inspektor 8-9 Schläge gegen den Kopf! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Verurteilt wurde aber nicht der Inspektor, sondern die Arbeiterin wegen Verleumdung des Inspektors zu 20 M. Geldstrafe. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Erst in zweiter Instanz wurde die Strafe aufgehoben. Sehr schwer empfinden es auch die ländlichen Arbeiter, daß die Polizei das Recht hat, gegen sie Strafverfügungen zu erlassen, die sofort vollstreckbar sind. Beschwerden gegen solche Polizeistrafen sind nur beim Kantonsvorsteher und in letzter Instanz beim Regierungspräsident oder bis zum Ober-Verwaltungsgericht vorzubringen und ihre Erledigung dauert oft Jahre. Währenddessen können immer neue Polizeistrafen erlassen und vollstreckt werden. Ein solcher Zustand ist zweifellos ein Bruch des Reichsrechts. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Weiter muß ich noch eingehen auf ein Vorgehen der Gerichte, das jede Kritik unmöglich macht. In einem Landarbeiter-Kalender für Ostpreußen war folgende Stelle enthalten: „Wenn alle Lügen gegen die Socialdemokratie vor Euch Ihr lieben Arbeitsbrüder nicht mehr zischen, dann verjucht Euer Herr und manchmal auch ein Pfarrer Euch vorzuschwindeln, die Socialdemokratie wolle den lieben Gott und die Religion beseligen.“ Wegen dieser Stelle wurde der Redacteur zwar nicht in Königsberg, aber in Jüterburg wegen Verleumdung der gesamten evangelischen Geistlichkeit zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Solche Kollektiv-Verurteilungen kommen jetzt sehr häufig vor.

Was würden Sie dazu sagen, wenn ein Führer der socialdemokratischen Partei gegen konservative Blätter Anklage erheben lassen würde, weil dort der Vorwurf erhoben wurde, die socialdemokratischen Führer müßten sich von den Arbeitergroßen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Solche Kollektiv-Verurteilungen können stets konstruiert werden, und jede Art sozialer Mißstände kann auf diese Weise mundtot gemacht werden. Dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren. (Lebhafte Bravo bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding:

Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ländlichen Arbeitern teilweise nicht durch die ordentlichen Gerichte, sondern durch die Polizei erledigt werden. Das liegt daran, daß § 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes ausdrücklich der Landesregierung die Befugnis erteilt, gewisse Sachen der Polizei zu überweisen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

vertahrt sich dagegen, vom Mitanord gesprochen zu haben. Er glaube auch nicht, daß das Morden zum jüdischen Miltus gehöre. Wohl aber glaube er an einen Blutmord aus jüdischem Aberglauben, dessen Möglichkeit auch Professor Strad angäbe. Es sei gefährlich, Luther zum Eideshelfer für den Philo-Semitismus zu benutzen. Redner verliest unter der Weiterkeit der Reden einige kostige Stellen aus Luthers Schriften gegen die Juden. In Romik ist ein jüdisches Verwirrungskomitee thätig. Sie fragen, woher wir wissen, daß die Mörder über die russische Grenze geflohen seien. Nun, ist es nicht auffällig, daß nach dem Mord 5 Schächter aus der Gegend verjogen sind, darunter einer nach Rußland. Der Vorwurf der Unbildung, der Unwissenheit und des Aberglaubens, den Stadthagen gegen die Bevölkerung von Romik und Umgegend erhoben hat, ist richtig, wenn er auf die einsinnigen galizischen und polnisch-russischen Juden erhoben wird. Herr Stadthagen hat sich über den Ausdruck „mahlose jüdische Freiheit“ beschwert, den schärfsten Ausdruck, den ich in meiner milde Rede benutzen habe. (Weiterkeit rechts.) Redner polemisiert dann gegen den Abg. Nicker.

Abg. Heine (Soc.):

Der Herr Staatssekretär der Justiz hat mir unter der Blume Mangel an Mut vorgeworfen. Wenn ich draußen solche Vorwürfe erhebe, erhebe ich sie als Privatmann und sie haben kein Gewicht. Wenn ich aber hier spreche, so spreche ich im Auftrage meiner Wähler, kraft meiner Stellung als Volksvertreter, kraft der Pflicht, die diese Stellung mir auferlegt. (Lebhafte Zustimmung links.) Da muß ich reden, auch wenn es mir persönlich unangenehm ist, weil es meines Amtes ist. Man zeige mir doch auch die Arena, wo Luft und Licht für solche Zweikämpfe gleich verteilt sind. Das macht sich ja ausgezeichnet in dem Munde eines Vertreters deutscher Behörden, in diesem Lande, wo durch die Praxis dieser Behörden nur noch diese Tribüne der Ort ist, wo man der Wahrheit die Ehre geben kann. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Nieberding hat behauptet, ich hätte der ersten Strafkammer den Vorwurf gemacht, sie habe wider bessere Ueberzeugung geurteilt. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, ich glaube nicht, daß auch nur einer dieser Richter zu seinem Urteil gekommen sei, weil er darüber etwas für sich erhofft habe. Herr Nieberding wird seine Unterstellung nicht beweisen können. Er ist in der sichten Lage eines Advolaten, der in einer verzweifelten Sache plädiert. (Weiterkeit.) Früher zählte es zu den Tugenden eines Advolaten, jede Sache so zu drehen, daß der Gegner scheinbar ins Unrecht gesetzt wurde. Diese Praxis ist aber längst in Mißkredit gekommen, weil sie nicht einen Schritt weiter führt. Und Herr Nieberding vermag diese Advolatenwaffen nicht einmal geschickt zu führen. Ich wiederhole: ich habe die Anklage, daß die Richter wider besseres Wissen ihr Urteil gefällt hätten, nicht erhoben und habe sie auch nicht erheben wollen. Wohl habe ich von einem Druck gesprochen, von einem Druck, der eine ganze Reihe von Jahren hindurch ausgeübt worden ist. An den Thatsachen hat der Staatssekretär auch nicht ein Wort bemängeln können. Und dieser Druck wirkt latent weiter. Das Direktorium hat die einzelnen Previsionskationen zunächst zurückgewiesen, und die Berliner Richter waren durch die schimpfliche Zustimmung des Justizministers, sie zu Werkzeugen einer politischen Intrigue zu machen. Der Widerstand hat aber nicht lange gedauert und die Herren haben auf gütlichem Wege nachgegeben. Ich glaube nicht an Verbrecher im Richteramt. Aber die Reihe dieser drängenden Prozesse immer gegen denselben Mann kann nicht ohne Wirkung bleiben, dieser Druck, auch wenn in noch in so milden und leisen Formen ausstritt. Nicht den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung habe ich erhoben, wohl aber den Vorwurf der Schwäche, und dabel bleibe ich. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Windewald (Antif.):

polemisiert gegen den Abg. Stadthagen: der Prozeß Sternberg ist typisch für das Judentum. Der Blutmord sein kein Märchen, sondern Thatsache, wie die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte gelehrt habe. Hitzler in Oestreich habe den von ihm verübten Blutmord eingestanden. Der Kandidat Bernstein habe einem Anaben Blut abgezapft, um sich zu ernähren. Er ist dann für verurteilt erklärt worden.

Die Diskussion schließt hiermit.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Abg. Herzfeld fest, daß das Giftröwer Urteil und das Berliner Urteil wegen Verleumdung des Polizeiführers Schmitt nichts mit einander

gemein haben, sich also nicht gegenseitig ergänzen. In dem Berliner Prozeß seien die Feigen, die in Bältern vernommen seien oder dort ungünstig gegen Schütt ausgesagt haben, nicht verhört worden.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Schaumweinsteuer und Weingeist in erster Lesung.)
Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhause.

20. Sitzung vom 7. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung.
Am Ministertische: v. Riquel, v. Thielen, Freiherr v. Hammerstein.

Die Beratung der Kanalvorlage wird fortgesetzt.

Abg. v. Grabski (Pole):

Wir erkennen die Bedeutung der Kanalvorlage für die Monarchie nicht, aber wir befürchten, daß die Kanalbauten einen großen Wegzug der Arbeiter aus dem Osten verursachen werden. Wir verlangen daher, daß wenigstens für die Dauer der Kanalbauten den ausländischen Arbeitern gestattet wird, sich in den Kanalbezirken anzusiedeln. Für die Vorlage in der jetzigen Form können wir uns nicht erwärmen. Wir werden in der Kommission versuchen, unsere Wünsche durchzuführen.

Abg. Stenburg (L)

gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß in der Vorlage die Elbe gar nicht erwähnt sei. Sein in der Abniedering gelegener Wahlkreis habe von der Vorlage direkten Schaden zu erwarten.

Abg. von Willissen (L):

Für Herrn Ballbrecht waren die militärischen Gründe von besonderer Bedeutung. Er ist von einem militärischen Gausus ein Paulus geworden. Auch bei uns ist es in militärischer Beziehung nicht ganz vacat. Wenn der Kanal nicht gerade zugestoren ist oder nicht gerade unrichtig ist, dann kann er aus Hilfswissenschaften bei militärischen Verbindungen Dienste leisten. Herr Götze hat uns vorgeworfen, wir wollten nur die Vorflutverbesserungen, aber keinen Kanal, und meinte, wir wollten nur die Rosinen aus dem Kuchen nehmen. Nein, so schlechte Manieren beim Essen sind schon in den Niederlanden abgewöhnt worden. (Große Heiterkeit.) Redner richtet an die Staatsregierung den Appell, die Flußregulierungen und Weilerationen ganz unabhängig vom dem Schicksal der Kanalvorlage durchzuführen. (Beifall rechts.)

Handelsminister Bresselt

erörtert die Bedeutung der Kanalvorlage als Ausgleichsmittel für den Osten und Westen der Monarchie. Kohle und Eisen beherrschen unsere ganze Technik, unser ganzes gewerbliches Leben. Unsere Kohlenlager sind fast unerschöpflich. Sie werden die belgischen und französischen Lager lange überdauern. Auf die Kohle sind wir angewiesen, wenn sich die Elektrizitätstechnik noch so glänzend entwickelt. Eisen spielt eine immer größere Rolle im Hausbau, im Tiefbau, im ganzen gewerblichen Leben. Das ist doch eine Hauptaufgabe der Staaten, diese Mineralien so billig und gut wie nur möglich über die ganze Monarchie zu streuen; der Gegensatz zwischen Osten und Westen ist im wesentlichen der Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie. Gerade in dem Punkt aber, dem der Kanal dienen soll, sind die Interessen von Landwirtschaft und Industrie gemeinsam. Die Landwirtschaft hat ein erhebliches Interesse daran, daß ihr von der Industrie Kohle und Eisen so billig wie möglich geliefert wird. Die Bedenken der Kanalgegner sind wirtschaftliche und finanzielle. Nehliche wirtschaftliche Bedenken sind gegen die ersten großen Bahnen auch gerichtet worden. Hat aber die Regierung nicht dafür gesorgt, daß an die großen Hauptlinien Nebenlinien angegliedert wurden? Hier steht es ebenso. Auf dem Rhein, der Elbe und der Oder hat sich der Verkehr in den letzten 20 Jahren verdreifacht, trotzdem prosperieren die Nebenbahnen glänzend. Wettbewerb schadet nicht. Ich hoffe auf eine Verständigung, sie würde dem Vaterlande zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. Graf v. Stachwitz (L):

Schlesien braucht eine leistungsfähige Wasserstraße von Gleiwitz nach Berlin, zweitens Verbindung des ober-schlesischen Kohlenreviers mit der Oder durch Schleppbahnen, drittens billige Eisenbahntarife für das Glatzer und Waldenburger Gebiet bis zur Oder, und schließlich billige Eisenbahntarife für die landwirtschaftlichen Produkte nach der Oder. Weiter muß die Eisenbahnlinie durch die Lippelinie erreicht werden. Erst dann wird die große Mehrheit meiner Freunde die Vorlage für diskutabel halten. Ich sehe auch für die Landwirtschaft Vorteile in der Vorlage. Ich halte sie nicht bloß für wirtschaftlich, sondern auch politisch bedeutsam. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Thielen:

Der Schluß der Rede des Grafen Stachwitz war erst kanalfreundlich, aber der Anfang lautete doch ganz anders. Ich hoffe aber bestimmt, in der Kommission wird die Verständigung gefunden werden. Graf Stachwitz hat ein ganzes Bouquet von Forderungen aufgestellt, die gewiß alle zu erfüllen sehr wünschenswert wäre. Wir können nur immer versichern, daß wir das Mögliche thun wollen. So eilig sind aber die Dinge doch nicht. Der Bau des Mittelland-Kanals dauert 15 Jahre, die Folgen, die die Schleiferei für sich befürchten, werden also erst nach dieser Zeit eintreten. In dieser langen Zeit wird sich noch viel erreichen lassen. Die Tarifermäßigung für landwirtschaftliche Produkte hat mit der Kanalvorlage doch gar nichts zu thun. Solche Tarifänderungen können doch erst eintreten, wenn der Mittelland-Kanal gebaut ist, also in 15 Jahren. Die Schleiferei haben doch auch nichts davon, wenn solche Tarifänderungen auf dem Papier stehen, denn sie können doch jederzeit geändert werden. Ich halte es für besser, Kompensationen für Schlesien auf dem Gebiet der Wasserstraßen zu suchen.

Abg. Dr. Wenner (natl.)

weist darauf hin, daß Frankreich nach dem 70er Kriege ein großes Kanalnetz gebaut hat, um das Land wirtschaftlich zu heben und es zur Zahlung der 5 Milliarden Kriegsschuldung fähiger zu machen. Obgleich seit 1880 keine Abgaben mehr auf den Kanälen Frankreichs erhoben werden, hat doch das Land nur Vorteil davon. In Belgien hat man das Kanalnetz sogar als fonds perdu gebaut. Das gibt angesichts der Strömung, die Abgabenfreiheit auf unseren Flüssen aufzuheben, was ich für einen großen Rückschritt halten würde, doch sehr zu denken. In Amerika endlich hält man trotz der billigen Eisenbahntarife die Kanäle doch für sehr nützlich. Bezüglich der Lippe vertritt ich den Standpunkt, daß ihre Kanalisierung kommen wird und kommen muß. Daß die Wollkanalisierung nicht in die Vorlage einbezogen ist, bedauern wir in Rheinland-Westfalen lebhaft. (Beifall.)

Abg. Engelbrecht (st.)

tritt für den Lippe-Kanal, als die kürzeste Verbindung zwischen Rhein und Elbe ein. Noch besser sei der Rhenkanal, den die Regierung früher selbst befürwortet habe. In der Kommission werde man noch eingehend darüber verhandeln müssen.

Abg. Dr. Am Behnhoff (L)

gibt statistische Differenz über die Bedeutung der Landwirtschaft in der Rheinprovinz. Die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung sei nur in der Provinz Schlesien größer als in der Rheinprovinz. Die Landwirtschaft am Rhein ist also keine quantitativ nachgeblieben. Daß aber der Kanal die rheinische Landwirtschaft schädigt, sieht für mich außer jedem Zweifel. Das hat auch der Landwirtschaftsminister, wenn auch nur indirekt, anerkannt, indem er sagte, daß der Dortmund-Rhein-Kanal ein Einfallstor für ausländisches Getreide schaffen kann. Der Minister sagte aber, jede Verkehrserschließung hat für den einen Teil vor-

übergehend Schaden, für den anderen dauernden Nutzen. Dieser Satz ist falsch, nicht immer ist der Schaden vorübergehend, sehr oft ist er dauernd. Das ganze linke Rheintal wird dauernden Schaden haben. Vielleicht könnte der Schaden durch ein Kleinbahnnetz am linken Rheintal paralytisch werden. Möge nach dieser Richtung hin etwas geschehen. Mit diesem Wunsch will ich schließen.

Hierauf wird durch einen Schlußantrag die Diskussion beendet.

Die Vorlage wird einer Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen. Der Antrag Wiemer, nur die neuen Teile der Vorlage an eine Kommission zu verweisen, wird gegen die Stimmen eines Teils der freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung.)

Schluß 3 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Der Hauptteil der heutigen Verhandlungen wurde mit einer Debatte über die langjährigen Wünsche der Postassistenten auf eine Veränderung ihrer Gehaltsstufen ausgefüllt. Gleichzeitig wurde die Frage der diätarischen Beschäftigungszeit verhandelt. Zu der ersten Frage war der Antrag gestellt, den Reichskanzler aufzufordern, in einem Ergänzungs-Etat die Mittel für eine, nach den Wünschen der Postassistenten geregelte Gehaltsfösa einzusetzen. Dem gegenüber beantragten die Vertreter der linken Seite des Hauses, bereits in den Etat für 1901 die erforderlichen Mittel hierfür einzusetzen. Hierüber entspann sich eine längere etatsrechtliche Debatte, ob der Reichstag selber erhöhte Summen in den Etat einsetzen könne. Regierungseitig wurde dies Recht bestritten und darauf aufmerksam gemacht, daß die im Etat bewilligten Ausgaben zwar die Regierung zur Leistung derselben ermächtigen, aber nicht verpflichten. Was die Forderung selbst anlangt, so äußerten sich der Staatssekretär des Reichs-Postamts und der Staatssekretär des Reichsfinanzamts dem Verlangen gegenüber zustimmend, wiesen aber auf die Konsequenzen, die sich aus dieser Bewilligung für andere Gebiete zeigen müßten, hin und betonten, daß sie zwar im Schoße der verbündeten Regierungen den Antrag befürworten, aber keine definitive Erklärung über die Stellung der verbündeten Regierungen abgeben könnten. Von den Abgeordneten Müller-Sagan (fr. Sp.), Singer (Soz.), Gröber (L) wurde an dem Recht des Reichstags, erhöhte Beiträge in den Etat einstellen zu können, unbedingt festgehalten. Die Redner, denen sich auch noch Müller-Pulda (L) angeschlossen, wiesen darauf hin, wie lange der Reichstag schon diesen Wunsch der Postassistenten zu dem seintigen gemacht habe, und erklärten, daß die Nichtbefolgung des Wunsches durch den Bundesrat den Reichstag in die Zwangslage versetze, seinerseits zu den vorgeschlagenen Mitteln greifen zu müssen, um endlich den Widerstand der Regierung zu beseitigen. Abg. Singer (Soz.) beantragte, die Beschlußfassung auszusparen, um dem Reichstag die Möglichkeit zu gewähren, eine bindende Erklärung abzugeben, daß die verbündeten Regierungen einen Ergänzungs-Etat zum Zwecke der Erfüllung dieser Forderung einbringen würden. Wenn diese Erklärung erfolge, könnte man auf Einstellung in den Haupt-Etat verzichten, sonst nicht. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Singer abgelehnt, ebenso der Antrag, die Forderung in den Etat einzusetzen, dagegen der Antrag, den Reichskanzler zu einem Ergänzungs-Etat für diese Forderung zu veranlassen, angenommen. Die Resolution Müller-Sagan, den Reichskanzler aufzufordern, Einrichtungen zu treffen, wonach die Diätarischezeit abgekürzt werde, führte zu einer längeren Diskussion. Der Staatssekretär des Reichs-Postamts machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam und betonte, daß auch der gesetzliche Zwang, Militärärzter anstellen zu müssen, diese Frage kompliziere. Nach längerer Erwörterung, an der sich alle Parteien beteiligten, wurde die Resolution angenommen.

Nächste Sitzung Freitag. Fortsetzung des Post-Etats.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, 7. Februar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Die Beratung der Vorlagen wegen Erwerbs von Straßenland für die

Zufahrtstraßen zu der geplanten Brücke im Zuge der verlängerten Manteuffelstraße

und im Zuge der verlängerten Eisenbahnstraße hat im Ausschuss zur Annahme der Magistratsvorläge bezüglich der Eisenbahntrassen-Brücke geführt, dagegen sollen hinsichtlich der Brücke zwischen Manteuffel- und Fruchtstraße zunächst nur die auf dem rechten Spreerfer von dem Grundstück Pöhlstraße 47/48 erforderlichen Parzellen von 1118 und 1025 Quadratmeter für 226 M. pro Quadratmeter freihändig angekauft, wegen des Erwerbs der Straßenflächen von den Grundstücken Köpferstraße 18/20 und 21 aber im Auskauf noch weitere Verhandlungen gepflogen werden.

Nach längerer Debatte werden die Auskaufsvorschläge trotz des Widerspruchs des Stadts. Wallach angenommen.

Stadts. Louis Sachs I berichtet über die Auskaufverhandlungen betr. die

Übernahme des Kaiser und Kaiserin Friedrich Kinder-Krankenhauses

in die städtische Verwaltung. Der Ausschuss empfiehlt die Übernahme schon für den 1. Oktober 1901 zu beschließen und bis dahin noch am 1. April einen Verwaltungskosten-Buchung von 50 000 M. zu bewilligen. Wegen der von den städtischen Behörden festzusetzenden Übernahmebedingungen soll der Magistrat um eine besondere Vorlage erucht werden.

Stadts. Professor Witzow: Der Vorstand hat an Bedingungen nichts weiter aufgestellt, als daß der Name der Anstalt beibehalten wird und die vorhandenen Reserven bestimmungsgemäß verwaltert werden. Dagegen liegt die Sache bezüglich der Organisation der Anstalt nicht so einfach, wie der Ausschuss annimmt. Die beiden Baracken, die man durch neue ersetzen will, sind doch nur ein Notbehelf. Die Räume bedürfen unbedingt der Erweiterung, die Wärterinnen können bisher nicht in der Anstalt wohnen, das Beamtenspersonal ist absolut unzulänglich.

Stadts. Strahmann: Wit der Übernahme soll unmittelbar ein Ausbau der Anstalt stattfinden. Es fehlt u. a. an einem Aufnahmehaus und an einem Registraturzimmer. Die Ausführung aller dieser notwendigen Ergänzungen könne bis zum 1. Oktober 1901 nicht erfolgen. Die Versammlung möge daher dem Magistratsantrag entsprechend die Übernahme erst für den 1. April 1902 aussprechen.

Stadts. Dr. Freudenberg (Soz.): Ich bitte Sie, trotz dieser Ausführungen das Krankenhaus schon am 1. Oktober zu übernehmen. Gerade die Notwendigkeit von Neubauten spricht für den früheren Termin. Bei Hinausschiebung der Übernahme bis zum 1. April 1902 kämen die Bauten vor dem Sommer 1903 nicht zur Ausführung. (Beifall.)

Stadts. Sanitätsrat Ruge (L) spricht sich gleichfalls für den 1. Oktober d. J. aus, während Stadts. Geh. Sanitätsrat Neumann (vul) dem Magistratsvorschlag den Vorzug gibt.

Die Mehrheit entscheidet nach dem Auskaufantrag.

Vom 1. April 1901 ab will der Magistrat

Unterrichtskurse für hiesige hottenrube Kinder einrichten. In dem Etat für 1901 sind für diesen Zweck 20 000 M. eingestellt. Nach der Begründung soll die Teilnahme an den

Unterrichtskursen für alle schulpflichtigen Kinder Berliner Schüler, die hier den Unterhaltungswohnort haben, unentgeltlich sein.

Stadts. Bruns (Soz.): Die legendäre Einrichtung, um die es sich hier handelt, sollte man nicht bloß denjenigen Kindern zu teil werden lassen, welche hier den Unterhaltungswohnort haben. Ich sehe nicht ein, warum diese Einschränkung statifunden soll. In den Kreisen der Fortbildungsschüler befinden sich auch Stotterer. Der Magistrat sollte in Erwägung ziehen, ob nicht veruchweise bei den Fortbildungsschulen eine gleiche Einrichtung getroffen werden könnte.

Vorsteher Langerhand und Stadtschulrat Fürstenau verweisen den Vorredner darauf, daß in dem Magistratsantrage nichts von der von ihm erwähnten Beschränkung steht.

Die Vorlage wird angenommen.

Ein Teil der in der städtischen Verwaltung beschäftigten Kanakisten sollen unter Vorbehalt der Kündigung als Gemeindebeamte angestellt werden. Die Zahl soll zunächst auf 50 beschränkt bleiben, die Befoldung derjenigen der Bureau-Aushilfsarbeiter gleichgestellt werden, die neuerdings Beamtenqualität erhalten sollen, d. h. bei fester Anstellung anfänglich 1200 M. für die außerhalb der Bureaustunden gefertigten Arbeiten soll nach dem Kanakistarif Vergütung gewährt werden, die aber nicht 100 M. monatlich übersteigen darf.

Stadts. Bruns beantragt, die Vorlage dem für die Regelung der Anstellungsverhältnisse bestehenden Ausschuss zu überweisen. Es sei geradezu unglaublich, daß der Magistrat die Kanakisten auf Nebenverdienst verweise und sie schlechter stellen wolle, als es in den meisten Kommunen geschehe, welche der Magistrat um Auskunft über die Behandlung der Kanakisten befragt hat.

Die Vorlage geht an den genannten Ausschuss.

Au das Ausstellungskomitee für die 18. Allgemeine Briefstaben-Ausstellung des Verbands deutscher Briefstaben-Liebhaber-Gesellschaft werden die beantragten 500 M. zu Ehrenpreisen bewilligt.

Nach dem neuen Kommunalwahl-Gesetz, das am 1. Januar 1901 in Kraft getreten ist, wird für die Bildung der Wählerabteilungen das einfache Durchschnittsprinzip in Anwendung gebracht werden.

Die Verlegung der städtischen Weberschule

nach dem Gebäude des Andreas-Realschuliums und die Erwerbung der Grundstücke Koppensir. 75/76 für das letztere werden genehmigt.

Als letzter Gegenstand steht auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung die Vorlage betreffend

die Umgestaltung der Straße Unter den Linden.

Von drei Seiten ist Ausschussberatung beantragt.

Stadts. Baurat Rylmann (frakt. Komm.) hält Ausschussberatung für um so notwendiger, als man jetzt zwei von den vier Baumreihen beseitigen wolle, womit der Linden ihr historisches Aussehen genommen würde. Ordne man die beiden neuen Baumreihen an der Seite des Bürgersteigs an, so müßten die Beleuchtungs-lampelaber zwischen die Bäume kommen und damit würde die jetzt vorzügliche Beleuchtung des Bürgersteigs sehr beeinträchtigt.

Stadts. Eckard (L) beanstandet namentlich die zu geringe Breite von 13 Meter für den südlichen Fußweg; auch hätten die Tiergartengüter nicht für die Mittelpromenade Unter den Linden. Gegen das Projekt vor 1895 ist außerdem der Kostenpunkt von 400 000 auf 800 000 M. angeschwollen; das sei ganz exorbitant.

Stadts. Rosenow (L) bemängelt vor allem die Beibehaltung des Reitwegs und verlangt bündigere Garantien für die Ueber-schreitung der Linden durch die Straßenbahn. Auch ihm ist der Kostenpunkt bedenklich.

Stadts. Borgmann (Soz.): Ich begreife nicht, weshalb die städtische Verwaltung immer wieder diese Regulierung betreiben will, da doch die Stelle, welche das höchste Interesse daran hat, der Regulierung gerade die größten Schwierigkeiten in den Weg legt. Die Notwendigkeit der Regulierung wurde doch immer auf die Befestigung des Reitwegs zurückgeführt; das ist seit 1800 und seitdem bei allen Verhandlungen betont worden. Das jetzige Projekt steht hinter dem von 1895 nach der Seite der ästhetischen Anforderungen ungewisselhaft zurück. Die Verfassung kann heute, nachdem der verhältnismäßig kurze Zeitraum von 5 Jahren verfloßen, unmöglich sich auf den Standpunkt stellen, daß der Reitweg in 4 Meter Breite nunmehr acceptabel ist; der Ausschuss muß und wird demselben unter allen Umständen beistimmen. Der Verkehr Unter den Linden ist lange nicht so bedeutend, daß dem Bedürfnis nicht mit den heutigen Einrichtungen genügt werden könnte. Wenn Sie so heftig nach viel Geld haben, so sollte ich meinen, müßten Sie doch sehen, daß es eine ganze Reihe von Straßen gibt, welche eher reguliert werden müßten. (Zuruf: Alte Jakobstraße! Heiterkeit.) Wie sieht es bei uns aus! Sehen Sie sich einmal die Müllerstraße an von der Seestraße bis zur Reichsbrücke; es ist ein wahrer Skandal, dies Pflaster ist der reine Knäppelbaum. Ebenso erbärmlich ist die Remisen-dorferstraße; dort stinkt noch der Müll zum Himmel; ferner die Breslauer, die Greifswalderstraße. Die vor 10 Jahren, so stinkt der Straßengraben in letzterer auch heute noch zum Himmel. (Inruhe.) Das ist freilich der Norden Berlins; dort kann man keine so triumphalen bauen. Wie es draußen in den Arbeiterquartieren aussieht, wissen die Herren garnicht. Ich würde vorschlagen, die fast eine Million, die Sie für die Linden ausgeben wollen, lieber dort brauchen zu verwenden. Ich hoffe, der Ausschuss wird die Sache so behandeln, wie vor fünf Jahren und die Vorlage pure ablehnen.

Stadts. Baurat Krause: Ich glaube schon hier darauf hinweisen zu sollen, daß der Wunsch auf Rasterung des Reitwegs nicht berücksichtigt werden kann; dazu würden wir die Genehmigung nicht erhalten.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 7/8 Uhr.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 7/8 Uhr.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Die Frequenz im städtischen Familienobdach für im Januar weiter abgenommen, während sie im nächsten Obdach für Einzelpersonen nicht unwesentlich gestiegen ist. Am 1. Dezember v. J. befanden sich noch 206 Familien mit 781 Köpfen, 61 Männer, 195 Frauen und 455 Kinder, sowie 70 Einzelpersonen im Familienobdach. Der Zugang betrug im Dezember 146 Familien, der Abgang 171 Familien. Am 1. Januar d. J. verblieben 181 Familien mit 586 Köpfen. Im vergangenen Monat traten 144 Familien neu hinzu, während 191 abzogen. Es verblieben somit am 1. d. M. noch 184 Familien mit nur 386 Köpfen, 52 Männer, 101 Frauen, 156 Kinder und 17 Säuglinge, sowie 207 Einzelpersonen. Die Frequenz wäre noch geringer, wenn im letzten Monat nicht eine große Zahl von Einzelpersonen, 155 Männer und 78 Frauen aufgenommen worden wären. Im nächsten Obdach wurden im Januar dieses Jahres 72810 Personen beherbergt und zwar 67474 Männer und 6886 Frauen, gegen 50554 Männer und Frauen im Dezember v. J. Die Frequenz ist danach um 55 Proz. gestiegen. Am 20. Januar wurden nicht weniger als 2785 Personen aufgenommen. Mit dem Nachlassen der großen Kälte hat auch der Andrang abgenommen. Am 30. Januar wurden nur noch 1911 Männer und 149 Frauen gezählt. Inzwischen ist die Frequenz weiter zurückgegangen. Von 72810 Personen wurden 520 Männer und 22 Frauen der Polizei und 175 Personen Krankenträgerinnen zugeführt. Rund 12 000 Personen haben im Januar im Obdach gebadet.

Achtung! Achtung!
6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt)
 Sonntag, den 10. Februar, abends 5 1/2 Uhr, bei Mierke,
 Schönhauser Allee 101-102:
Gr. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Georg Ledebour** über:
 Die politische Lage. 2. Diskussion.
 Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
 Um rege Beteiligung ersucht. **Der Vertrauensmann.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 (Verwaltungsstelle Berlin).
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonnabend, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
 im Lokale des Herrn Dieke, Adlerstraße 123.
 Sonntag, den 10. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:

Allgemeine Versammlung
 der Heizung-, Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer,
 wie auch für die in der Branche beschäftigten Werkstattarbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell**. 2. Dis-
 kussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Victoria-
 Garten, Badstraße 12:
Versammlung der Ankerwickler der A. E. & G.
 und der Firma **Bergmann & Cie.**
 Tages-Ordnung: Wie verbessern wir unsere Lohn- und
 Arbeitsverhältnisse?

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des
 Herrn **Wetzol**, Braungelstraße 136:
Morgensprache der Schraubendreher.

Die Zahlstelle 25 ist von **Martin**, Rannysstr. 86, zu **Grund-**
mann, Rannysstr. 78, verlegt worden.
 111/13 **Die Ortsverwaltung.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen
 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
 1 M. **Alfred Apenburg**, Invalidenstrasse 83,
 Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9-7. Reparatur sofort. [8]

Central-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Tischler
 u. anderer gewerblicher Arbeiter.
 (C. S. R. Nr. 3 Hamburg)
Certifikate Verwaltung Niedorf.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, den 10. Febr. vorm.
 10 Uhr, bei **Vauiner**, Bergstr. 151-152.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quartal
 1900. 2. Kassungsangelegenheiten.
 Jedes Mitglied muß erscheinen.
 184/3 **Die Ortsverwaltung.**

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
 über: Sogenannte unheilbare Nerven-
 leiden. Freitag, d. 8. Februar, abends
 1/2 9 Uhr, in den **Borussia-Sälen**,
 Adlersstr. 6-7. Nur Herren! Eintritt
 frei! Keine Zellerksammlung. 3508b

Sonntag 9 Uhr pünkt-
 lich **Schlesische Bräute**
Fürstenwalde.
 Bei langjährigem Wetter
 9 Uhr 55 Minuten ab
 Schief. Bahnhof. 11/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Bezirk Moabit. Sonntag, 10. Februar, vormitt. 10 Uhr,
 im Lokal von **Schlag**, Genslerstr. 9:
Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Volk**: Arbeiterbewegung und
 künftige Kultur. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Ver-
 schiedenes. 77/17
 Die Vertrauensmänner, welche nicht in der Vertrauensmänner-
 Versammlung waren, sind besonders eingeladen.

Elektromonteuere.
 Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Nämann**,
 Brunnenstr. 188:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Rosenow**. 2. Bericht
 der Gewerkschaftsdelegationen und Renouveau derselben. 3. Verschiedenes.
 Um regen Besuch der Versammlung ersucht. 58/2
Der Vorstand.

Achtung! MAURER. Achtung!
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, in den „Borussia-Sälen“, Adlersstr. 6-7:
General-Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstands. 2. Wahl des gesamten Vorstands, der Revisoren und
 Hilfskassierer. 3. Vereinsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass!
Der Vorstand. J. A. Julius Gebl.

Achtung, Bauarbeiter Berlins und Umgegend!
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Kellers großem Saal,
 Koppen-Strasse Nr. 29:

Große Versammlung aller zum Streikgebiet Berlin
 und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission und Abrechnung des Streikfonds vom Jahre 1900-
 2. Vortrag des Kollegen **Behrendt** über die Verschmelzung der Zahlstellen Berlin 1-7. 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
J. A. Oskar Böttcher.

Tischler-Verein zu Berlin.
 Sonnabend, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Lipke**,
 Metzdorferstr. 15:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom Wadtenball. 3. Sonstige Vereins-
 angelegenheiten. 198/4
 Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Regem Besuch hebt entgegen. **Der Vorstand.**

Gewerkschaftshaus
 Engel-Ufer 15. 2104b*

Sonnabend, den 9. Februar: **Bock-Anstich!**
 Gleichzeitig empfehle: **Mittagstisch** (Couvert 80 Pf.)
 und à la carte zu soliden Preisen. Reichhaltige Auswahl.
3 Regelbahnen an verschiedenen Tagen
 zu vergeben.

Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten von 50-1000 Pers.
Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
 empf. Brotsfabrik **Wittler**, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Plakate ebenfalls

wegen Geschäfts-Übertragung.

Des grossen Andrangs wegen sehe ich mich genötigt, am
Freitag, den 8. d. Mts., bis 1 Uhr mittags
 die Verkaufsräume zu schliessen, um das Lager ordnen zu lassen.
H. Greifenhagen, Brunnenstrasse 17.

Ausverkauf

Ausverkauf

Aushilfe-Personal wird verlangt.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. **Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bauhausstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restoration, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Bier, Alte Jakobstr. 119. 1488b*
Restoration, 850 Miete, billig zu verkaufen. Breitenstr. 40. 1483b*
Ein gangbares Döb- und Gemüsegeschäft preiswert zu verkaufen. Ausmarkt Pöcherstr. 30, Mittag. *
Kafelreue billig zu verkaufen. Vorstadtstr. 10, Restaurant.
Neue Zeit, Jahrgang 90/91 bis inkl. 97/98, komplett und sauber, zu verkaufen. Kaufhäuser wollen sich gef. melden bei Joh. S. Wolff in Letum bei Bremen. 1248b*
Wieder haben eine umfassende Darstellung des neuen Reichs in dem Buch: Die Rechte und Pflichten des Reichers. 32 Seiten. Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen. Bisher abgesetzt 80 000 Exemplare. *
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, portiere. 2340b
Vorjährige elegante Herren-Winterpöletts und Anzüge aus besten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig. Leibnizstr. 6.
Teppiche, Remontirradren, Regulateure, spottbillig. Leibnizstr. 6, 51/5b*
Kanarienhähne, vielfach prämiert, gute Aufzucht, verkauft Krebs, Köpenickerstr. 104, 4 Tr. 1449b*

Wirtschaft, Ruhmann, spottbillig, auch einzeln. Gartenstraße 148, I. links.
Nähmaschinen: Adler, Krauss, Ringel, Hobbin, Wald- und Brind- maschinen auf Teilzahlung, Köpenickerstr. 118. 465R*
Nähmaschinen, Adler, Krauss, Schemmner, Ringel, sowie Tisch- und Brindmaschinen auf Teilzahlung, Köpenickerstr. 118. 2233b
Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstr. 7, Hof 2 Treppen. 1438b*
Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, ohne Anzahlung, wochent- lich 1.-, fünfjährige Garantie, Singer- ringel, Hobbin, Adler, Schemm- nader. Schnellste Lieferung auch durch Postkarte. Frise, Turmstr. 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49. 484K*
Teppiche mit Vorhängen, Badstubeleibere, Große Frankfurter- str. 9, portiere. 2340b
Gasocher! Sparsysteme! 1,50, Zwei- lochocher 6.-, Dreilochocher 10.-, Gasplatten, Schneidbühel, Appa- rate billig! Gasbrenner 12.-, Bohrer, Ballertheaterstr. 32.
Vapageien, Kanarienhähne, Fuch- weihen, Waldvögel, Bogelbauer, Fuchsenstücken, Vogelkutter, Fischkutter (Daphnie), Delia, Brunnenstr. 101, Bohrer, Gesundbrunnen. 1492b*
Kanarienvögel, Zugweihen, Hechauer, Waldvögel, billig. Große Frankfurterstr. 13. 2387b
Holzholz (trotz geschnitten) als Brennholz, besonders zum Wieder- verkauf für Kohlenfeller geeignet, liefert billig frei Haus Guba, Ritterstr. 1, Kanarienvögel. 12478b*
Steppdecken am billigsten Fabrik Preise Frankfurterstr. 9, portiere

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Liefer- ung sofort, Postkarte. Louis Land- berger, Vossbergstr. 35, kein Anben. 3500b
Betten, schöner Stand, unabhän- gelbar sofort, 23 Mark, Adalbert- str. 78, I. rechts. 3503b
Kanarienhähne verkauft Brandt, Holzmarktstr. 9. 3511b
Fahrräder, verlässige, 25 Mark an Leibnizstr., Neue Schönhauser- str. 11. 90/17
Vermischte Anzeigen.
François Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
Unfallkosten, Stogen, Eingaben, Reklamationen. Bagger, Sieglitzer- str. 65. 2203b
Angukabad, Köpenickerstr. 60, Bäder jeder Art für sämtliche Kranke- leiten. 471R*
Biofektion! Wer sich über diese hochsteife Grausamkeit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Weltbundes gegen Bio- fektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierhygienverein Berlin, Köpenickerstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vor- träge wünschen über Biofektion, wollen sich um Referenten an die- selbe Adresse wenden. 925b
Mastkutschame verteidigt, verkauft spottbillig. Wegetstr. 31. 1750*
Mastk verleiht billig. Herdmannd- ente, Dammstr. 1. 2497b*

Anfertigung eleganter Herren- garderobe, Teilzahlung gestattet. **Rarus**, Kleine Frankfurterstr. 20. *
Kunstkopierei von Frau **Koschky**, Steinwegstr. 48.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertig. **Ferdinand Kleinert**, W. Köpen-ickerstr. 56, 2. Hof portiere. 2387b
Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, alte Uhren, Gebisse, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle, lauft, Blumenstr. 67, portiere. 467R*
Saal und Vereinszimmer empfehlt **Jannasch**, Inselstr. 10. 206R*
Vereinszimmer frei. **Vabowig**, Kommandantenstr. 65. 283R*
Vereinszimmer, Sommer, Wan- tenstr. 23. 1940b
Vereinszimmer, großes, **Reichen- bergstr. 24**. 2235b
Vereinszimmer zu vergeben, 50-100 Personen, bei **Jantow**, Marzstr. 18. 1730*
Saal und Vereinszimmer empfehlt **Langhaus**, Nützenbergr. 21. *
Kofal, Saal, Vereinszimmer, Regel- saal, empfehlt **Pinzer**, Schöne- bergstr. 18. 2429b
Vereinszimmer frei Montag bis Sonnabend, 30-40 Personen, **Char- lottenburg**, Goethestr. 33.

Vermietungen.
Wohnungen.
Ein Küche für 8 Mark im Norden zum 15. an einzelne Leute. Adressen **Postamt** 58 unter B. H. 7 erbeten.
Vorort, König- u. Wusthauen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kloset (port oder später) billig zu vermieten. Näheres beim **Wirt**, Ambergarten 2. 1404b
Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten. **Fischer- str. 54**, Quergebäude III, bei **Witwe Rosenthal**.
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Berliner verlangt **Barum-** str. 41. 1140*
Buchhalter, jüngerer, für täglich einige Stunden von seiner Maschinen- fabrik gesucht. Offerten sub Z. 2 Expedition dieses Blattes erbeten. 3504b
Typographen verlangt **S. Bauhaus**.
200 Proz. verdienen Herren und Damen, welche hervorragenden Ge- sundheitsmittel verkaufen. Adressen Gz. **Salzweidenerstr. 8**. 1763
Mädchen zur leichtsten Handarbeit verlangt **Schmidt**, Schafstr. 18. 3508b
Facharbeiterin auf gepöbte Sachen bei hohem Lohn verlangt **Blach**, Gräner Weg 12. 12481b*
Facharbeiterinnen auf dem Hause **Spötter**, Braunstr. 38. 1772*
Berufskörnerin auf **Sautz**, Spötter, Braunstr. 38. 1772*

Arbeiterin auf **Paletts** und **Capots** in und außer dem Hause. **Diesendörferstr. 35**, Nebed. 12487b
Zu Arbeitsmarkt durch **besonderen Druck** hervorgehobene **Anzeigen** kosten 40 Pf. pro Zeile
Achtung! Stuccateure!
 Bei den Firmen **Jäckel, Herr- wich, Hänska** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, **Accord** zu arbeiten, die Arbeit niede- rgelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 178/4 **Die Lohnkommission.**
Achtung! Achtung! Tischler!
 In der Möbelfabrik von **Alinte**, **Waldhauserstr. 78**, haben sämtliche Tischler wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der Möbelfabrik von **Seelisch**, **Rigoer- str. 6**. Zugang nach beiden Verhältnissen ist streng fernzuhalten. 77/3 **Die Ortsverwaltung.**
Achtung! Drechsler!
 In der Möbelfabrik von **S. Schmidt**, **Blumenstr. 30**, haben sämtliche Drechsler wegen Lohn- unterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten. 77/3 **Die Ortsverwaltung.**

lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

Hatte sich gestern in ihrer öffentlichen Sitzung mit einer Reihe Vorlagen zu beschäftigen, die meist ohne nennenswerte Debatte erledigt wurden. Zu der Vorlage über die Umgestaltung der Linden erinnerte unser Genosse Borgmann daran, daß gerade die Regierung die Ausführung dieses Projekts immer wieder verzögert, indem sie auf Verhinderung des Reiterwegs besteht. Stadtbaurat Krause bestätigte, daß in der That nicht auf Beseitigung der Festsitzung des Reiterwegs zu rechnen sei. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem Borgmann den Wunsch mit auf den Weg gab, er möge das Projekt des Magistrats ablehnen.

In der geheimen Sitzung erstattete der Ausschuss zur Vorbereitung der Bürgermeistereiwahl seinen Bericht. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde, wie wir hören, die öffentliche Ausschreibung der Stelle beantragt, der Antrag wurde aber in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Wieder eine Reform im Straßenbahn-Betrieb.

Zur Herabminderung der Unfälle im Straßenbahn-Betrieb bis zur allgemeinen Einführung von Schutzvorrichtungen haben die Wagenfahrer wieder einmal eine besondere Instruktion erhalten. Vor allem sind die Führer streng angewiesen, bei etwaigen Verzögerungen nicht die Fahrgeschwindigkeit zu erhöhen, vielmehr die vorchriftsmäßige Schnelligkeit einzuhalten. Bei Verzögerungen, welche durch Wagenverkehr z. B. hervorgerufen werden, wird eine Wartezeit nicht erachtet, wohl aber bei Verhinderungen, die erstere Verzögerung durch schnelles Fahren wieder einzubolen. In Straßen mit starkem Verkehr sowie an frequentierten Uebergängen darf die Fahrgeschwindigkeit nicht über diejenige hinausgehen, welche beim Pferdebahn-Betrieb innegehalten wird.

Gegen die Anordnung läßt sich nicht viel einwenden, nur bedingt sie vor allem, daß dem Fahrpersonal Erpausen gewährt werden. Besteht doch in dem Betriebe der landläufige Zustand, daß die Beamten auf den Haltestellen in 4—5 Minuten ihre Mittagsmahl herunterschlingen müssen, denn von Essen kann in einer solchen Pause nicht geredet werden. Das Fehlen einer Wartezeit ist aber die Ursache, daß die Führer selbst ein Interesse daran haben, ihren Wagen, wenn möglich, eine Minute früher auf der Haltestelle zu haben, um die Pausen um diese gewonnene Zeit zu verlängern. Diese Selbsthilfe ist nun vor kurzen den Führern ausdrücklich untersagt und mit Strafbestrafungen ihnen eingeschärft, daß sie ganz pünktlich, vor allem aber nicht früher auf der Haltestelle ankommen dürfen. Durch diese Einschränkung kann es kommen, daß die Beamten ihre 10 bis 12 Stunden Dienst versehen müssen, ohne auch nur ein paar Minuten für die Mahlzeiten übrig zu haben.

Die Reform zur Sicherheit des Betriebs scheint immer unerschämter auf Kosten der Beamten zu gehen. Sie ist allerdings die billige Reform und hinterläßt im urteilslosen Publikum den Eindruck, als ob schließlich die Beamten die Schuldigen seien, denen die Unfälle zur Last fallen und die Direktion der Straßenbahn sich redlich bemüht, dem Unheil abzuwehren. Die Reform bedeutet, daß nicht nur ein übermüdetes, sondern auch ein ausgehungertes Beamter auf seinen Posten gestellt wird, und das unter der heuchlerischen Maske, als ob es zur Sicherheit des Betriebs gefehle. Man muß wirklich das diplomatische Geschick bewundern, mit dem die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft das Publikum an der Nase herumführt.

Es heißt in der Dienstweisung weiter, bei absolut freier Strecke kann starkes Gehen gegeben werden, doch ist derselbe abzuweilen, sobald durch ein vorausgehendes Fuhrwerk die Möglichkeit eines Zusammenstoßes z. B. geboten wird. Die Handbremse darf unter diesen Umständen losgelassen werden. Steht sich die Notwendigkeit zu einer Verbringung mit der Hand, als Ziehen der Signalleine, Sandabgeben oder ähnliches ein, so ist der Kontakt auszuhalten, so daß die Führer mittels der Bremse die Herrschaft über den Wagen behalten. Die magnetische Bremse, die sich gut bewährt hat, soll möglichst schnell bei allen für den Anhängel-Verkehr bestimmten Linien zur Anwendung kommen. Die Geheim-Kontrollen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sind angewiesen, darauf zu achten, daß die für die Betriebs-Sicherheit notwendigen Bestimmungen seitens des Personals befolgt werden.

Daß die magnetischen Bremsen noch nicht allgemein zur Einführung gekommen sind, trotzdem ihre Nützlichkeit lange erprobt ist, bezeugt nur, wie eilig die Direktion die wirklich wichtigen Reformen betreibt. Sollte sich aber eine schärfere Kontrolle zur Vermeidung von Unfällen als notwendig erweisen, so scheint uns der Geheim-Kontrollen zur Beachtung der Direktion besser angewendet, als für die geplanten Beamten. Wenn diese Kontrolle recht energisch, unter Verhinderung, was die Beamten leisten können, von der Aufsichtsbehörde ausgeübt würde, dann könnten wir zu Reformen im Betriebe der „Großen“ kommen. So ist's nur eitel Plunzerei.

Eine Verkehrsvereinfachung soll für die Leipzigerstraße dadurch geschaffen werden, daß man einige Linien der Straßenbahn durch die Parallelstraßen der Leipzigerstraße leitet. Die Verkehrsdeputation soll solche Erwägungen angestellt haben. In der That, es ist nicht zu begreifen, warum nicht eine ganze Anzahl Linien die Zimmer-, Kaufhaus-, Kronen- und Korfstraßen bereiten könnten. Daß nicht bei den nachträglichen Verbesserungen bereits auf diesen Weg die Straßenbahn-Gesellschaft verwiesen wurde, läßt sich wohl nur daher erklären, daß die Gesellschaft aus geschäftlichen Rücksichten ein Interesse daran hätte, die Verkehrsreiche Straße zu benutzen.

Staatsanwalt Dr. Komen vom Landgericht I., der seit dem 1. Oktober v. J. in der Stelle eines vortragenden Rats im Kriegsministerium beschäftigt war, ist zum Geheimen Kriegsrat und vortragenden Rat im Kriegsministerium ernannt worden. Wie bekannt, hat sich Komen während seiner Tätigkeit als Staatsanwalt in Hamburg dadurch besonders hervorgetan, daß er behauptete, die Sozialdemokratie bilde den Reich. Einen Beweis hat Herr Komen dafür nie angetreten.

Der Unterrichtserfolg der Berliner Gemeindeschulen. Aus den Berliner Gemeindeschulen sind im Jahre 1899 nach Sollenduna der Schulpflicht 19 913 Kinder abgegangen, und zwar aus den Klassen I 12 255, II 5 119, III 1 997, IV 504, V 33, VI 5 Kinder. In Prozenten ausgedrückt gingen ab aus I 61 1/2 Proz., II 25 3/4 Proz., III 10 Proz., IV, V, VI zusammen 2 1/4 Proz. Zusammen 88 1/2 Proz. hatten es nicht bis zur Klasse I gebracht! Man ist sich längst darüber einig, daß das kein Erfolg ist, auf den unsere Gemeindeschulen stolz sein können. Die Verhältnisse haben sich auch in diesem Punkte in den letzten Jahren um nichts gebessert. Die Ergebnisse von 1899 stimmen fast genau mit denen der Vorjahre überein. Von den Ursachen, aus denen diese Mißerfolge zu erklären sind, sind in neuester Zeit einige beseitigt worden. Seit dem Winter 1898/99 haben wir die Einrichtung der Lebensklassen, die es auch den schwachbegabten Kindern ermöglicht, aber die alleruntersten Klassen hinauszukommen, und seit dem laufenden Winter 1899/1000 ist das bisherige Schulklassen-System durch das Siedeklassen-System ersetzt, das den Gemeindeschulen eine etwas andere Einteilung des Lehrstoffes und damit den Kindern eine gewisse Entlastung gebracht hat. Aber eine Wirkung dieser Maßregeln kann naturgemäß erst nach längerer Zeit zu verspüren sein. Die Ueberfüllung der Klassen, die wir unter die wichtigsten Ursachen der Mißerfolge des Berliner Gemeindeschulwesens rechnen, dauert leider noch immer fort.

Von Bedeutung ist eine Entscheidung des Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg bezüglich der Versicherungspflicht der Frühkinder-erzeuger. Nach dem Inkrafttreten der Polizeiverordnung, die das Austragen des Frühkinds durch Kinder verbietet, waren Bäcker und Händler gezwungen, an Stelle der jugendlichen erwachsene Personen anzustellen. Diese erhalten einen Monatslohn von 10 bis 15 M. Nun giebt es unter den Austrägern viele Frauen, die daneben noch eine Aufwartestelle versehen. Die Bäcker glaubten daher, daß die Frauen, da sie nicht ausschließlich bei ihnen beschäftigt sind, der Versicherungspflicht nicht unterliegen, und ließen keine Karten. Das ging eine Weile, bis endlich die Landes-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg dahinter kam, den Arbeitgebern eine Ordnungsstrafe auferlegte und sie zwang, nachträglich die Karten einzuliefern. In einem Fall wurde die Verfügung der Versicherungsanstalt durch den Rechtsanwalt Dr. Sandberg unter der Begründung angefochten, daß die Frauen nur vorübergehend beschäftigt würden. Der Vorstand der Landesanstalt entschied dahin, daß die Frauen versicherungspflichtig seien, weil sie nicht vorübergehend, sondern gegen festen Lohn dauernde Dienstleistungen verrichteten. Daß die Frauen auch noch anderweit einer Beschäftigung nachgehen, habe die Beitragspflicht nicht auf, da nach § 140 Abs. 2 des Invaliditäts-Gesetzes die Arbeitgeber als Gesamtschuldner hafte. Es bliebe dem Kläger überlassen, sich wegen der geleisteten Beiträge mit dem andern Arbeitgeber auseinanderzusetzen. Auf eine Beschwerde dagegen entschied der Oberpräsident, daß es bei der Entscheidung der Landes-Versicherungsanstalt verbleiben müsse; es handle sich nicht um vorübergehende Dienstleistungen, sondern um eine dauernde Beschäftigung. Da diese Entscheidung endgültig ist, so haben die fraglichen Arbeitgeber schleunigst nachgehakt.

Ein neuer Automobilwagen der Feuerwehrlager fährt jetzt täglich, auch abends, durch die Straßen der Stadt, da er an die Stelle desjenigen Wagens getreten ist, der bei jedem Feuer von dem Hauptdepot in der Lindenstraße aus selbst nach der entferntesten Brandstätte geschickt zu werden pflegt. Der zunächst nur probeweise eingesetzte Automobilwagen fährt nicht gerade übermäßig schnell und giebt seine Warnungssignale nicht durch den bekannten trompetenartigen Ton, wie die andern Automobile, sondern durch eine Feuerwehrringel, die ja auch sofort jedermann über die Art des herannahenden Gefährts aufklärt.

Die Straßenreinigungs-Deputation hat, auf eine Beschwerde des Hausbesizers Berliner Droschkenbesitzer, angeordnet, daß bei Schneefällen die Droschkenhalteplätze zunächst vom Schnee gesäubert werden. Auch den Arbeitern der Großen Berliner soll eine größere Rücksichtnahme auf das Droschkenfuhrwerk empfohlen werden, damit die Pferde nicht dazu gezwungen sind, stundenlang in der ägenden Seelaljanze zu stehen, die von den Stößen der Straßenbahn auf die Halteplätze abfließt.

Gegen die geplante Anlage von Berliner Kirchhöfen in Hohen-Neuendorf hat die dortige Gemeindevertretung Stellung genommen. Ebenso hat der Ortsverein für Hohen-Neuendorf gegen das Projekt Protest erhoben und seinen Vorstand beauftragt, beim Regierungspräsidenten zu Potsdam, sowie beim Landrat des Kreises Niederbarnim dahin vorstellig zu werden, den Berliner Kirchengemeinden die Genehmigung zur Anlage von Kirchhöfen im Gemeindebezirk zu verweigern. Gleichzeitig soll an die maßgebenden Behörden das Ersuchen gerichtet werden, weder Fabriken, noch Krankenhäuser oder Irrenhäuser für den Gemeindebezirk zu konfiszieren, damit die ganze Gemarkung der landhausmäßigen Bebauung vorbehalten bleibt.

Ein eigenartiger Transport wurde am Mittwochabend gegen 7 1/2 Uhr von der Polizei in der Poststraße angehalten. Zur genannten Zeit bemerkte eine die Poststraße passierende Dame einen kleinen aus Brettern nordwärts zusammengeschichteten Handkarrenwagen, der von einem Hunde und einer Frau mühsam gezogen wurde. Das Tier, welches vollständig ausgegütert erschien, konnte sich kaum noch auf den Beinen halten. Das Fuhrwerk wurde angehalten und ein Schuttmann herbeigeholt, der das gequälte Tier ausspannen ließ. Die Bestizlerin des Wagens, eine Frau Steute, erzählte, daß sie aus einem kleinen Dorfe der Provinz Posen stamme und auf dem Wagen ihren Mann transportiere. Dieser, ein Steinlocher, sei an der Wasserkrankheit erkrankt und seit Anfang vorigen Monats erwerbsunfähig. Die Frau hat sich dann den Wagen zusammengezimmert, in diesen ihren Mann und zwei kleine Hunde, von denen sie sich nicht trennen konnte, gepackt und war so, durch die Provinz Posen und Brandenburg ziehend, von Ort zu Ort gewandert, den Lebensunterhalt für sich und ihren Mann erbetend. Nachts pflegte das vogelartige Ehepaar in Schuppen oder Scheunen zu nächtigen. Die Frau hatte die Absicht, noch am gestrigen Abend bis nach Spandau zu fahren. Der Steinlocher, der in dem kurzen und niedrigen Wagenkasten nur gekrümmt liegen konnte, besand sich in einem erbarmungswürdigen, schwerkranken Zustande. Auf Veranlassung des Schuttmanns wurde er nach der Unfallstation in der Velle-Alianzstraße gebracht und von dort dem städtischen Krankenhaus am Urban zugeführt; die Frau fand mit ihren Habseligkeiten im städtischen Familien-Arzt Aufnahme.

Wegen Bettelerei wurden gestern mittag in der Aderstraße unter ganz eigenartigen Umständen zwei Arbeiter, die Mauer R. und M., von einem Kriminalbeamten verhaftet. Die beiden Arbeiter befanden sich auf dem Wege, um Arbeit zu suchen, und waren nicht wenig überfordert, als sie plötzlich von einem Kriminalbeamten für verhaftet erklärt wurden. Sie sollten in einem Möbelgeschäft Gerichtsverhandlung Nr. 10 geduldet haben. Nachdem auf dem Polizeibureau in der Poststraße die beiden Verhafteten dem herbeigeholten Möbelhändler gegenübergestellt wurden, stellte sich sofort heraus, daß der Beamte einen Irrtum begangen hatte, es erfolgte deshalb sofort die Entlassung. Der Vorfall war für die beiden Arbeiter um so peinlicher, als sie in der Gegend nicht unbekannt sind. In sehr berechtigter Entrüstung verlangten sie, daß ein Beamter vorfichtiger in der Ausübung seines Amtes sein sollte.

Aus Gram über den Tod seiner Ehefrau hat der 54 Jahre alte Arbeiter Hermann Wisler aus der Wiesenstr. 43 seinem Leben ein Ende gemacht.

Den Verletzungen erliegen, die er sich in seinem Beruf zugezogen hatte, ist im Krankenhaus Verbanen der Wollfächer Karl Krüger aus der Hildesstr. 5. Er war, wie berichtet, auf einem Bahnhof beim Abladen von Gütern unter eine schwere Kiste geraten. Er hinterläßt eine Witwe mit vier kleinen Kindern, deren ältestes vier Jahre zählt.

Ein „schwerer“ Diebstahl wurde auf dem Lager der Elektrizitätsgesellschaft in der Straße XX zu Charlottenburg ausgeführt. Es wurden 24 Meter Hochleitungsdraht, der vier Centner wiegt, mit einer Säge von dem Vorrat abgeschnitten. Die Säge wurde am Tatort vergessen.

Vergebens Mühe haben sich Einbrecher — Platterfahrer — gemacht, die den Boden des Hauses Kleiststraße 29 zu Charlottenburg erdröhen und eine große Menge Wäsche zum Mitnehmen zusammenpackten. Bevor sie indes die Leute in Sicherheit bringen konnten, mußten sie durch irgend ein Geräusch oder durch das Auftreten einer Person in den Glauben verriest worden sein, daß man sie bemerkt habe. Sie ließen das Bündel liegen und verschwanden.

Im Circus Schumann läßt vorerst der Preis-Ringkampf die bedeutendste Attraktion aus. Eine große Zahl internationaler Vertreter dieses Sports werden hier in den nächsten Tagen im Weisstr. ihre Kräfte messen. Für Mittwochabend waren drei Kämpfe angelegt, die sämtlich zu einer Entscheidung führten. Es stand zunächst der Berliner Georg Stronge gegen den Holländer

Lucien Bronken. Unser Landmann führte schon nach 7 Minuten zu Ungunsten des Holländers die Entscheidung herbei. Länger zog sich der Kampf, der zwischen den beiden Franzosen Charles Boirée und Sabes II. ausgetragen wurde, hin. Hier waren zwei sehr ebenbürtige Gegner gegenüber gestellt. Die Entscheidung schwankte lange, bis Sabes durch einen linken Griff seinen Gegner in die Höhe hob und ihn widerstandsfähig mit dem Rücken auf dem Boden entlangschleifen ließ. Als letzte Kämpfe für den Abend traten der Türke Galil Adali, eine holländische Gestalt, gegen den Hamburger Hermann Axer auf. Adali trug eine fast phlegmatische Ruhe zur Schau und zeigte auch sehr bald, daß er seinem Gegner überlegen sei. Dennoch hielt sich dieser 13 Minuten tapfer in der Gegenwehr, bis er wohl nicht ernstet den halsbrecherischen Manipulationen des muskulösen Türken unterlag.

Ein Wohlthätigkeitskonzert vom Behn der Berliner Rettungs-gesellschaft (Vorstand: Rat v. Bergmann) veranstaltet der erste Bezirk am Donnerstag, den 14. Februar, in Keller's großem Konzertsaal, Rappentierstr. 29. Das Programm hat Herr Musikdirektor Zul. Reichel übernommen. Es wirken neben hervorragenden Konzert-Korymben auch bedeutende Bühnensänger an dem Gelingen des Abends mit.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch in eingehender Beratung mit der Vorlage betreffend Aufschließung des südlichen Gebietes von Westend. Im Prinzip waren die Redner aller Parteien sich darüber einig, daß das Projekt mit Freuden zu begrüßen sei und daß die Stadtvertretung alle Ursache habe, auf das Angebot der Deutschen Bank einzugehen. Bedenken wurden nur dagegen laut, daß man eine Vorlage von so weitgehender Bedeutung ohne Ausschüßberatung annehmen sollte. Da aber die von der Deutschen Bank gewährte Frist am 21. d. Mts. abläuft und da nach der Mitteilung des Stadthauptmanns eine Verlängerung der Frist ausgeschlossen ist, so ließ die Versammlung von einer Ausschüßberatung ab und nahm die Vorlage an. — Entsprechend einer Vorlage des Magistrats erklärt sich die Versammlung ferner damit einverstanden, daß für die Einrichtung der Schwimmanstalt im Stadtteil jenseits der Spree keine höheren Beiträge als üblich erhoben werden sollen. Bei der Beratung des Berichtes über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für 1899 rügte es Stadt. Hirsch, daß der Magistrat als Grund für die verzögerte Fertigstellung des Rathhauses wieder den Steuermessstreik vom Herbst 1899 ins Feld führte. Das sei um so befremdlicher, als die zur Beratung der Bauberichte eingesetzte Kommission ausdrücklich festgestellt habe, daß jeder Streik ohne Einfluß auf den Bau gewesen sei. Wenn trotzdem der Magistrat jetzt wieder dieselbe unwichtige Behauptung aufstelle, so liege darin nicht nur ein unbedeutender Vorkwitz gegen die Arbeiter, sondern auch eine Verhöhnung vor der Stadtverordneten-Versammlung. Bürgermeister Rattig gab die Richtigkeit der Angaben des Vorredners zu, verteidigte aber den Magistrat vor dem Vorwurf der Mißachtung der Versammlung. Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen dem Stadthauptmann und dem Stadt. Hirsch wurde der Bericht durch Akklamation erledigt. In den Stats-ausschüß wurde u. a. Stadt. Hirsch gewählt.

Einen Selbstmordversuch unternahm am Montag in Potsdam der Sergeant Wilmann von der 6. Eskadron des Garde du Corps. Wilmann schoß sich auf seinem Bette liegend eine Kugel durch die Brust. Die Verletzung ist lebensgefährlich und erscheint es fraglich, ob der Unglückliche am Leben erhalten bleibt. Angeblich soll Jurdt vor Strafe das Motiv zur That sei.

Die ersten Vorarbeiten für den Bau des Teltow-Kanals werden jetzt auch in Groß-Lichterfelde ausgeführt. Bekannt ist für die Trace des Kanals auch das Bett der Bäche auszuweisen worden, eines kleinen Flüsschens, das sich von Steglitz her durch ganz Lichterfelde hindurchschlingelt und bei der Rabatten-Wadeanstalt in den Teltow-See mündet. Augenblicklich werden auf dem umfangreichen, von der Bäche durchschnittenen Wiesenterrain zwischen der Teltow- und der Wiesenborststraße die hohen Bäume, die hier ziemlich dicht am Ufer des Flüsschens stehen, sämtlich gefällt, da sie den nahe bevorstehenden Ausbaggerungsarbeiten für die Herstellung des Kanalbetts hinderlich sind.

Das östliche Haupt-Eingangsportäl zum neuen Botanischen Garten bei Dahlem ist jetzt an der Potsdamer Chaussee hergestellt worden. Zu dem Zwecke ist das hohe Eisengitter, welches die ganze Anlage umgiebt, hier etwas zurückgesetzt und dadurch vor dem Portal ein kleiner freier Platz geschaffen worden, so daß auch Fuhrwerke hier bequem anfahren können. Das hohe Portal ist in einfachem Stil aus roten Backsteinen aufgeführt worden, denselben Material, in welchem auch die Fassade der zahlreichen Wohn- und Verwaltungsgebäude des Gartens gehalten sind. In demselben sind augenblicklich die Gärtner damit beschäftigt, die im Herbst neu eingepflanzten Sträucher zu beschneiden.

Vermishtes.

Verlebensfall. Die der „Vogelwanger Anzeiger“ aus Annen meldet, sich gestern auf den Kruppischen Stahlwerken infolge Bruchs eines Gerüsts 4 Arbeiter abgestürzt; zwei sind tot, 2 verletzt.

Der Dieb der Kirchenkasse in Ranen, Musiklehrerling Du n e l, der erst in voriger Woche verhaftet worden war, brach gestern wieder aus dem Gefängnis aus. Sicherheitsbeamte nahmen jedoch alsbald seine Verfolgung auf und spürten ihm bis Perwenitz nach, wo seine Eltern wohnen. Hier wurde er in der That auch im Hause seines Vaters, wo er sich unbemerkt eingeschlichen hatte, entdeckt und von neuem zur Haft gebracht.

Eine versuchte Gebärtüft. Aus Krakau wird berichtet: Großes Aufsehen rüst hier eine Affaire auf der Geburtsklinik des hiesigen Krankenhauses hervor. Der Direktor der Klinik Professor Dr. Jordan assistierte die Operationen, da bei zwei Kranken eine durch Verunreinigung hervorgerufene Infektion entdeckt wurde. Es wurde konstatiert, daß diese Frauen bereits infiziert auf die Klinik kamen und hierdurch fünf andre Frauen infiziert wurden, die an den Folgen der Verunreinigung starben. Auch an andren Kranken wurden Anzeichen von Infektionen wahrgenommen, so daß sämtliche hier befindliche Kranken auf die interne Klinik überführt wurden, während die Räume der Geburtsklinik einer strengen Desinfektion unterzogen werden.

Stingerichtet wurde am Mittwoch im Kaffee-Unter-suchungs-Gefängnis der Ruischer Kbhauer aus Ammenhausen in Balde, der im April v. J. seine Geliebte, die Dienstmagd Anna Volkwein, im Walde ertrügt hatte, um ein reicheres Mädchen heiraten zu können.

Der Brand in Bala. Die Handels- und Industrie-Zeitung“ meldet aus Bala vom 6. Februar, abends, daß die Lagermagazine der „Anspich-Schwärzmer-Gesellschaft“ (Wohlfühl) fast völlig abgedramt sind. Es brennt noch ein nordwärts gelegenes Rabott-lager, das aber weit von den Fabriken entfernt ist. Wenn nicht eine neue Explosion stattfindet, ist jede Gefahr vorüber. Die Zahl der Toten ist noch unbekannt. Man befürchtet, daß einige Hunderte um-gelommen sind.

Von einer Schneelawine überrascht. Aus Wien wird der „Post-Post“ geschrieben: Auf der steilabfallenden Straße nach Linaro bei Ponte Arche in Südtirol wurde gestern ein Postwagen von einer Lawenlawine in die Tiefe gerissen; die Pferde wurden getötet, der Wagen zertrümmert, der Postillon und zwei Reisende leicht verletzt. Ihre Ausgrabung aus dem Schneemassen erforderte große An-strengung.